

## Gesetzentwurf

### der Bundesregierung

#### Entwurf eines Gesetzes

**zu dem Übereinkommen vom 25. Januar 1988  
über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen  
und zu dem Protokoll vom 27. Mai 2010  
zur Änderung des Übereinkommens  
über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen**

#### A. Problem und Ziel

In der Erwägung, dass durch die sonst höchst nützliche Entwicklung des internationalen Personen-, Kapital-, Waren- und Dienstleistungsverkehrs die Möglichkeiten der Steuervermeidung und Steuerhinterziehung zugenommen haben, ist eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Steuerbehörden der Staaten erforderlich. Diese Zusammenarbeit dient dem Ziel einer ordnungsgemäßen Ermittlung der Steuerpflicht und damit der Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuervermeidung sowie der Unterstützung der Steuerpflichtigen bei der Wahrnehmung ihrer Rechte, insbesondere im Hinblick auf ein ordnungsgemäßes rechtliches Verfahren, das in allen Staaten als für Steuersachen geltend anerkannt werden soll, sowie einem Schutz gegen Ungleichbehandlung und Doppelbesteuerung.

Das Übereinkommen vom 25. Januar 1988 über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen dient dem vorgenannten Ziel.

Das Übereinkommen ist das erste und einzige mehrseitige und weltweite Regelungswerk über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen. Sowohl das Übereinkommen als auch das Protokoll vom 27. Mai 2010 zur Änderung des Übereinkommens zeichnen sich durch einen zeitgemäßen und umfassenden Ansatz für die von den Vertragsparteien untereinander zu leistende Amtshilfe in Steuersachen aus.

Die Amtshilfe nach diesem Übereinkommen umfasst unter anderem den Informationsaustausch, gleichzeitige Steuerprüfungen sowie die Teilnahme an Steuerprüfungen im Ausland.

Mit diesem Übereinkommen soll zugleich ein angemessener Schutz der Rechte der Steuerpflichtigen bei der Amtshilfe gewährleistet werden. Das Übereinkommen ist dementsprechend auf der Grundlage geschlossen worden, dass die Staaten nur dann Maßnahmen ergreifen oder Informationen erteilen sollen, wenn dies in Einklang mit ihrem innerstaatlichen Recht und ihrer innerstaatlichen Praxis steht. Bei der Anwendung des Übereinkommens ist dabei dem Gesichtspunkt des Datenschutzes sowie den damit verbundenen rechtlichen Vorgaben besonderes Gewicht beizumessen.

## **B. Lösung**

Mit dem Übereinkommen verpflichten sich die Vertragsparteien untereinander, Amtshilfe in Steuersachen zu leisten. Die Amtshilfe umfasst die Möglichkeit gleichzeitiger Steuerprüfungen und der Teilnahme an Steuerprüfungen im Ausland, die Amtshilfe bei der Beitreibung, einschließlich Sicherungsmaßnahmen, sowie die Zustellung von Schriftstücken. Des Weiteren können zwei oder mehr Vertragsparteien für Fallkategorien und nach Verfahren, die sie einvernehmlich festlegen, bestimmte Informationen automatisch austauschen. Zur Wahrung des Datenschutzes sieht das Übereinkommen die Abgabe einer Erklärung durch den jeweiligen Vertragsstaat zum Schutz der personenbezogenen Daten und Grenzen der Verpflichtung zur Amtshilfe vor. Die Bundesrepublik Deutschland wird eine solche Auslegungserklärung, die den deutschen Anforderungen Rechnung trägt, gemeinsam mit der Ratifikationsurkunde abgeben. Der Schutz der Rechte der Steuerpflichtigen wird damit sowie durch Nennung von Schutzbestimmungen im Sinne des Artikels 22 Absatz 1 des Übereinkommens gewährleistet. Durch die Bezugnahme in der Auslegungserklärung auf den deutschen und europäischen Grund- und Menschenrechtsstandard wird die Nutzung übermittelter Steuerdaten entsprechend dem hierin verbürgten Schutzniveau sichergestellt. Insbesondere wird jedwede Nutzung der Steuerdaten in Strafverfahren ausgeschlossen, die zur Verhängung der Todesstrafe oder zur Missachtung des menschenrechtlichen Mindeststandards führen könnten. Damit soll sichergestellt werden, dass die Amtshilfe unter Einhaltung dieser Bedingungen erfolgt.

Mit dem vorliegenden Vertragsgesetz sollen das Übereinkommen und das Protokoll die für die Ratifikation erforderliche Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften erlangen.

## **C. Alternativen**

Keine.

## **D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand**

Soweit die Vertragsparteien aufgrund des Übereinkommens gemäß Artikel 6 einvernehmlich für bestimmte Fallkategorien einen automatischen Austausch von Informationen vorsehen, kann dies gegebenenfalls den Aufwand der Verwaltung erhöhen.

Aufgrund der Bearbeitung der Steuerersuchen ist von einem Mehrbedarf an Sach- und Personalmitteln beim Bundeszentralamt für Steuern und Zollkriminalamt auszugehen.

Der gegebenenfalls den Landesfinanzbehörden entstehende Aufwand durch die Bearbeitung eingehender Ersuchen und die Auswertung der Informationen, die Deutschland von anderen Vertragsparteien erhalten wird, ist nicht quantifizierbar.

## **E. Erfüllungsaufwand**

### **E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger**

Für Bürgerinnen und Bürger entsteht kein Erfüllungsaufwand.

### **E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft**

Für die Wirtschaft entsteht kein Erfüllungsaufwand.

Legt die Bundesrepublik Deutschland mit zwei oder mehr Vertragsparteien einvernehmlich für Fallkategorien und Verfahren den automatischen Informationsaustausch der in Artikel 4 Absatz 1 des Übereinkommens genannten Informationen fest, kann dies zu Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft führen, der dann im Rahmen damit verbundener gesetzgeberischer Maßnahmen zu beziffern ist.

### **E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung**

Für die Zollverwaltung und gegebenenfalls das Bundeszentralamt für Steuern entsteht ein Erfüllungsaufwand durch die Leistung von Amtshilfe für ausländische Besteuerungsverfahren. Derzeit kann nicht eingeschätzt werden, welche Staaten Ersuchen für welche Steuerarten nach Anlage A des Übereinkommens stellen werden und welchen Aufwand dies bedeuten kann. Diesem Aufwand sind Vorteile aus dem Erhalt von Antworten auf ausgehende Amtshilfeersuchen gegenüberzustellen.

Legt die Bundesrepublik Deutschland mit zwei oder mehr Vertragsparteien einvernehmlich für Fallkategorien und Verfahren den automatischen Informationsaustausch der in Artikel 4 Absatz 1 des Übereinkommens genannten Informationen fest, kann dies zu Erfüllungsaufwand für die Verwaltung führen, der dann im Rahmen damit verbundener gesetzgeberischer Maßnahmen zu beziffern ist.

## **F. Weitere Kosten**

Durch dieses Gesetz entstehen insbesondere für die Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft keine weiteren Kosten.

Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.



**BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND**  
**DIE BUNDESKANZLERIN**

Berlin, 15. Juni 2015

An den  
Präsidenten des  
Deutschen Bundestages  
Herrn Prof. Dr. Norbert Lammert  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 25. Januar 1988 über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen und zu dem Protokoll vom 27. Mai 2010 zur Änderung des Übereinkommens über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen

mit Begründung und Vorblatt (Anlage 1).

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium der Finanzen.

Die Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates gemäß § 6 Absatz 1 NKRG ist als Anlage 2 beigefügt.

Der Bundesrat hat in seiner 934. Sitzung am 12. Juni 2015 gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Gesetzentwurf wie aus Anlage 3 ersichtlich Stellung zu nehmen.

Die Gegenäußerung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates wird nachgereicht.

Mit freundlichen Grüßen





**Entwurf****Gesetz  
zu dem Übereinkommen vom 25. Januar 1988  
über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen  
und zu dem Protokoll vom 27. Mai 2010  
zur Änderung des Übereinkommens  
über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen****Vom**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

**Artikel 1**

Folgenden völkerrechtlichen Verträgen wird zugestimmt:

1. dem in Paris am 17. April 2008 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen vom 25. Januar 1988 über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen,
2. dem in Cannes und in Straßburg am 3. November 2011 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Protokoll vom 27. Mai 2010 zur Änderung des Übereinkommens über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen.

Die Verträge werden nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

**Artikel 2**

Das Bundesministerium der Finanzen wird ermächtigt, Änderungen und Ergänzungen der Anlage A des Übereinkommens nach seinem Artikel 2 durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates in Kraft zu setzen. Die Rechtsverordnung nach Satz 1 bedarf nicht der Zustimmung des Bundesrates, soweit ihre Änderung die Luftverkehrssteuer, die Versicherungssteuer und die Verbrauchsteuern mit Ausnahme der Biersteuer sowie alle anderen Steuern betrifft, deren Aufkommen dem Bund ganz zusteht.

**Artikel 3**

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 28 Absatz 3 und das Protokoll nach seinem Artikel IX Absatz 3 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

## **Begründung zum Vertragsgesetz**

### **Zu Artikel 1**

Auf das Übereinkommen und das Protokoll ist Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes anzuwenden, da sich beide Verträge auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Absatz 3 des Grundgesetzes erforderlich, da das Aufkommen aus den von dem Übereinkommen betroffenen Steuern gemäß Artikel 106 Absatz 2, 3 und 6 des Grundgesetzes ganz oder zum Teil den Ländern oder den Gemeinden zusteht. Die Zustimmung des Bundesrates ist zudem nach Artikel 108 Absatz 5 Satz 2 des Grundgesetzes erforderlich, da Regelungen über Verwaltungsverfahren im Übereinkommen auch von den Ländern zu beachten sind.

### **Zu Artikel 2**

Mit Artikel 2 wird für das Bundesministerium der Finanzen eine Ermächtigung zum Erlass einer Rechtsverordnung, die der Zustimmung des Bundesrates bedarf, geschaffen. Damit wird das Bundesministerium der Finanzen ermächtigt, Änderungen des Anwendungsbereichs des Übereinkommens im Rahmen der in seinem Artikel 2 enthaltenen Bestimmungen und seiner Anlage A durch Rechtsverordnung, die der Zustimmung des Bundesrates bedarf, in Kraft zu setzen.

Die Zustimmung des Bundesrates wird nicht benötigt, soweit die Luftverkehrssteuer, die Versicherungssteuer und die Verbrauchsteuern mit Ausnahme der Biersteuer sowie sonstige Steuern betroffen sind, deren Aufkommen dem Bund ganz zusteht.

### **Zu Artikel 3**

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, zu dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 28 Absatz 3 und das Protokoll nach seinem Artikel IX Absatz 3 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

## **Schlussbemerkungen**

Mit der Zustimmung zu dem vorliegenden Gesetz soll das von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnete Übereinkommen vom 25. Januar 1988 über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen und das Protokoll vom 27. Mai 2010 zur Änderung des Übereinkommens über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen in deutsches Recht umgesetzt werden. Diese Zusammenarbeit dient dem Ziel einer ordnungsgemäßen Ermittlung der Steuerpflicht und damit der Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuervermeidung sowie der Unterstützung der Steuerpflichtigen bei der Wahrnehmung ihrer Rechte, insbesondere im Hinblick auf ein ordnungsgemäßes rechtliches Verfahren, das in allen Staaten als für Steuersachen geltend anerkannt werden soll, sowie einem Schutz gegen Ungleichbehandlung und Doppelbesteuerung.

Mit dem Gesetz wird ein einheitlicher Rechtsrahmen für die Amtshilfe in Steuersachen mit den Vertragsparteien und den Unterzeichnerstaaten geschaffen. Mit seinen umfassenden Regelungen für die Amtshilfe im Bereich der Steuern werden die Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit der Steuerverwaltungen der Vertragsparteien und der Unterzeichnerstaaten deutlich verbessert.

Das Übereinkommen dient der Sicherung der Steueransprüche bezüglich der in der Anlage A des Übereinkommens genannten Steuern.

Auswirkungen auf die Wirtschaft, insbesondere für die mittelständischen Unternehmen, und auf die Einzelpreise und das Preisniveau sind nicht zu erwarten.



## Übereinkommen über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen

### Convention on Mutual Administrative Assistance in Tax Matters

### Convention concernant l'assistance administrative mutuelle en matière fiscale

(Übersetzung)

#### Preamble

The member States of the Council of Europe and the Member countries of the Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD), signatories of this Convention,

Considering that the development of international movement of persons, capital, goods and services – although highly beneficial in itself – has increased the possibilities of tax avoidance and evasion and therefore requires increasing co-operation among tax authorities;

Welcoming the various efforts made in recent years to combat tax avoidance and tax evasion on an international level, whether bilaterally or multilaterally;

Considering that a co-ordinated effort between States is necessary in order to foster all forms of administrative assistance in matters concerning taxes of any kind whilst at the same time ensuring adequate protection of the rights of taxpayers;

Recognising that international co-operation can play an important part in facilitating the proper determination of tax liabilities and in helping the taxpayer to secure his rights;

Considering that fundamental principles entitling every person to have his rights and obligations determined in accordance with a proper legal procedure should be recognised as applying to tax matters in all States and that States should endeavour to protect the legitimate interests of taxpayers, including appropriate protection against discrimination and double taxation;

#### Préambule

Les Etats membres du Conseil de l'Europe et les pays Membres de l'Organisation de Coopération et de Développement Economiques (OCDE), signataires de la présente Convention,

Considérant que le développement des mouvements internationaux de personnes, de capitaux, de biens et de services – par ailleurs largement bénéfique – a accru les possibilités d'évasion et de fraude fiscales, ce qui nécessite une coopération croissante entre les autorités fiscales;

Prenant note avec satisfaction de tous les efforts déployés au cours des dernières années sur le plan international, que ce soit à titre bilatéral ou multilatéral, pour lutter contre l'évasion et la fraude fiscales;

Considérant qu'une coordination des efforts est nécessaire entre les Etats pour encourager toutes les formes d'assistance administrative en matière fiscale, pour les impôts de toute nature, tout en assurant une protection appropriée des droits des contribuables;

Reconnaissant que la coopération internationale peut jouer un rôle important en facilitant une évaluation correcte des obligations fiscales et en aidant le contribuable à faire respecter ses droits;

Considérant que les principes fondamentaux en vertu desquels toute personne peut, dans la détermination de ses droits et obligations, prétendre à une procédure régulière doivent être reconnus dans tous les Etats comme s'appliquant en matière fiscale et que les Etats devraient s'efforcer de protéger les intérêts légitimes du contribuable, en lui accordant notamment une protection appropriée contre la discrimination et la double imposition;

#### Präambel

Die Mitgliedstaaten des Europarats und die Mitgliedstaaten der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die dieses Übereinkommen unterzeichnen –

in der Erwägung, dass durch die – ansonsten höchst nützliche – Entwicklung des internationalen Personen-, Kapital-, Waren- und Dienstleistungsverkehrs auch die Möglichkeiten der Steuervermeidung und Steuerhinterziehung zugenommen haben und daher eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Steuerbehörden erforderlich ist;

erfreut über die vielfältigen Anstrengungen, die in den letzten Jahren zur Bekämpfung der Steuervermeidung und Steuerhinterziehung auf internationaler Ebene zweiseitig oder mehrseitig unternommen worden sind;

in der Erwägung, dass zwischen den Staaten abgestimmte Anstrengungen erforderlich sind, um alle Formen der Amtshilfe im Zusammenhang mit Steuern jeder Art zu fördern und zugleich einen angemessenen Schutz der Rechte der Steuerpflichtigen zu gewährleisten;

in der Erkenntnis, dass internationale Zusammenarbeit eine wichtige Rolle dabei spielen kann, die ordnungsgemäße Ermittlung der Steuerpflicht zu erleichtern und die Steuerpflichtigen bei der Wahrnehmung ihrer Rechte zu unterstützen;

in der Erwägung, dass die Grundprinzipien, nach denen jede Person bei der Feststellung ihrer Rechte und Pflichten Anspruch auf ein ordnungsgemäßes rechtliches Verfahren hat, in allen Staaten als für Steuersachen geltend anerkannt werden sollen und dass sich die Staaten bemühen sollen, die berechtigten Interessen der Steuerpflichtigen zu schützen und auch einen angemessenen Schutz gegen Ungleichbehandlung und Doppelbesteuerung zu gewähren;

Convinced therefore that States should not carry out measures or supply information except in conformity with their domestic law and practice, having regard to the necessity of protecting the confidentiality of information, and taking account of international instruments for the protection of privacy and flows of personal data;

Convaincus dès lors que les Etats ne doivent pas prendre des mesures ni fournir des renseignements d'une manière qui ne soit pas conforme à leur droit et à leur pratique et doivent tenir compte du caractère confidentiel des renseignements, ainsi que des instruments internationaux relatifs à la protection de la vie privée et au flux de données de caractère personnel;

in der Überzeugung demzufolge, dass die Staaten nur dann Maßnahmen ergreifen oder Informationen erteilen sollen, wenn dies in Einklang mit ihrem innerstaatlichen Recht und ihrer innerstaatlichen Praxis steht, wobei der Notwendigkeit, die Vertraulichkeit der Informationen zu wahren, Rechnung zu tragen ist und die völkerrechtlichen Übereinkünfte zum Schutz der Privatsphäre und des Verkehrs personenbezogener Daten zu berücksichtigen sind;

Desiring to conclude a convention on mutual administrative assistance in tax matters;

Désireux de conclure une Convention d'assistance administrative mutuelle en matière fiscale,

von dem Wunsch geleitet, ein Übereinkommen über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen zu schließen –

Have agreed as follows:

Sont convenus de ce qui suit:

haben Folgendes vereinbart:

### Chapter I

#### Scope Of The Convention

#### Article 1

##### Object of the Convention and persons covered

1. The Parties shall, subject to the provisions of Chapter IV, provide administrative assistance to each other in tax matters. Such assistance may involve, where appropriate, measures taken by judicial bodies.

2. Such administrative assistance shall comprise:

- a. exchange of information, including simultaneous tax examinations and participation in tax examinations abroad;
- b. assistance in recovery, including measures of conservancy; and
- c. service of documents.

3. A Party shall provide administrative assistance whether the person affected is a resident or national of a Party or of any other State.

### Chapitre I

#### Champ d'application de la Convention

#### Article 1

##### Objet de la Convention et personnes visées

1. Les Parties s'accordent mutuellement, sous réserve des dispositions du Chapitre IV, une assistance administrative en matière fiscale. Cette assistance couvre, le cas échéant, des actes accomplis par des organes juridictionnels.

2. Cette assistance administrative comprend:

- a. l'échange de renseignements, y compris les contrôles fiscaux simultanés et la participation à des contrôles fiscaux menés à l'étranger;
- b. le recouvrement des créances fiscales y compris les mesures conservatoires; et
- c. la notification de documents.

3. Une Partie accordera son assistance administrative, que la personne affectée soit un résident ou un ressortissant d'une Partie ou de tout autre Etat.

#### Article 2

##### Impôts visés

1. La présente Convention s'applique:

- a. aux impôts suivants:
  - i. impôts sur le revenu ou les bénéfices,
  - ii. impôts sur les gains en capital qui sont perçus séparément de l'impôt sur le revenu ou les bénéfices,
  - iii. impôts sur l'actif net,

qui sont perçus pour le compte d'une Partie; et

### Kapitel I

#### Geltungsbereich des Übereinkommens

#### Artikel 1

##### Ziel des Übereinkommens und unter das Übereinkommen fallende Personen

(1) Vorbehaltlich des Kapitels IV leisten die Vertragsparteien einander Amtshilfe in Steuersachen. Diese Amtshilfe kann gegebenenfalls auch Maßnahmen von Justizbehörden umfassen.

(2) Die Amtshilfe umfasst

- a) den Informationsaustausch, einschließlich gleichzeitiger Steuerprüfungen und der Teilnahme an Steuerprüfungen im Ausland,
- b) die Amtshilfe bei der Beitreibung, einschließlich Sicherungsmaßnahmen, und
- c) die Zustellung von Schriftstücken.

(3) Eine Vertragspartei leistet Amtshilfe unabhängig davon, ob die betroffene Person in einer Vertragspartei oder in einem anderen Staat ansässig ist oder die Staatsangehörigkeit einer Vertragspartei oder eines anderen Staates besitzt.

#### Artikel 2

##### Unter das Übereinkommen fallende Steuern

(1) Dieses Übereinkommen gilt

- a) für die folgenden Steuern:
  - i) Steuern vom Einkommen oder vom Gewinn,
  - ii) Steuern von Gewinnen aus der Veräußerung von Vermögen, die getrennt von der Steuer vom Einkommen oder vom Gewinn erhoben werden,
  - iii) Steuern vom Vermögen,

die für Rechnung einer Vertragspartei erhoben werden, und

#### Article 2

##### Taxes covered

1. This Convention shall apply:

- a. to the following taxes:
  - i. taxes on income or profits,
  - ii. taxes on capital gains which are imposed separately from the tax on income or profits,
  - iii. taxes on net wealth, imposed on behalf of a Party; and

## b. to the following taxes:

- i. taxes on income, profits, capital gains or net wealth which are imposed on behalf of political subdivisions or local authorities of a Party,
- ii. compulsory social security contributions payable to general government or to social security institutions established under public law, and
- iii. taxes in other categories, except customs duties, imposed on behalf of a Party, namely:
  - A. estate, inheritance or gift taxes,
  - B. taxes on immovable property,
  - C. general consumption taxes, such as value-added or sales taxes,
  - D. specific taxes on goods and services such as excise taxes,
  - E. taxes on the use or ownership of motor vehicles,
  - F. taxes on the use or ownership of movable property other than motor vehicles,
  - G. any other taxes,
- iv. taxes in categories referred to in sub-paragraph (iii) above which are imposed on behalf of political subdivisions or local authorities of a Party.

2. The existing taxes to which the Convention shall apply are listed in Annex A in the categories referred to in paragraph 1.

3. The Parties shall notify the Secretary General of the Council of Europe or the Secretary General of OECD (hereinafter referred to as the "Depositaries") of any change to be made to Annex A as a result of a modification of the list mentioned in paragraph 2. Such change shall take effect on the first day of the month following the expiration of a period of three months after the date of receipt of such notification by the Depositary.

4. The Convention shall also apply, as from their adoption, to any identical or substantially similar taxes which are imposed in a Contracting State after the entry into force of the Convention in respect of that Party in addition to or in place of the existing taxes listed in Annex A and, in that event, the Party concerned shall notify one of the Depositaries of the adoption of the tax in question.

## b. aux impôts suivants:

- i. impôts sur le revenu, les bénéfices ou les gains en capital ou l'actif net qui sont perçus pour le compte des subdivisions politiques ou des collectivités locales d'une Partie,
- ii. cotisations de sécurité sociale obligatoires dues aux administrations publiques ou aux organismes de sécurité sociale de droit public, et
- iii. impôts d'autres catégories, à l'exception des droits de douane, perçus pour le compte d'une Partie, à savoir:
  - A. impôts sur les successions ou les donations,
  - B. impôts sur la propriété immobilière,
  - C. impôts généraux sur les biens et services, tels que taxes sur la valeur ajoutée ou impôts sur les ventes,
  - D. impôts sur des biens et services déterminés, tels que droits d'accises,
  - E. impôts sur l'utilisation ou la propriété des véhicules à moteur,
  - F. impôts sur l'utilisation ou la propriété de biens mobiliers autres que les véhicules à moteur,
  - G. tout autre impôt;
- iv. impôts des catégories visées à l'alinéa iii ci-dessus, qui sont perçus pour le compte des subdivisions politiques ou des collectivités locales d'une Partie.

2. Les impôts existants auxquels s'applique la présente Convention sont énumérés à l'Annexe A selon les catégories mentionnées au paragraphe 1.

3. Les Parties communiquent au Secrétaire Général du Conseil de l'Europe ou au Secrétaire Général de l'OCDE (ci-après dénommés «Dépositaires») toute modification devant être apportée à l'Annexe A et résultant d'une modification de la liste mentionnée au paragraphe 2. Ladite modification prendra effet le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de trois mois après la date de réception de la notification par le Dépositaire.

4. La présente Convention s'applique aussi, dès leur introduction, aux impôts de nature identique ou analogue qui seraient établis dans une Partie après l'entrée en vigueur de la Convention à son égard et qui s'ajouteraient aux impôts existants énumérés à l'Annexe A, ou qui les remplaceraient. Dans ce cas, la Partie intéressée informera l'un des Dépositaires de l'introduction de ces impôts.

## b) für die folgenden Steuern:

- i) Steuern, die für Rechnung der Gebietskörperschaften einer Vertragspartei vom Einkommen, vom Gewinn, von Gewinnen aus der Veräußerung von Vermögen oder vom Vermögen erhoben werden;
- ii) Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung, die an den Staat oder an öffentlich-rechtliche Sozialversicherungseinrichtungen zu zahlen sind;
- iii) Steuern anderer Art, ausgenommen Zölle, die für Rechnung einer Vertragspartei erhoben werden, nämlich
  - A) Nachlass-, Erbschaft- und Schenkungsteuern,
  - B) Steuern vom unbeweglichen Vermögen,
  - C) allgemeine Verbrauchsteuern wie Mehrwert- und Umsatzsteuern,
  - D) besondere Steuern auf Waren und Dienstleistungen wie Verbrauchsteuern,
  - E) Steuern für die Benutzung von oder das Eigentum an Kraftfahrzeugen,
  - F) Steuern für die Benutzung von oder das Eigentum an beweglichem Vermögen mit Ausnahme von Kraftfahrzeugen,
  - G) alle anderen Steuern;
- iv) die unter die in Ziffer iii genannten Kategorien fallenden Steuern, die für Rechnung der Gebietskörperschaften einer Vertragspartei erhoben werden.

(2) Die bestehenden Steuern, für die das Übereinkommen gilt, sind in Anlage A unter den in Absatz 1 genannten Kategorien aufgelistet.

(3) Die Vertragsparteien notifizieren dem Generalsekretär des Europarats oder dem Generalsekretär der OECD (im Folgenden als „Verwahrer“ bezeichnet) jede Änderung der Anlage A, die wegen einer Änderung der in Absatz 2 erwähnten Liste vorzunehmen ist. Die Änderung wird am ersten Tag des Monats wirksam, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach Eingang der Notifikation bei dem Verwahrer folgt.

(4) Das Übereinkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art – und zwar mit Wirkung vom Zeitpunkt ihrer Einführung –, die in einer Vertragspartei nach dem Inkrafttreten des Übereinkommens für diese Vertragspartei neben den in Anlage A aufgelisteten bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden; in diesem Fall notifiziert die betreffende Vertragspartei einem der Verwahrer die Einführung der betreffenden Steuer.

Chapter II	Chapitre II	Kapitel II
General Definitions	Définitions générales	Allgemeine Begriffsbestimmungen
<b>Article 3</b> <b>Definitions</b>	<b>Article 3</b> <b>Définitions</b>	<b>Artikel 3</b> <b>Begriffsbestimmungen</b>
1. For the purposes of this Convention, unless the context otherwise requires:	1. Aux fins de la présente Convention, à moins que le contexte n'exige une interprétation différente:	(1) Im Sinne dieses Übereinkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,
a. the terms "applicant State" and "requested State" mean respectively any Party applying for administrative assistance in tax matters and any Party requested to provide such assistance;	a. les expressions «Etat requérant» et «Etat requis» désignent respectivement toute Partie qui demande assistance administrative en matière fiscale et toute Partie à laquelle cette assistance est demandée;	a) bedeuten die Ausdrücke „ersuchender Staat“ und „ersuchter Staat“ eine Vertragspartei, die um Amtshilfe in Steuer-sachen ersucht, beziehungsweise eine Vertragspartei, die um solche Amtshilfe ersucht wird;
b. the term "tax" means any tax or social security contribution to which the Convention applies pursuant to Article 2;	b. le terme «impôt» désigne tout impôt ou cotisation de sécurité sociale, visé par la présente Convention conformément à l'Article 2;	b) bedeutet der Ausdruck „Steuer“ jede Steuer oder jeden Sozialversicherungsbeitrag, für die beziehungsweise den das Übereinkommen nach Artikel 2 gilt;
c. the term "tax claim" means any amount of tax, as well as interest thereon, related administrative fines and costs incidental to recovery, which are owed and not yet paid;	c. l'expression «créance fiscale» désigne tout montant d'impôt ainsi que les intérêts, les amendes administratives et les frais de recouvrement y afférents, qui sont dus et non encore acquittés;	c) bedeutet der Ausdruck „Steuerforderung“ jeden Steuerbetrag, die darauf entfallenden Zinsen sowie die damit zusammenhängenden Geldbußen und Beitreibungskosten, die geschuldet werden und noch nicht gezahlt worden sind;
d. the term "competent authority" means the persons and authorities listed in Annex B;	d. l'expression «autorité compétente» désigne les personnes et autorités énumérées à l'Annexe B;	d) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“ die in Anlage B aufgelisteten Personen und Behörden;
e. the term "nationals", in relation to a Party, means:	e. le terme «ressortissants», à l'égard d'une Partie, désigne:	e) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“ in Bezug auf eine Vertragspartei
i. all individuals possessing the nationality of that Party, and	i. toutes les personnes physiques qui possèdent la nationalité de cette Partie, et	i) alle natürlichen Personen, welche die Staatsangehörigkeit der betreffenden Vertragspartei besitzen, und
ii. all legal persons, partnerships, associations and other entities deriving their status as such from the laws in force in that Party.	ii. toutes les personnes morales, sociétés de personnes, associations et autres entités constituées conformément à la législation en vigueur dans cette Partie.	ii) alle juristischen Personen, Personengesellschaften oder anderen Personenvereinigungen sowie alle Rechtsträger, die nach dem in der betreffenden Vertragspartei geltenden Recht errichtet worden sind.
For each Party that has made a declaration for that purpose, the terms used above will be understood as defined in Annex C.	Pour toute Partie qui fait une déclaration à cette fin, les termes utilisés ci-dessus devront être entendus au sens des définitions contenues dans l'Annexe C.	Für jede Vertragspartei, die eine diesbezügliche Erklärung abgegeben hat, haben die vorstehenden Ausdrücke die Bedeutung, die sich aus der jeweiligen Begriffsbestimmung in Anlage C ergibt.
2. As regards the application of the Convention by a Party, any term not defined therein shall, unless the context otherwise requires, have the meaning which it has under the law of that Party concerning the taxes covered by the Convention.	2. Pour l'application de la Convention par une Partie, toute expression qui n'y est pas définie a le sens que lui attribue le droit de cette Partie concernant les impôts visés par la Convention, à moins que le contexte n'exige une interprétation différente.	(2) Bei der Anwendung des Übereinkommens durch eine Vertragspartei hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Übereinkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem Recht der betreffenden Vertragspartei über die Steuern zukommt, die unter das Übereinkommen fallen.
3. The Parties shall notify one of the Depositaries of any change to be made to Annexes B and C. Such change shall take effect on the first day of the month following the expiration of a period of three months after the date of receipt of such notification by the Depositary in question.	3. Les Parties communiquent à l'un des Dépositaires toute modification devant être apportée aux Annexes B et C. Ladite modification prendra effet le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de trois mois après la date de réception de la notification par le Dépositaire.	(3) Die Vertragsparteien notifizieren einem der Verwahrer jede Änderung, die an den Anlagen B und C vorzunehmen ist. Die Änderung wird am ersten Tag des Monats wirksam, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach Eingang der Notifikation bei dem betreffenden Verwahrer folgt.

Chapter III Forms Of Assistance	Chapitre III Formes d'assistance	Kapitel III Formen der Amtshilfe
<b>Section I</b> <b>Exchange of information</b>	<b>Section I</b> <b>Echange de renseignements</b>	<b>Abschnitt I</b> <b>Informationsaustausch</b>
<b>Article 4</b> <b>General provision</b>	<b>Article 4</b> <b>Disposition générale</b>	<b>Artikel 4</b> <b>Allgemeine Bestimmungen</b>
<p>1. The Parties shall exchange any information, in particular as provided in this Section, that is foreseeably relevant to:</p> <p>a. the assessment and collection of tax, and the recovery and enforcement of tax claims, and</p> <p>b. the prosecution before an administrative authority or the initiation of prosecution before a judicial body.</p> <p>Information which is unlikely to be relevant to these purposes shall not be exchanged under this Convention.</p> <p>2. A Party may use information obtained under this Convention as evidence before a criminal court only if prior authorisation has been given by the Party which has supplied the information. However, any two or more Parties may mutually agree to waive the condition of prior authorisation.</p> <p>3. Any Party may, by a declaration addressed to one of the Depositaries, indicate that, according to its internal legislation, its authorities may inform its resident or national before transmitting information concerning him, in conformity with Articles 5 and 7.</p>	<p>1. Les Parties échangent, notamment comme il est prévu dans la présente Section, les renseignements qui paraîtront pertinents pour:</p> <p>a. procéder à l'établissement et à la perception des impôts, au recouvrement des créances fiscales ou aux mesures d'exécution y relatives, et</p> <p>b. exercer des poursuites devant une autorité administrative ou engager des poursuites pénales devant un organe juridictionnel.</p> <p>Les renseignements qui, selon toute vraisemblance, seraient dénués de pertinence au regard des objectifs ci-dessus ne peuvent faire l'objet d'échange en application de la présente Convention.</p> <p>2. Une Partie ne peut utiliser les renseignements ainsi obtenus comme moyen de preuve devant une juridiction pénale sans avoir obtenu l'autorisation préalable de la Partie qui les lui a fournis. Toutefois, deux ou plusieurs Parties peuvent, d'un commun accord, renoncer à la condition de l'autorisation préalable.</p> <p>3. Une Partie peut, par une déclaration adressée à l'un des Dépositaires, indiquer que, conformément à sa législation interne, ses autorités peuvent informer son résident ou ressortissant avant de fournir des renseignements le concernant en application des Articles 5 et 7.</p>	<p>(1) Die Vertragsparteien tauschen alle Informationen aus, insbesondere wie in diesem Abschnitt vorgesehen, die voraussichtlich erheblich sind für</p> <p>a) die Festsetzung und Erhebung von Steuern sowie die Beitreibung und Vollstreckung von Steuerforderungen und</p> <p>b) die Verfolgung bei Verwaltungsbehörden oder die Einleitung eines Strafverfahrens bei Justizbehörden.</p> <p>Informationen, die für diese Zwecke aller Wahrscheinlichkeit nach nicht erheblich sind, werden im Rahmen dieses Übereinkommens nicht ausgetauscht.</p> <p>(2) Eine Vertragspartei kann die nach diesem Übereinkommen erhaltenen Informationen nur mit vorheriger Zustimmung der Vertragspartei, welche die Informationen erteilt hat, als Beweismittel vor einem Gericht für Strafsachen verwenden. Zwei oder mehr Vertragsparteien können jedoch in gegenseitigem Einvernehmen auf die Voraussetzung der vorherigen Zustimmung verzichten.</p> <p>(3) Jede Vertragspartei kann durch eine an einen der Verwahrer gerichtete Erklärung anzeigen, dass ihre Behörden in Übereinstimmung mit ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften die betroffene ansässige Person oder den betroffenen Staatsangehörigen unterrichten können, bevor sie nach den Artikeln 5 und 7 Informationen über sie beziehungsweise ihn übermitteln.</p>
<b>Article 5</b> <b>Exchange of information on request</b>	<b>Article 5</b> <b>Echange de renseignements sur demande</b>	<b>Artikel 5</b> <b>Informationsaustausch auf Ersuchen</b>
<p>1. At the request of the applicant State, the requested State shall provide the applicant State with any information referred to in Article 4 which concerns particular persons or transactions.</p> <p>2. If the information available in the tax files of the requested State is not sufficient to enable it to comply with the request for information, that State shall take all relevant measures to provide the applicant State with the information requested.</p>	<p>1. A la demande de l'Etat requérant, l'Etat requis lui fournit tout renseignement visé à l'Article 4 concernant une personne ou une transaction déterminée.</p> <p>2. Si les renseignements disponibles dans les dossiers fiscaux de l'Etat requis ne lui permettent pas de donner suite à la demande de renseignements, il doit prendre toutes les mesures nécessaires afin de fournir à l'Etat requérant les renseignements demandés.</p>	<p>(1) Auf Ersuchen des ersuchenden Staates erteilt der ersuchte Staat dem ersuchenden Staat alle in Artikel 4 genannten Informationen über bestimmte Personen oder Transaktionen.</p> <p>(2) Reichen die in den Steuerakten des ersuchten Staates vorhandenen Informationen nicht aus, um dem Informationsersuchen zu entsprechen, so trifft dieser Staat alle erforderlichen Maßnahmen, um dem ersuchenden Staat die erbetenen Informationen zu erteilen.</p>
<b>Article 6</b> <b>Automatic exchange of information</b>	<b>Article 6</b> <b>Echange automatique de renseignements</b>	<b>Artikel 6</b> <b>Automatischer Informationsaustausch</b>
<p>With respect to categories of cases and in accordance with procedures which they</p>	<p>Pour des catégories de cas et selon les procédures qu'elles déterminent d'un com-</p>	<p>Für Fallkategorien und nach Verfahren, die sie einvernehmlich festlegen, tauschen</p>

shall determine by mutual agreement, two or more Parties shall automatically exchange the information referred to in Article 4.

mun accord, deux ou plusieurs Parties échangent automatiquement les renseignements visés à l'Article 4.

zwei oder mehr Vertragsparteien die in Artikel 4 genannten Informationen automatisch aus.

#### Article 7

##### Spontaneous exchange of information

1. A Party shall, without prior request, forward to another Party information of which it has knowledge in the following circumstances:

- a. the first-mentioned Party has grounds for supposing that there may be a loss of tax in the other Party;
- b. a person liable to tax obtains a reduction in or an exemption from tax in the first-mentioned Party which would give rise to an increase in tax or to liability to tax in the other Party;
- c. business dealings between a person liable to tax in a Party and a person liable to tax in another Party are conducted through one or more countries in such a way that a saving in tax may result in one or the other Party or in both;
- d. a Party has grounds for supposing that a saving of tax may result from artificial transfers of profits within groups of enterprises;
- e. information forwarded to the first-mentioned Party by the other Party has enabled information to be obtained which may be relevant in assessing liability to tax in the latter Party.

2. Each Party shall take such measures and implement such procedures as are necessary to ensure that information described in paragraph 1 will be made available for transmission to another Party.

#### Article 7

##### Echange spontané de renseignements

1. Une Partie communique, sans demande préalable, à une autre Partie les informations dont elle a connaissance dans les situations suivantes:

- a. la première Partie a des raisons de présumer qu'il existe une réduction ou une exonération anormales d'impôt dans l'autre Partie;
- b. un contribuable obtient, dans la première Partie, une réduction ou une exonération d'impôt qui devrait entraîner pour lui une augmentation d'impôt ou un assujettissement à l'impôt dans l'autre Partie;
- c. des affaires entre un contribuable d'une Partie et un contribuable d'une autre Partie sont traitées par le biais d'un ou plusieurs autres pays, de manière telle qu'il peut en résulter une diminution d'impôt dans l'une ou l'autre ou dans les deux;
- d. une Partie a des raisons de présumer qu'il existe une diminution d'impôt résultant de transferts fictifs de bénéfices à l'intérieur de groupes d'entreprises;
- e. à la suite d'informations communiquées à une Partie par une autre Partie, la première Partie a pu recueillir des informations qui peuvent être utiles à l'établissement de l'impôt dans l'autre Partie.

2. Chaque Partie prend les mesures et met en œuvre les procédures nécessaires pour que les renseignements visés au paragraphe 1 lui parviennent en vue de leur transmission à une autre Partie.

#### Artikel 7

##### Spontaner Informationsaustausch

(1) In den folgenden Fällen übermittelt eine Vertragspartei einer anderen Vertragspartei ohne vorheriges Ersuchen Informationen, die ihr bekannt geworden sind:

- a) wenn die eine Vertragspartei Gründe für die Vermutung einer Steuerverkürzung in der anderen Vertragspartei hat;
- b) wenn ein Steuerpflichtiger in der einen Vertragspartei eine Steuerermäßigung oder Steuerbefreiung erhält, die eine Steuererhöhung oder eine Besteuerung in der anderen Vertragspartei zur Folge haben würde;
- c) bei Geschäftsbeziehungen zwischen einem Steuerpflichtigen einer Vertragspartei und einem Steuerpflichtigen einer anderen Vertragspartei, die über ein oder mehrere weitere Länder in einer Weise geleitet werden, die in einer der beiden oder in beiden Vertragsparteien zur Steuerersparnis führen kann;
- d) wenn eine Vertragspartei Gründe für die Vermutung einer Steuerersparnis durch künstliche Gewinnverlagerungen innerhalb eines Konzerns hat;
- e) wenn im Zusammenhang mit Informationen, die der einen Vertragspartei von der anderen Vertragspartei übermittelt worden sind, ein Sachverhalt ermittelt worden ist, der für die Steuerfestsetzung in der anderen Vertragspartei erheblich sein kann.

(2) Jede Vertragspartei trifft die Maßnahmen und führt die Verfahren durch, die erforderlich sind, um sicherzustellen, dass die in Absatz 1 genannten Informationen für die Weiterleitung an eine andere Vertragspartei zur Verfügung gestellt werden.

#### Article 8

##### Simultaneous tax examinations

1. At the request of one of them, two or more Parties shall consult together for the purposes of determining cases and procedures for simultaneous tax examinations. Each Party involved shall decide whether or not it wishes to participate in a particular simultaneous tax examination.

2. For the purposes of this Convention, a simultaneous tax examination means an arrangement between two or more Parties to examine simultaneously, each in its own territory, the tax affairs of a person or persons in which they have a common or related interest, with a view to exchanging any relevant information which they so obtain.

#### Article 8

##### Contrôles fiscaux simultanés

1. A la demande de l'une d'entre elles, deux ou plusieurs Parties se consultent pour déterminer les cas devant faire l'objet d'un contrôle fiscal simultané et les procédures à suivre. Chaque Partie décide si elle souhaite ou non participer, dans un cas déterminé, à un contrôle fiscal simultané.

2. Aux fins de la présente Convention, on entend par contrôle fiscal simultané un contrôle entrepris en vertu d'un accord par lequel deux ou plusieurs Parties conviennent de vérifier simultanément, chacune sur son territoire, la situation fiscale d'une ou de plusieurs personnes qui présente pour elles un intérêt commun ou complémentaire, en vue d'échanger les renseignements ainsi obtenus.

#### Artikel 8

##### Gleichzeitige Steuerprüfungen

(1) Zwei oder mehr Vertragsparteien konsultieren einander auf Ersuchen einer von ihnen, um die Fälle, in denen gleichzeitige Steuerprüfungen stattfinden sollen, und die entsprechenden Verfahren festzulegen. Jede betroffene Vertragspartei entscheidet, ob sie an einer bestimmten gleichzeitigen Steuerprüfung teilnehmen will.

(2) Im Sinne dieses Übereinkommens bedeutet „gleichzeitige Steuerprüfung“ eine Vereinbarung zwischen zwei oder mehr Vertragsparteien, gleichzeitig im jeweils eigenen Hoheitsgebiet die steuerlichen Verhältnisse einer Person oder mehrerer Personen, an denen sie ein gemeinsames oder ergänzendes Interesse haben, zu prüfen, um die auf diesem Wege gewonnenen sachdienlichen Informationen auszutauschen.

**Article 9****Tax examinations abroad**

1. At the request of the competent authority of the applicant State, the competent authority of the requested State may allow representatives of the competent authority of the applicant State to be present at the appropriate part of a tax examination in the requested State.

2. If the request is acceded to, the competent authority of the requested State shall, as soon as possible, notify the competent authority of the applicant State about the time and place of the examination, the authority or official designated to carry out the examination and the procedures and conditions required by the requested State for the conduct of the examination. All decisions with respect to the conduct of the tax examination shall be made by the requested State.

3. A Party may inform one of the Depositories of its intention not to accept, as a general rule, such requests as are referred to in paragraph 1. Such a declaration may be made or withdrawn at any time.

**Article 9****Contrôles fiscaux à l'étranger**

1. A la demande de l'autorité compétente de l'Etat requérant l'autorité compétente de l'Etat requis peut autoriser des représentants de l'autorité compétente de l'Etat requérant à assister à la partie appropriée d'un contrôle fiscal dans l'Etat requis.

2. Si la demande est acceptée, l'autorité compétente de l'Etat requis fait connaître aussitôt que possible à l'autorité compétente de l'Etat requérant la date et le lieu du contrôle, l'autorité ou le fonctionnaire chargé de ce contrôle, ainsi que les procédures et conditions exigées par l'Etat requis pour la conduite du contrôle. Toute décision relative à la conduite du contrôle fiscal est prise par l'Etat requis.

3. Une Partie peut informer l'un des Dépositaires de son intention de ne pas accepter, de façon générale, les demandes visées au paragraphe 1. Cette déclaration peut être faite ou retirée à tout moment.

**Artikel 9****Steuerprüfungen im Ausland**

(1) Auf Ersuchen der zuständigen Behörde des ersuchenden Staates kann die zuständige Behörde des ersuchten Staates gestatten, dass Vertreter der zuständigen Behörde des ersuchenden Staates während des relevanten Teils einer Steuerprüfung im ersuchten Staat anwesend sind.

(2) Ist dem Ersuchen stattgegeben worden, so unterrichtet die zuständige Behörde des ersuchten Staates so bald wie möglich die zuständige Behörde des ersuchenden Staates über Zeitpunkt und Ort der Prüfung, über die mit der Durchführung der Prüfung beauftragte Behörde oder den damit beauftragten Bediensteten sowie über die vom ersuchten Staat für die Durchführung der Prüfung vorgeschriebenen Verfahren und Bedingungen. Alle Entscheidungen im Zusammenhang mit der Durchführung der Steuerprüfung trifft der ersuchte Staat.

(3) Eine Vertragspartei kann einen der Verwahrer von ihrer Absicht unterrichten, Ersuchen nach Absatz 1 in der Regel nicht anzunehmen. Eine solche Erklärung kann jederzeit abgegeben oder widerrufen werden.

**Article 10****Conflicting information**

If a Party receives from another Party information about a person's tax affairs which appears to it to conflict with information in its possession, it shall so advise the Party which has provided the information.

**Article 10****Renseignements contradictoires**

Si une Partie reçoit d'une autre Partie des renseignements sur la situation fiscale d'une personne qui lui paraissent en contradiction avec ceux dont elle dispose, elle en avise la Partie qui a fourni les renseignements.

**Artikel 10****Widersprüchliche Informationen**

Erhält eine Vertragspartei von einer anderen Vertragspartei Informationen über die steuerlichen Verhältnisse einer Person, die nach ihrer Auffassung zu den ihr zur Verfügung stehenden Informationen in Widerspruch stehen, so unterrichtet sie davon die Vertragspartei, welche die Informationen erteilt hat.

**Section II****Assistance in recovery****Article 11****Recovery of tax claims**

1. At the request of the applicant State, the requested State shall, subject to the provisions of Articles 14 and 15, take the necessary steps to recover tax claims of the first-mentioned State as if they were its own tax claims.

2. The provision of paragraph 1 shall apply only to tax claims which form the subject of an instrument permitting their enforcement in the applicant State and, unless otherwise agreed between the Parties concerned, which are not contested.

However, where the claim is against a person who is not a resident of the applicant State, paragraph 1 shall only apply, unless otherwise agreed between the Parties concerned, where the claim may no longer be contested.

**Section II****Assistance en vue du recouvrement****Article 11****Recouvrement des créances fiscales**

1. A la demande de l'Etat requérant, l'Etat requis procède, sous réserve des dispositions des Articles 14 et 15, au recouvrement des créances fiscales du premier Etat comme s'il s'agissait de ses propres créances fiscales.

2. Les dispositions du paragraphe 1 ne s'appliquent qu'aux créances fiscales qui font l'objet d'un titre permettant d'en poursuivre le recouvrement dans l'Etat requérant et qui, à moins que les Parties concernées n'en soient convenus autrement, ne sont pas contestées.

Toutefois, si la créance concerne une personne qui n'a pas la qualité de résident dans l'Etat requérant, le paragraphe 1 s'applique seulement lorsque la créance ne peut plus être contestée, à moins que les Parties concernées n'en soient convenus autrement.

**Abschnitt II****Amtshilfe bei der Beitreibung****Artikel 11****Beitreibung von Steuerforderungen**

(1) Auf Ersuchen des ersuchenden Staates trifft der ersuchte Staat vorbehaltlich der Artikel 14 und 15 die erforderlichen Maßnahmen, um die Steuerforderungen des erstgenannten Staates beizutreiben, als handele es sich um seine eigenen Steuerforderungen.

(2) Absatz 1 gilt nur für Steuerforderungen, für die ein Titel besteht, der ihre Vollstreckung im ersuchenden Staat ermöglicht, und die, sofern zwischen den betreffenden Vertragsparteien nichts anderes vereinbart ist, nicht angefochten werden.

Richtet sich die Forderung jedoch gegen eine Person, die nicht im ersuchenden Staat ansässig ist, so gilt Absatz 1 nur, sofern zwischen den betreffenden Vertragsparteien nichts anderes vereinbart ist, wenn die Forderung nicht mehr angefochten werden kann.

3. The obligation to provide assistance in the recovery of tax claims concerning a deceased person or his estate, is limited to the value of the estate or of the property acquired by each beneficiary of the estate, according to whether the claim is to be recovered from the estate or from the beneficiaries thereof.

#### Article 12

##### Measures of conservancy

At the request of the applicant State the requested State shall, with a view to the recovery of an amount of tax, take measures of conservancy even if the claim is contested or is not yet the subject of an instrument permitting enforcement.

#### Article 13

##### Documents accompanying the request

1. The request for administrative assistance under this Section shall be accompanied by:

- a. a declaration that the tax claim concerns a tax covered by the Convention and, in the case of recovery that, subject to paragraph 2 of Article 11, the tax claim is not or may not be contested,
- b. an official copy of the instrument permitting enforcement in the applicant State, and
- c. any other document required for recovery or measures of conservancy.

2. The instrument permitting enforcement in the applicant State shall, where appropriate and in accordance with the provisions in force in the requested State, be accepted, recognised, supplemented or replaced as soon as possible after the date of the receipt of the request for assistance, by an instrument permitting enforcement in the latter State.

#### Article 14

##### Time limits

1. Questions concerning any period beyond which a tax claim cannot be enforced shall be governed by the law of the applicant State. The request for assistance shall give particulars concerning that period.

2. Acts of recovery carried out by the requested State in pursuance of a request for assistance, which, according to the laws of that State, would have the effect of suspending or interrupting the period mentioned in paragraph 1, shall also have this effect under the laws of the applicant State. The requested State shall inform the applicant State about such acts.

3. L'obligation d'accorder une assistance en vue du recouvrement des créances fiscales concernant une personne décédée ou sa succession est limitée à la valeur de la succession ou des biens reçus par chacun des bénéficiaires de la succession selon que la créance est à recouvrer sur la succession ou auprès des bénéficiaires de celle-ci.

#### Article 12

##### Mesures conservatoires

A la demande de l'Etat requérant, l'Etat requis prend des mesures conservatoires en vue du recouvrement d'un montant d'impôt, même si la créance est contestée ou si le titre exécutoire n'a pas encore été émis.

#### Article 13

##### Documents accompagnant la demande

1. La demande d'assistance administrative, présentée en vertu de la présente Section, est accompagnée:

- a. d'une attestation précisant que la créance fiscale concerne un impôt visé par la présente Convention et, en ce qui concerne le recouvrement, que, sous réserve de l'Article 11, paragraphe 2, elle n'est pas ou ne peut être contestée,
- b. d'une copie officielle du titre permettant l'exécution dans l'Etat requérant, et
- c. de tout autre document exigé pour le recouvrement ou pour prendre les mesures conservatoires.

2. Le titre permettant l'exécution dans l'Etat requérant est, s'il y a lieu et conformément aux dispositions en vigueur dans l'Etat requis, admis, homologué, complété ou remplacé dans les plus brefs délais suivant la date de réception de la demande d'assistance par un titre permettant l'exécution dans l'Etat requis.

#### Article 14

##### Délais

1. Les questions concernant le délai au-delà duquel la créance fiscale ne peut être exigée sont régies par la législation de l'Etat requérant. La demande d'assistance contient des renseignements sur ce délai.

2. Les actes de recouvrement accomplis par l'Etat requis à la suite d'une demande d'assistance et qui, suivant la législation de cet Etat, auraient pour effet de suspendre ou d'interrompre le délai mentionné au paragraphe 1 ont le même effet au regard de la législation de l'Etat requérant. L'Etat requis informe l'Etat requérant des actes ainsi accomplis.

(3) Die Verpflichtung zur Amtshilfe bei der Beitreibung von Steuerforderungen betreffend einen Erblasser oder seinen Nachlass beschränkt sich auf den Wert des Nachlasses oder desjenigen Teils des Vermögens, der auf jeden Nachlassbegünstigten entfällt, je nachdem, ob die Forderung aus dem Nachlass oder von den Nachlassbegünstigten beizutreiben ist.

#### Artikel 12

##### Sicherungsmaßnahmen

Auf Ersuchen des ersuchenden Staates trifft der ersuchte Staat zum Zweck der Beitreibung eines Steuerbetrags Sicherungsmaßnahmen, selbst wenn die Forderung angefochten wird oder für sie noch kein Vollstreckungstitel besteht.

#### Artikel 13

##### Dem Ersuchen beizufügende Schriftstücke

(1) Dem Amtshilfeersuchen nach diesem Abschnitt ist Folgendes beizufügen:

- a) eine Erklärung, dass die Steuerforderung eine unter das Übereinkommen fallende Steuer betrifft und, im Fall der Beitreibung, dass die Steuerforderung vorbehaltlich des Artikels 11 Absatz 2 nicht angefochten wird oder nicht angefochten werden kann;
- b) eine amtliche Ausfertigung des Titels, der die Vollstreckung im ersuchenden Staat ermöglicht, und
- c) sonstige für die Beitreibung beziehungsweise die Sicherungsmaßnahmen erforderliche Schriftstücke.

(2) Der Titel, der die Vollstreckung im ersuchenden Staat ermöglicht, wird gegebenenfalls und in Übereinstimmung mit den im ersuchten Staat geltenden Bestimmungen nach Eingang des Amtshilfeersuchens so bald wie möglich angenommen, anerkannt, ergänzt oder ersetzt durch einen Titel, der die Vollstreckung im ersuchten Staat ermöglicht.

#### Artikel 14

##### Fristen

(1) Fragen im Zusammenhang mit den Fristen, nach deren Ablauf Steuerforderungen nicht mehr vollstreckt werden können, werden nach dem Recht des ersuchenden Staates geregelt. Das Amtshilfeersuchen muss genaue Angaben über diese Fristen enthalten.

(2) Die vom ersuchten Staat aufgrund eines Amtshilfeersuchens durchgeführten Beitreibungsmaßnahmen, die nach dem Recht dieses Staates eine Hemmung oder Unterbrechung der in Absatz 1 genannten Fristen bewirken würden, entfalten diese Wirkung auch nach dem Recht des ersuchenden Staates. Der ersuchte Staat unterrichtet den ersuchenden Staat über derartige Maßnahmen.



3. In any case, the requested State is not obliged to comply with a request for assistance which is submitted after a period of 15 years from the date of the original instrument permitting enforcement.

#### **Article 15** **Priority**

The tax claim in the recovery of which assistance is provided shall not have in the requested State any priority specially accorded to the tax claims of that State even if the recovery procedure used is the one applicable to its own tax claims.

#### **Article 16** **Deferral of payment**

The requested State may allow deferral of payment or payment by instalments if its laws or administrative practice permit it to do so in similar circumstances, but shall first inform the applicant State.

### **Section III** **Service of documents**

#### **Article 17** **Service of documents**

1. At the request of the applicant State, the requested State shall serve upon the addressee documents, including those relating to judicial decisions, which emanate from the applicant State and which relate to a tax covered by this Convention.

2. The requested State shall effect service of documents:

- a. by a method prescribed by its domestic laws for the service of documents of a substantially similar nature;
- b. to the extent possible, by a particular method requested by the applicant State or the closest to such method available under its own laws.

3. A Party may effect service of documents directly through the post on a person within the territory of another Party.

4. Nothing in the Convention shall be construed as invalidating any service of documents by a Party in accordance with its laws.

5. When a document is served in accordance with this Article, it need not be accompanied by a translation. However, where it is satisfied that the addressee cannot understand the language of the document, the requested State shall arrange to have it translated into or a summary drafted in its or one of its official languages. Alternatively,

3. En tout état de cause, l'Etat requis n'est pas tenu de donner suite à une demande d'assistance qui est présentée après une période de 15 ans à partir de la date du titre exécutoire initial.

#### **Article 15** **Privilèges**

La créance fiscale pour le recouvrement de laquelle une assistance est accordée ne jouit dans l'Etat requis d'aucun des privilèges spécialement attachés aux créances fiscales de cet Etat même si la procédure de recouvrement utilisée est celle qui s'applique à ses propres créances fiscales.

#### **Article 16** **Délais de paiement**

Si sa législation ou sa pratique administrative le permet dans des circonstances analogues, l'Etat requis peut consentir un délai de paiement ou un paiement échelonné, mais il en informe au préalable l'Etat requérant.

### **Section III** **Notification de documents**

#### **Article 17** **Notification de documents**

1. A la demande de l'Etat requérant, l'Etat requis notifie au destinataire les documents, y compris ceux ayant trait à des décisions judiciaires, qui émanent de l'Etat requérant et concernent un impôt visé par la présente Convention.

2. L'Etat requis procède à la notification:

- a. selon les formes prescrites par sa législation interne pour la notification de documents de nature identique ou analogue;
- b. dans la mesure du possible, selon la forme particulière demandée par l'Etat requérant, ou la forme la plus approchante prévue par sa législation interne.

3. Une Partie peut faire procéder directement par voie postale à la notification d'un document à une personne se trouvant sur le territoire d'une autre Partie.

4. Aucune disposition de la Convention ne peut avoir pour effet d'entacher de nullité une notification de documents effectuée par une Partie conformément à sa législation.

5. Lorsqu'un document est notifié conformément au présent Article, sa traduction n'est pas exigée. Toutefois, lorsqu'il lui paraît établi que le destinataire ne connaît pas la langue dans laquelle le document est libellé, l'Etat requis en fait effectuer une traduction ou établir un résumé dans sa langue officielle ou l'une de ses langues of-

(3) Der ersuchte Staat ist in keinem Fall verpflichtet, einem Amtshilfeersuchen nachzukommen, das später als 15 Jahre ab dem Datum des ursprünglichen Vollstreckungstitels übermittelt wird.

#### **Artikel 15** **Bevorzugung**

Steuerforderungen, bei deren Beitreibung Amtshilfe geleistet wird, genießen im ersuchten Staat nicht die Bevorzugung, die den Steuerforderungen dieses Staates besonders gewährt wird, selbst wenn das angewandte Beitreibungsverfahren demjenigen für seine eigenen Steuerforderungen entspricht.

#### **Artikel 16** **Zahlungsaufschub**

Der ersuchte Staat kann einen Zahlungsaufschub oder Ratenzahlungen gestatten, wenn sein Recht oder seine Verwaltungspraxis dies in ähnlichen Fällen zulässt; er unterrichtet hierüber jedoch den ersuchenden Staat im Voraus.

### **Abschnitt III** **Zustellung von Schriftstücken**

#### **Artikel 17** **Zustellung von Schriftstücken**

(1) Auf Ersuchen des ersuchenden Staates stellt der ersuchte Staat dem Empfänger die Schriftstücke, einschließlich derjenigen zu Gerichtsentscheidungen, zu, die aus dem ersuchenden Staat stammen und eine unter das Übereinkommen fallende Steuer betreffen.

(2) Der ersuchte Staat nimmt die Zustellung von Schriftstücken wie folgt vor:

- a) in einer Form, die sein innerstaatliches Recht für die Zustellung im Wesentlichen ähnlicher Schriftstücke vorschreibt;
- b) soweit möglich in einer besonderen vom ersuchenden Staat gewünschten Form oder in einer dieser am nächsten kommenden Form, die das innerstaatliche Recht des ersuchten Staates vorsieht.

(3) Eine Vertragspartei kann die Zustellung von Schriftstücken an eine Person im Hoheitsgebiet einer anderen Vertragspartei unmittelbar durch die Post vornehmen.

(4) Dieses Übereinkommen ist nicht so auszulegen, als bewirke es die Nichtigkeit einer durch eine Vertragspartei in Übereinstimmung mit ihrem Recht vorgenommenen Zustellung von Schriftstücken.

(5) Wird ein Schriftstück nach diesem Artikel zugestellt, so braucht keine Übersetzung beigelegt zu werden. Ist jedoch der ersuchte Staat überzeugt, dass der Empfänger die Sprache, in der das Schriftstück abgefasst ist, nicht versteht, so veranlasst der ersuchte Staat die Übersetzung in seine Amtssprache oder eine seiner Amtsspra-

it may ask the applicant State to have the document either translated into or accompanied by a summary in one of the official languages of the requested State, the Council of Europe or the OECD.

ficielles. Il peut également demander à l'Etat requérant que le document soit traduit ou accompagné d'un résumé dans l'une des langues officielles de l'Etat requis, du Conseil de l'Europe ou de l'OCDE.

chen oder die Anfertigung einer Kurzfassung in seiner Amtssprache oder einer seiner Amtssprachen. Andernfalls kann er den ersuchenden Staat bitten, das Schriftstück entweder in eine der Amtssprachen des ersuchten Staates, des Europarats oder der OECD übersetzen oder eine Kurzfassung in einer dieser Sprachen beifügen zu lassen.

#### Chapter IV

##### Provisions Relating To All Forms Of Assistance

#### Article 18

##### Information to be provided by the applicant State

1. A request for assistance shall indicate where appropriate:
  - a. the authority or agency which initiated the request made by the competent authority;
  - b. the name, address and any other particulars assisting in the identification of the person in respect of whom the request is made;
  - c. in the case of a request for information, the form in which the applicant State wishes the information to be supplied in order to meet its needs;
  - d. in the case of a request for assistance in recovery or measures of conservancy, the nature of the tax claim, the components of the tax claim and the assets from which the tax claim may be recovered;
  - e. in the case of a request for service of documents, the nature and the subject of the document to be served;
  - f. whether it is in conformity with the law and administrative practice of the applicant State and whether it is justified in the light of the requirements of Article 19.

2. As soon as any other information relevant to the request for assistance comes to its knowledge, the applicant State shall forward it to the requested State.

#### Article 19

##### Possibility of declining a request

The requested State shall not be obliged to accede to a request if the applicant State has not pursued all means available in its own territory, except where recourse to such means would give rise to disproportionate difficulty.

#### Chapitre IV

##### Dispositions communes aux diverses formes d'assistance

#### Article 18

##### Renseignements à fournir par l'Etat requérant

1. La demande d'assistance précise, en tant que de besoin:
  - a. l'autorité ou le service qui est à l'origine de la demande présentée par l'autorité compétente;
  - b. le nom, l'adresse et tous autres détails permettant d'identifier la personne au sujet de laquelle la demande est présentée;
  - c. dans le cas d'une demande de renseignements, la forme sous laquelle l'Etat requérant souhaite recevoir le renseignement pour répondre à ses besoins;
  - d. dans le cas d'une demande d'assistance en vue d'un recouvrement ou de mesures conservatoires, la nature de la créance fiscale, les éléments constitutifs de cette créance et les biens sur lesquels elle peut être recouvrée;
  - e. dans le cas d'une demande de notification, la nature et l'objet du document à notifier;
  - f. si la demande est conforme à la législation et à la pratique administrative de l'Etat requérant et si elle est justifiée au regard de l'Article 19.

2. L'Etat requérant communique à l'Etat requis, dès qu'il en a connaissance, tous autres renseignements relatifs à la demande d'assistance.

#### Article 19

##### Possibilité de décliner une demande

L'Etat requis n'est pas tenu de donner suite à une demande si l'Etat requérant n'a pas épuisé tous les moyens dont il dispose sur son propre territoire, à moins que leur usage ne donne lieu à des difficultés disproportionnées.

#### Kapitel IV

##### Für alle Formen der Amtshilfe geltende Bestimmungen

#### Artikel 18

##### Vom ersuchenden Staat zu erteilende Informationen

- (1) Ein Amtshilfeersuchen enthält, soweit erforderlich,
  - a) Angaben über die Behörde oder Stelle, von der das durch die zuständige Behörde gestellte Ersuchen ausgeht;
  - b) den Namen, die Anschrift und alle sonstigen Angaben, welche die Identifizierung der Person, derentwegen das Ersuchen gestellt wird, ermöglichen;
  - c) bei einem Informationsersuchen Angaben über die Form, in welcher der ersuchende Staat die Informationen erteilt bekommen möchte, damit sie seinen Erfordernissen entsprechen;
  - d) bei einem Ersuchen um Amtshilfe bei der Beitreibung oder bei Sicherungsmaßnahmen Angaben über die Art der Steuerforderung, die Bestandteile der Steuerforderung und die Vermögenswerte, aus denen die Steuerforderung beigetrieben werden kann;
  - e) bei einem Ersuchen um Zustellung von Schriftstücken Angaben über die Art und den Gegenstand des zuzustellenden Schriftstücks;
  - f) Angaben darüber, ob das Ersuchen dem Recht und der Verwaltungspraxis des ersuchenden Staates entspricht und ob es unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Artikels 19 gerechtfertigt ist.

(2) Sobald dem ersuchenden Staat weitere im Zusammenhang mit dem Amtshilfeersuchen sachdienliche Informationen zur Kenntnis gelangen, übermittelt er sie dem ersuchten Staat.

#### Artikel 19

##### Möglichkeit der Ablehnung eines Ersuchens

Der ersuchte Staat ist nicht verpflichtet, einem Ersuchen zu entsprechen, wenn der ersuchende Staat nicht alle in seinem eigenen Hoheitsgebiet zur Verfügung stehenden Mittel ausgeschöpft hat, es sei denn, das Zurückgreifen auf diese Mittel würde unverhältnismäßig große Schwierigkeiten mit sich bringen.

**Article 20**  
**Response to**  
**the request for assistance**

1. If the request for assistance is complied with, the requested State shall inform the applicant State of the action taken and of the result of the assistance as soon as possible.

2. If the request is declined, the requested State shall inform the applicant State of that decision and the reason for it as soon as possible.

3. If, with respect to a request for information, the applicant State has specified the form in which it wishes the information to be supplied and the requested State is in a position to do so, the requested State shall supply it in the form requested.

**Article 21**  
**Protection of persons and limits**  
**to the obligation to provide assistance**

1. Nothing in this Convention shall affect the rights and safeguards secured to persons by the laws or administrative practice of the requested State.

2. Except in the case of Article 14, the provisions of this Convention shall not be construed so as to impose on the requested State the obligation:

- a. to carry out measures at variance with its own laws or administrative practice or the laws or administrative practice of the applicant State;
- b. to carry out measures which it considers contrary to public policy (ordre public) or to its essential interests;
- c. to supply information which is not obtainable under its own laws or its administrative practice or under the laws of the applicant State or its administrative practice;
- d. to supply information which would disclose any trade, business, industrial, commercial or professional secret, or trade process, or information the disclosure of which would be contrary to public policy (ordre public) or to its essential interests;
- e. to provide administrative assistance if and insofar as it considers the taxation in the applicant State to be contrary to generally accepted taxation principles or to the provisions of a convention for the avoidance of double taxation, or of any other convention which the requested State has concluded with the applicant State;
- f. to provide assistance if the application of this Convention would lead to discrimination between a national of the

**Article 20**  
**Suite réservée**  
**à la demande d'assistance**

1. S'il est donné suite à la demande d'assistance, l'Etat requis informe l'Etat requérant, dans les plus brefs délais, des mesures prises ainsi que du résultat de son assistance.

2. Si la demande est rejetée, l'Etat requis en informe l'Etat requérant dans les plus brefs délais, en lui indiquant les motifs du rejet.

3. Si, dans le cas d'une demande de renseignement, l'Etat requérant a précisé la forme sous laquelle il souhaite recevoir le renseignement et l'Etat requis est en mesure de le faire, ce dernier fournira le renseignement dans la forme souhaitée.

**Article 21**  
**Protection des personnes**  
**et limites de l'obligation d'assistance**

1. Aucune disposition de la présente Convention ne peut être interprétée comme limitant les droits et garanties accordés aux personnes par la législation ou la pratique administrative de l'Etat requis.

2. Sauf en ce qui concerne l'Article 14, les dispositions de la présente Convention ne peuvent être interprétées comme imposant à l'Etat requis l'obligation:

- a. de prendre des mesures qui dérogent à sa législation ou à sa pratique administrative, ou à la législation ou à la pratique administrative de l'Etat requérant;
- b. de prendre des mesures qu'il estime contraires à l'ordre public ou à ses intérêts essentiels;
- c. de fournir des renseignements qui ne pourraient être obtenus sur la base de sa législation ou de sa pratique administrative, ou de la législation ou de la pratique administrative de l'Etat requérant;
- d. de fournir des renseignements qui révéleraient un secret commercial, industriel, professionnel ou un procédé commercial, ou des renseignements dont la communication serait contraire à l'ordre public ou à ses intérêts essentiels;
- e. d'accorder une assistance si et dans la mesure où il estime que l'imposition de l'Etat requérant est contraire aux principes d'imposition généralement admis ou aux dispositions d'une convention en vue d'éviter la double imposition ou de toute autre convention qu'il a conclue avec l'Etat requérant;
- f. d'accorder une assistance si l'application de la présente Convention devait aboutir à une discrimination entre un

**Artikel 20**  
**Beantwortung des Amtshilfeersuchens**

(1) Wird dem Amtshilfeersuchen entsprochen, so unterrichtet der ersuchte Staat den ersuchenden Staat so bald wie möglich über die getroffenen Maßnahmen und das Ergebnis der Amtshilfe.

(2) Wird das Ersuchen abgelehnt, so unterrichtet der ersuchte Staat den ersuchenden Staat so bald wie möglich über seine Entscheidung und deren Gründe.

(3) Hat der ersuchende Staat bei einem Informationsersuchen angegeben, in welcher Form er die Informationen erteilt haben möchte, und ist der ersuchte Staat in der Lage, dem zu entsprechen, so erteilt der ersuchte Staat die Informationen in der gewünschten Form.

**Artikel 21**  
**Schutz der Person**  
**und Grenzen der Verpflichtung**  
**zur Leistung von Amtshilfe**

(1) Dieses Übereinkommen berührt nicht die Rechte und Sicherheiten, die Personen durch das Recht oder die Verwaltungspraxis des ersuchten Staates gewährt werden.

(2) Mit Ausnahme des Artikels 14 ist dieses Übereinkommen nicht so auszulegen, als verpflichtete es den ersuchten Staat,

- a) Maßnahmen durchzuführen, die von seinem eigenen Recht oder seiner eigenen Verwaltungspraxis oder dem Recht oder der Verwaltungspraxis des ersuchenden Staates abweichen;
- b) Maßnahmen durchzuführen, die nach seiner Auffassung der öffentlichen Ordnung (ordre public) oder seinen wesentlichen Interessen widersprechen;
- c) Informationen zu erteilen, die nach seinem eigenen Recht oder seiner eigenen Verwaltungspraxis oder nach dem Recht des ersuchenden Staates oder dessen Verwaltungspraxis nicht beschafft werden können;
- d) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Preisgabe der öffentlichen Ordnung (ordre public) oder den wesentlichen Interessen des Staates widerspräche;
- e) Amtshilfe zu leisten, wenn und soweit nach seiner Auffassung die Besteuerung im ersuchenden Staat im Widerspruch zu allgemein anerkannten Besteuerungsgrundsätzen, zu einem Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung oder zu einem anderen Abkommen, das der ersuchte Staat mit dem ersuchenden Staat geschlossen hat, steht;
- f) Amtshilfe zu leisten, wenn die Anwendung dieses Übereinkommens zu einer Ungleichbehandlung zwischen einem

requested State and nationals of the applicant State in the same circumstances.

ressortissant de l'Etat requis et les ressortissants de l'Etat requérant qui se trouvent dans la même situation.

Staatsangehörigen des ersuchten Staates und Staatsangehörigen des ersuchenden Staates, die sich in der gleichen Situation befinden, führen würde.

**Article 22**  
**Secrecy**

1. Any information obtained by a Party under this Convention shall be treated as secret in the same manner as information obtained under the domestic laws of that Party, or under the conditions of secrecy applying in the supplying Party if such conditions are more restrictive.

2. Such information shall in any case be disclosed only to persons or authorities (including courts and administrative or supervisory bodies) involved in the assessment, collection or recovery of, the enforcement or prosecution in respect of, or the determination of appeals in relation to, taxes of that Party. Only the persons or authorities mentioned above may use the information and then only for such purposes. They may, notwithstanding the provisions of paragraph 1, disclose it in public court proceedings or in judicial decisions relating to such taxes, subject to prior authorisation by the competent authority of the supplying Party. However, any two or more Parties may mutually agree to waive the condition of prior authorisation.

3. If a Party has made a reservation provided for in sub-paragraph a. of paragraph 1 of Article 30, any other Party obtaining information from that Party shall not use it for the purpose of a tax in a category subject to the reservation. Similarly, the Party making such a reservation shall not use information obtained under this Convention for the purpose of a tax in a category subject to the reservation.

4. Notwithstanding the provisions of paragraphs 1, 2 and 3, information received by a Party may be used for other purposes when such information may be used for such other purposes under the laws of the supplying Party and the competent authority of that Party authorises such use. Information provided by a Party to another Party may be transmitted by the latter to a third Party, subject to prior authorisation by the competent authority of the first-mentioned Party.

**Article 23**  
**Proceedings**

1. Proceedings relating to measures taken under this Convention by the requested

**Article 22**  
**Secret**

1. Les renseignements obtenus par une Partie en application de la présente Convention sont tenus secrets dans les mêmes conditions que celles prévues pour les renseignements obtenus en application de la législation de cette Partie ou dans les conditions relatives au secret prévues dans la Partie qui les a fournis, lorsque ces dernières conditions sont plus contraignantes.

2. Ces renseignements ne sont communiqués en tout cas qu'aux personnes ou autorités (y compris les tribunaux et les organes administratifs ou de surveillance) concernées par l'établissement, la perception ou le recouvrement des impôts de cette Partie, par les procédures ou les poursuites pénales concernant ces impôts, ou par les décisions sur les recours se rapportant à ces impôts. Seules lesdites personnes et autorités peuvent utiliser ces renseignements et uniquement aux fins indiquées ci-dessus. Elles peuvent, notwithstanding the dispositions du paragraphe 1, en faire état au cours d'audiences publiques de tribunaux ou dans des jugements concernant lesdits impôts, sous réserve de l'autorisation préalable de l'autorité compétente de la Partie qui a fourni les renseignements; toutefois, deux ou plusieurs Parties peuvent, d'un commun accord, renoncer à la condition de l'autorisation préalable.

3. Lorsqu'une Partie a formulé une réserve prévue à l'Article 30, paragraphe 1, alinéa (a), toute autre Partie qui obtient des renseignements de la première Partie ne peut pas les utiliser pour un impôt inclus dans une catégorie qui a fait l'objet de la réserve. De même, la Partie ayant formulé la réserve ne peut pas utiliser, pour un impôt inclus dans la catégorie qui fait l'objet de la réserve, les renseignements obtenus en vertu de la présente Convention.

4. Nonobstant les dispositions des paragraphes 1, 2 et 3, les renseignements obtenus par une Partie peuvent être utilisés à d'autres fins lorsque l'utilisation de tels renseignements à de telles fins est possible selon la législation de la Partie qui fournit les renseignements et que l'autorité compétente de cette Partie consent à une telle utilisation. Les renseignements fournis par une Partie à une autre Partie peuvent être transmis par celle-ci à une troisième Partie, sous réserve de l'autorisation préalable de l'autorité compétente de la première Partie.

**Article 23**  
**Procédures**

1. Les actions se rapportant aux mesures prises en vertu de la présente

**Artikel 22**  
**Geheimhaltung**

(1) Alle Informationen, die eine Vertragspartei nach diesem Übereinkommen erhalten hat, sind ebenso wie die Informationen, die sie nach ihrem innerstaatlichen Recht erhalten hat, oder in Übereinstimmung mit den in der erteilenden Vertragspartei geltenden Geheimhaltungsvorschriften, wenn diese die strengeren sind, geheim zu halten.

(2) Diese Informationen dürfen in jedem Fall nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und Verwaltungs- oder Aufsichtsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Festsetzung, Erhebung oder Beitreibung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder der Entscheidung über Rechtsmittel im Zusammenhang mit Steuern dieser Vertragspartei befasst sind. Nur die genannten Personen oder Behörden dürfen die Informationen verwenden, und zwar nur für diese Zwecke. Sie dürfen sie jedoch ungeachtet des Absatzes 1 nach vorheriger Zustimmung durch die zuständige Behörde der die Informationen erteilenden Vertragspartei in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentcheidung im Zusammenhang mit diesen Steuern offenlegen. Zwei oder mehr Vertragsparteien können jedoch in gegenseitigem Einvernehmen auf die Voraussetzung der vorherigen Zustimmung verzichten.

(3) Hat eine Vertragspartei einen in Artikel 30 Absatz 1 Buchstabe a vorgesehenen Vorbehalt angebracht, so verwenden alle anderen Vertragsparteien, die Informationen von dieser Vertragspartei erhalten, diese nicht für eine Steuer einer Kategorie, die unter diesen Vorbehalt fällt. Ebenso verwendet die Vertragspartei, die den Vorbehalt angebracht hat, aufgrund des Übereinkommens erhaltene Informationen nicht für eine Steuer einer Kategorie, die unter diesen Vorbehalt fällt.

(4) Ungeachtet der Absätze 1, 2 und 3 können Informationen, die eine Vertragspartei erhalten hat, auch für andere Zwecke verwendet werden, sofern diese Informationen nach dem Recht der erteilenden Vertragspartei für diese anderen Zwecke verwendet werden dürfen und die zuständige Behörde dieser Vertragspartei diese Verwendung gestattet. Informationen, die eine Vertragspartei einer anderen Vertragspartei erteilt, können von letzterer nach vorheriger Zustimmung durch die zuständige Behörde der erstgenannten Vertragspartei an eine dritte Vertragspartei weitergeleitet werden.

**Artikel 23**  
**Rechtsbehelfe**

(1) Rechtsbehelfe gegen die vom ersuchten Staat nach diesem Übereinkom-

State shall be brought only before the appropriate body of that State.

2. Proceedings relating to measures taken under this Convention by the applicant State, in particular those which, in the field of recovery, concern the existence or the amount of the tax claim or the instrument permitting its enforcement, shall be brought only before the appropriate body of that State. If such proceedings are brought, the applicant State shall inform the requested State which shall suspend the procedure pending the decision of the body in question. However, the requested State shall, if asked by the applicant State, take measures of conservancy to safeguard recovery. The requested State can also be informed of such proceedings by any interested person. Upon receipt of such information the requested State shall consult on the matter, if necessary, with the applicant State.

3. As soon as a final decision in the proceedings has been given, the requested State or the applicant State, as the case may be, shall notify the other State of the decision and the implications which it has for the request for assistance.

Convention par l'Etat requis sont intentées exclusivement devant l'instance appropriée dudit Etat.

2. Les actions se rapportant aux mesures prises par l'Etat requérant en vertu de la présente Convention, en particulier celles qui, en matière de recouvrement, concernent l'existence ou le montant de la créance fiscale ou le titre qui permet d'en poursuivre l'exécution, sont intentées exclusivement devant l'instance appropriée de ce même Etat. Si une telle action est exercée, l'Etat requérant en informe immédiatement l'Etat requis et celui-ci suspend la procédure en attendant la décision de l'instance saisie. Toutefois, si l'Etat requérant le lui demande, il prend des mesures conservatoires en vue du recouvrement. L'Etat requis peut aussi être informé d'une telle action par toute personne intéressée; dès réception de cette information, il consultera, s'il y a lieu, l'Etat requérant à ce sujet.

3. Dès qu'il a été définitivement statué sur l'action intentée, l'Etat requis ou, selon le cas, l'Etat requérant notifie à l'autre Etat la décision prise et ses effets sur la demande d'assistance.

men ergriffenen Maßnahmen sind nur bei der zuständigen Stelle dieses Staates einzulegen.

(2) Rechtsbehelfe gegen die vom ersuchenden Staat nach diesem Übereinkommen ergriffenen Maßnahmen, insbesondere diejenigen, die hinsichtlich der Beitreibung das Bestehen oder die Höhe der Steuerforderung oder den Vollstreckungstitel betreffen, sind nur bei der zuständigen Stelle dieses Staates einzulegen. Wird ein solcher Rechtsbehelf eingelegt, so unterrichtet der ersuchende Staat den ersuchten Staat; dieser setzt das Beitreibungsverfahren aus, bis die Entscheidung der betreffenden Stelle vorliegt. Auf Wunsch des ersuchenden Staates trifft jedoch der ersuchte Staat Sicherungsmaßnahmen zur Gewährleistung der Beitreibung. Der ersuchte Staat kann auch von jedem Beteiligten von dem Rechtsbehelf unterrichtet werden. Nach Eingang der entsprechenden Mitteilung konsultiert der ersuchte Staat in dieser Angelegenheit gegebenenfalls den ersuchenden Staat.

(3) Sobald eine endgültige Entscheidung über den Rechtsbehelf getroffen ist, unterrichtet der ersuchte beziehungsweise der ersuchende Staat den jeweils anderen Staat von der Entscheidung und ihren Auswirkungen auf das Amtshilfeersuchen.

## Chapter V Special Provisions

### Article 24 Implementation of the Convention

1. The Parties shall communicate with each other for the implementation of this Convention through their respective competent authorities. The competent authorities may communicate directly for this purpose and may authorise subordinate authorities to act on their behalf. The competent authorities of two or more Parties may mutually agree on the mode of application of the Convention among themselves.

2. Where the requested State considers that the application of this Convention in a particular case would have serious and undesirable consequences, the competent authorities of the requested and of the applicant State shall consult each other and endeavour to resolve the situation by mutual agreement.

3. A co-ordinating body composed of representatives of the competent authorities of the Parties shall monitor the implementation and development of this Convention, under the aegis of the OECD. To that end, the co-ordinating body shall recommend any action likely to further the general aims of the Convention. In particular it shall act as a forum for the study of new methods and procedures to increase international co-operation in tax matters and, where appropriate, it may recommend revisions or amendments to the Convention. States

## Chapitre V Dispositions spéciales

### Article 24 Mise en œuvre de la Convention

1. Les Parties communiquent entre elles pour la mise en œuvre de la présente Convention par l'intermédiaire de leurs autorités compétentes respectives; celles-ci peuvent communiquer directement entre elles à cet effet et peuvent autoriser des autorités qui leur sont subordonnées à agir en leur nom. Les autorités compétentes de deux ou plusieurs Parties peuvent fixer d'un commun accord les modalités d'application de la Convention en ce qui les concerne.

2. Lorsque l'Etat requis estime que l'application de la présente Convention dans un cas particulier pourrait avoir des conséquences indésirables graves, les autorités compétentes de l'Etat requis et de l'Etat requérant se concertent et s'efforcent de résoudre la situation par voie d'accord mutuel.

3. Un organe de coordination composé de représentants des autorités compétentes des Parties suit, sous l'égide de l'OCDE, la mise en œuvre de la Convention et ses développements. A cet effet, il recommande toute mesure susceptible de contribuer à la réalisation des objectifs généraux de la Convention. En particulier, il constitue un forum pour l'étude de méthodes et procédures nouvelles tendant à accroître la coopération internationale en matière fiscale et, s'il y a lieu, il recommande de réviser la Convention ou d'y ap-

## Kapitel V Besondere Bestimmungen

### Artikel 24 Durchführung des Übereinkommens

(1) Zur Durchführung dieses Übereinkommens verkehren die Vertragsparteien durch ihre jeweiligen zuständigen Behörden miteinander. Die zuständigen Behörden können zu diesem Zweck unmittelbar miteinander verkehren und nachgeordneten Behörden gestatten, für sie zu handeln. Die zuständigen Behörden von zwei oder mehr Vertragsparteien können sich über die Modalitäten der Anwendung des Übereinkommens untereinander einig.

(2) Ist der ersuchte Staat der Auffassung, dass die Anwendung dieses Übereinkommens in einem bestimmten Fall schwerwiegende und unerwünschte Folgen haben würde, so konsultieren die zuständigen Behörden des ersuchten und des ersuchenden Staates einander und bemühen sich, die Situation in gegenseitigem Einvernehmen zu regeln.

(3) Ein Koordinierungsgremium, das sich aus Vertretern der zuständigen Behörden der Vertragsparteien zusammensetzt, überwacht unter der Leitung der OECD die Durchführung und Entwicklung dieses Übereinkommens. Zu diesem Zweck spricht das Koordinierungsgremium Empfehlungen über Maßnahmen aus, die den allgemeinen Zielen des Übereinkommens förderlich sein können. Insbesondere dient es als Forum für die Untersuchung neuer Methoden und Verfahren zur Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit in

which have signed but not yet ratified, accepted or approved the Convention are entitled to be represented at the meetings of the co-ordinating body as observers.

4. A Party may ask the co-ordinating body to furnish opinions on the interpretation of the provisions of the Convention.

5. Where difficulties or doubts arise between two or more Parties regarding the implementation or interpretation of the Convention, the competent authorities of those Parties shall endeavour to resolve the matter by mutual agreement. The agreement shall be communicated to the co-ordinating body.

6. The Secretary General of OECD shall inform the Parties and the Signatory States which have not yet ratified, accepted or approved the Convention, of opinions furnished by the co-ordinating body according to the provisions of paragraph 4 above and of mutual agreements reached under paragraph 5 above.

porter des amendements. Les Etats qui ont signé mais n'ont pas encore ratifié, accepté ou approuvé la Convention pourront se faire représenter aux réunions de l'organe de coordination à titre d'observateur.

4. Toute Partie peut inviter l'organe de coordination à émettre un avis quant à l'interprétation des dispositions de la Convention.

5. Si des difficultés ou des doutes surgissent entre deux ou plusieurs Parties quant à la mise en œuvre ou à l'interprétation de la Convention, les autorités compétentes desdites Parties s'efforcent de résoudre la question par voie d'accord amiable. La décision est communiquée à l'organe de coordination.

6. Le Secrétaire Général de l'OCDE fait part aux Parties ainsi qu'aux Etats signataires de la Convention qui ne l'ont pas encore ratifiée, acceptée ou approuvée des avis émis par l'organe de coordination conformément aux dispositions du paragraphe 4 ci-dessus et des accords amiables obtenus en vertu du paragraphe 5 ci-dessus.

Steuersachen und kann gegebenenfalls Revisionen oder Änderungen des Übereinkommens empfehlen. Staaten, die das Übereinkommen unterzeichnet, aber noch nicht ratifiziert, angenommen oder genehmigt haben, sind berechtigt, bei den Sitzungen des Koordinierungsgremiums als Beobachter vertreten zu sein.

(4) Eine Vertragspartei kann bei dem Koordinierungsgremium Stellungnahmen zur Auslegung des Übereinkommens anfordern.

(5) Ergeben sich zwischen zwei oder mehr Vertragsparteien Schwierigkeiten oder Zweifel bezüglich der Durchführung oder Auslegung des Übereinkommens, so bemühen sich die zuständigen Behörden dieser Vertragsparteien, die Angelegenheit in gegenseitigem Einvernehmen zu regeln. Die Vereinbarung wird dem Koordinierungsgremium mitgeteilt.

(6) Der Generalsekretär der OECD unterrichtet die Vertragsparteien und die Unterzeichnerstaaten, die das Übereinkommen noch nicht ratifiziert, angenommen oder genehmigt haben, von den nach Absatz 4 von dem Koordinierungsgremium abgegebenen Stellungnahmen und den nach Absatz 5 in gegenseitigem Einvernehmen getroffenen Vereinbarungen.

#### Article 25

##### Language

Requests for assistance and answers thereto shall be drawn up in one of the official languages of the OECD and of the Council of Europe or in any other language agreed bilaterally between the Contracting States concerned.

#### Article 25

##### Langues

Les demandes d'assistance ainsi que les réponses sont rédigées dans l'une des langues officielles de l'OCDE ou du Conseil de l'Europe ou dans toute autre langue que les Parties concernées conviennent bilatéralement d'employer.

#### Artikel 25

##### Sprache

Amtshilfeersuchen und die entsprechenden Antworten werden in einer der Amtssprachen der OECD und des Europarats oder in einer anderen von den betreffenden Vertragsparteien zweiseitig vereinbarten Sprache abgefasst.

#### Article 26

##### Costs

Unless otherwise agreed bilaterally by the Parties concerned:

- a. ordinary costs incurred in providing assistance shall be borne by the requesting State;
- b. extraordinary costs incurred in providing assistance shall be borne by the applicant State.

#### Article 26

##### Frais

Sauf si les Parties concernées en conviennent autrement par voie bilatérale:

- a. les frais ordinaires engagés pour fournir l'assistance sont à la charge de l'Etat requis;
- b. les frais extraordinaires engagés pour fournir l'assistance sont à la charge de l'Etat requérant.

#### Artikel 26

##### Kosten

Wenn die betreffenden Vertragsparteien zweiseitig nichts anderes vereinbart haben,

- a) gehen übliche bei der Leistung von Amtshilfe entstehende Kosten zu Lasten des ersuchten Staates;
- b) gehen außergewöhnliche bei der Leistung von Amtshilfe entstehende Kosten zu Lasten des ersuchenden Staates.

### Chapter VI

#### Final Provisions

### Chapitre VI

#### Dispositions finales

### Kapitel VI

#### Schlussbestimmungen

#### Article 27

##### Other international agreements or arrangements

1. The possibilities of assistance provided by this Convention do not limit, nor are they limited by, those contained in existing or future international agreements or other arrangements between the Parties concerned or other instruments which relate to co-operation in tax matters.

#### Article 27

##### Autres accords et arrangements internationaux

1. Les possibilités d'assistance prévues par la présente Convention ne limiteront pas ni ne seront limitées par celles découlant de tous accords internationaux et autres arrangements qui existent ou pourront exister entre les Parties concernées ou de tous autres instruments qui se rapportent à la coopération en matière fiscale.

#### Artikel 27

##### Andere völkerrechtliche Übereinkünfte

(1) Die in diesem Übereinkommen vorgesehenen Möglichkeiten der Amtshilfe beschränken nicht die Möglichkeiten, die in bestehenden oder künftigen völkerrechtlichen Übereinkünften zwischen den betroffenen Vertragsparteien oder in sonstigen die Zusammenarbeit in Steuersachen betreffenden Rechtsinstrumenten vorgesehen sind, noch werden sie von diesen beschränkt.

2. Notwithstanding the rules of the present Convention, those Parties which are members of the European Economic Community shall apply in their mutual relations the common rules in force in that Community.

2. Par dérogation aux dispositions de la présente Convention, les Parties, membres de la Communauté Economique Européenne, appliquent, dans leurs relations mutuelles, les règles communes en vigueur dans cette Communauté.

(2) Ungeachtet der Bestimmungen dieses Übereinkommens wenden diejenigen Vertragsparteien, die Mitglieder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sind, in ihren gegenseitigen Beziehungen die in dieser Gemeinschaft geltenden gemeinsamen Regeln an.

#### Article 28

##### Signature and entry into force of the Convention

1. This Convention shall be open for signature by the member States of the Council of Europe and the Member countries of OECD. It is subject to ratification, acceptance or approval. Instruments of ratification, acceptance or approval shall be deposited with one of the Depositaries.

2. This Convention shall enter into force on the first day of the month following the expiration of a period of three months after the date on which five States have expressed their consent to be bound by the Convention in accordance with the provisions of paragraph 1.

3. In respect of any member State of the Council of Europe or any Member country of OECD which subsequently expresses its consent to be bound by it, the Convention shall enter into force on the first day of the month following the expiration of a period of three months after the date of the deposit of the instrument of ratification, acceptance or approval.

#### Article 28

##### Signature et entrée en vigueur de la Convention

1. La présente Convention est ouverte à la signature des Etats membres du Conseil de l'Europe et des pays Membres de l'OCDE. Elle sera soumise à ratification, acceptation ou approbation. Les instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation seront déposés près de l'un des Dépositaires.

2. La Convention entrera en vigueur le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de trois mois après la date à laquelle cinq Etats auront exprimé leur consentement à être liés par la Convention conformément aux dispositions du paragraphe 1.

3. Pour tout Etat membre du Conseil de l'Europe ou pays Membre de l'OCDE qui exprimera ultérieurement son consentement à être lié par la Convention, celle-ci entrera en vigueur le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de trois mois après la date du dépôt de l'instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation.

#### Artikel 28

##### Unterzeichnung und Inkrafttreten des Übereinkommens

(1) Dieses Übereinkommen liegt für die Mitgliedstaaten des Europarats und die Mitgliedstaaten der OECD zur Unterzeichnung auf. Es bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung. Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden bei einem der Verwahrer hinterlegt.

(2) Dieses Übereinkommen tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach dem Tag folgt, an dem fünf Staaten nach Absatz 1 ihre Zustimmung ausgedrückt haben, durch das Übereinkommen gebunden zu sein.

(3) Für jeden Mitgliedstaat des Europarats beziehungsweise jeden Mitgliedstaat der OECD, der später seine Zustimmung ausdrückt, durch dieses Übereinkommen gebunden zu sein, tritt das Übereinkommen am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde folgt.

#### Article 29

##### Territorial application of the Convention

1. Each State may, at the time of signature, or when depositing its instrument of ratification, acceptance or approval, specify the territory or territories to which this Convention shall apply.

2. Any State may, at any later date, by a declaration addressed to one of the Depositaries, extend the application of this Convention to any other territory specified in the declaration. In respect of such territory, the Convention shall enter into force on the first day of the month following the expiration of a period of three months after the date of receipt of such declaration by the Depositary.

3. Any declaration made under either of the two preceding paragraphs may, in respect of any territory specified in such declaration, be withdrawn by a notification addressed to one of the Depositaries. The withdrawal shall become effective on the first day of the month following the expiration of a period of three months after the date of receipt of such notification by the Depositary.

#### Article 29

##### Application territoriale de la Convention

1. Au moment de la signature ou du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation, chaque Etat peut désigner le ou les territoires auxquels s'appliquera la présente Convention.

2. Tout Etat peut, à tout autre moment par la suite, par une déclaration adressée à l'un des Dépositaires, étendre l'application de la présente Convention à tout autre territoire désigné dans la déclaration. La Convention entrera en vigueur à l'égard de ce territoire le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de trois mois après la date de réception de la déclaration par le Dépositaire.

3. Toute déclaration faite en vertu de l'un des deux paragraphes précédents pourra être retirée, en ce qui concerne tout territoire désigné dans cette déclaration, par notification adressée à l'un des Dépositaires. Le retrait prendra effet le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de trois mois après la date de réception de la notification par le Dépositaire.

#### Artikel 29

##### Räumlicher Geltungsbereich des Übereinkommens

(1) Jeder Staat kann bei der Unterzeichnung oder bei der Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde einzelne oder mehrere Hoheitsgebiete bezeichnen, auf die dieses Übereinkommen Anwendung findet.

(2) Jeder Staat kann jederzeit danach durch eine an einen der Verwahrer gerichtete Erklärung die Anwendung dieses Übereinkommens auf jedes weitere in der Erklärung bezeichnete Hoheitsgebiet erstrecken. Das Übereinkommen tritt für dieses Hoheitsgebiet am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach Eingang der Erklärung bei dem Verwahrer folgt.

(3) Jede nach den Absätzen 1 und 2 abgegebene Erklärung kann in Bezug auf jedes darin bezeichnete Hoheitsgebiet durch eine an einen der Verwahrer gerichtete Notifikation zurückgenommen werden. Die Rücknahme wird am ersten Tag des Monats wirksam, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach Eingang der Notifikation bei dem Verwahrer folgt.

<b>Article 30</b> <b>Reservations</b>	<b>Article 30</b> <b>Réserves</b>	<b>Artikel 30</b> <b>Vorbehalte</b>
<p>1. Any State may, at the time of signature or when depositing its instrument of ratification, acceptance or approval or at any later date, declare that it reserves the right:</p> <p>a. not to provide any form of assistance in relation to the taxes of other Parties in any of the categories listed in sub-paragraph (b) of paragraph 1 of Article 2, provided that it has not included any domestic tax in that category under Annex A of the Convention;</p> <p>b. not to provide assistance in the recovery of any tax claim, or in the recovery of an administrative fine, for all taxes or only for taxes in one or more of the categories listed in paragraph 1 of Article 2;</p> <p>c. not to provide assistance in respect of any tax claim, which is in existence at the date of entry into force of the Convention in respect of that State or, where a reservation has previously been made under sub-paragraph (a) or (b) above, at the date of withdrawal of such a reservation in relation to taxes in the category in question;</p> <p>d. not to provide assistance in the service of documents for all taxes or only for taxes in one or more of the categories listed in paragraph 1 of Article 2;</p> <p>e. not to permit the service of documents through the post as provided for in paragraph 3 of Article 17.</p> <p>2. No other reservation may be made.</p> <p>3. After the entry into force of the Convention in respect of a Party, that Party may make one or more of the reservations listed in paragraph 1 which it did not make at the time of ratification, acceptance or approval. Such reservations shall enter into force on the first day of the month following the expiration of a period of three months after the date of receipt of the reservation by one of the Depositaries.</p> <p>4. Any Party which has made a reservation under paragraphs 1 and 3 may wholly or partly withdraw it by means of a notification addressed to one of the Depositaries. The withdrawal shall take effect on the date of receipt of such notification by the Depositary in question.</p> <p>5. A Party which has made a reservation in respect of a provision of this Convention may not require the application of that provision by any other Party; it may, however, if its reservation is partial, require the application of that provision insofar as it has itself accepted it.</p>	<p>1. Tout Etat peut, au moment de la signature ou au moment du dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation, déclarer qu'il se réserve le droit:</p> <p>a. de n'accorder aucune forme d'assistance pour les impôts des autres Parties entrant dans l'une quelconque des catégories énumérées à l'Article 2, paragraphe 1, alinéa (b) à condition que ladite Partie n'ait inclus dans l'Annexe A de la Convention aucun de ses propres impôts entrant dans cette catégorie;</p> <p>b. de ne pas accorder d'assistance en matière de recouvrement de créances fiscales quelconques, ou de recouvrement d'amendes administratives soit pour tous les impôts soit seulement pour les impôts d'une ou plusieurs des catégories énumérées à l'Article 2, paragraphe 1;</p> <p>c. de ne pas accorder d'assistance en rapport avec des créances fiscales qui existent déjà à la date d'entrée en vigueur de la Convention pour cet Etat ou, si une réserve a, au préalable, été faite en vertu de l'alinéa (a) ou (b) ci-dessus, à la date du retrait d'une telle réserve au sujet des impôts de la catégorie en question;</p> <p>d. de ne pas accorder d'assistance en matière de notification de documents soit pour tous les impôts soit seulement pour les impôts d'une ou plusieurs des catégories énumérées à l'article 2, paragraphe 1;</p> <p>e. de ne pas accepter les notifications par voie postale prévues à l'Article 17, paragraphe 3.</p> <p>2. Aucune autre réserve n'est admise.</p> <p>3. Toute Partie peut, après l'entrée en vigueur de la Convention à son égard, formuler une ou plusieurs réserves visées au paragraphe 1 dont elle n'avait pas fait usage lors de la ratification, acceptation ou approbation. De telles réserves entreront en vigueur le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de trois mois après la date de réception de la réserve par l'un des Dépositaires.</p> <p>4. Toute Partie qui a formulé une réserve en vertu des paragraphes 1 et 3 peut la retirer en tout ou en partie en adressant une notification à l'un des Dépositaires. Le retrait prendra effet à la date de réception de la notification par le Dépositaire.</p> <p>5. La Partie qui a formulé une réserve au sujet d'une disposition de la présente Convention ne peut prétendre à l'application de cette disposition par une autre Partie; toutefois, elle peut, si la réserve est partielle, prétendre à l'application de cette disposition dans la mesure où elle l'a ac-</p>	<p>(1) Jeder Staat kann bei der Unterzeichnung oder bei der Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde oder jederzeit danach erklären, dass er sich das Recht vorbehält,</p> <p>a) in keiner Form Amtshilfe zu leisten hinsichtlich Steuern anderer Vertragsparteien, die unter eine der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b aufgelisteten Kategorien fallen, es sei denn, er hat innerstaatliche Steuern, die unter die betreffende Kategorie fallen, in Anlage A des Übereinkommens aufgenommen;</p> <p>b) in Bezug auf alle in Artikel 2 Absatz 1 aufgelisteten Steuern oder nur in Bezug auf Steuern, die unter eine oder mehrere der in Artikel 2 Absatz 1 aufgelisteten Kategorien fallen, keine Amtshilfe zu leisten bei der Beitreibung jeglicher Steuerforderungen oder bei der Beitreibung von Geldbußen;</p> <p>c) keine Amtshilfe zu leisten in Bezug auf jegliche Steuerforderungen, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens des Übereinkommens für diesen Staat oder die, wenn früher ein Vorbehalt nach Buchstabe a oder b angebracht worden ist, im Zeitpunkt der Rücknahme dieses Vorbehalts hinsichtlich Steuern der betreffenden Kategorie bestehen;</p> <p>d) in Bezug auf alle in Artikel 2 Absatz 1 aufgelisteten Steuern oder nur in Bezug auf Steuern, die unter eine oder mehrere der in Artikel 2 Absatz 1 aufgelisteten Kategorien fallen, keine Amtshilfe zu leisten bei der Zustellung von Schriftstücken;</p> <p>e) die in Artikel 17 Absatz 3 vorgesehene Zustellung von Schriftstücken durch die Post nicht zu gestatten.</p> <p>(2) Weitere Vorbehalte sind nicht zulässig.</p> <p>(3) Nach dem Inkrafttreten des Übereinkommens für eine Vertragspartei kann diese einen oder mehrere der in Absatz 1 aufgeführten Vorbehalte anbringen, den beziehungsweise die sie bei der Ratifikation, der Annahme oder der Genehmigung nicht angebracht hat. Diese Vorbehalte treten am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach Eingang des Vorbehalts bei einem der Verwahrer folgt.</p> <p>(4) Jede Vertragspartei, die einen Vorbehalt nach den Absätzen 1 und 3 angebracht hat, kann ihn durch eine an einen der Verwahrer gerichtete Notifikation ganz oder teilweise zurücknehmen. Die Rücknahme wird mit dem Eingang der Notifikation bei dem betreffenden Verwahrer wirksam.</p> <p>(5) Eine Vertragspartei, die einen Vorbehalt zu einer Bestimmung dieses Übereinkommens angebracht hat, kann nicht verlangen, dass eine andere Vertragspartei diese Bestimmung anwendet; sie kann jedoch, wenn es sich um einen Teilvorbehalt handelt, die Anwendung der betreffenden</p>



ceptée.

Bestimmung insoweit verlangen, als sie selbst sie angenommen hat.

### Article 31

#### Denunciation

1. Any Party may, at any time, denounce this Convention by means of a notification addressed to one of the Depositaries.

2. Such denunciation shall become effective on the first day of the month following the expiration of period of three months after the date of receipt of the notification by the Depositary.

3. Any Party which denounces the Convention shall remain bound by the provisions of Article 22 for as long as it retains in its possession any documents or information obtained under the Convention.

### Article 31

#### Dénonciation

1. Toute Partie peut, à tout moment, dénoncer la présente Convention en adressant une notification à l'un des Dépositaires.

2. La dénonciation prendra effet le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de trois mois après la date de réception de la notification par le Dépositaire.

3. La Partie qui dénonce la présente Convention reste liée par l'Article 22 tant qu'elle conserve en sa possession des informations, documents ou autres renseignements obtenus en application de la Convention.

### Artikel 31

#### Kündigung

(1) Jede Vertragspartei kann dieses Übereinkommen jederzeit durch eine an einen der Verwahrer gerichtete Notifikation kündigen.

(2) Die Kündigung wird am ersten Tag des Monats wirksam, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach Eingang der Notifikation bei dem Verwahrer folgt.

(3) Jede Vertragspartei, die das Übereinkommen kündigt, bleibt durch Artikel 22 gebunden, solange sie Schriftstücke oder Informationen in ihrem Besitz behält, die sie aufgrund des Übereinkommens erhalten hat.

### Article 32

#### Depositaries and their functions

1. The Depositary with whom an act, notification or communication has been accomplished, shall notify the member States of the Council of Europe and the Member countries of OECD of:

- a. any signature;
- b. the deposit of any instrument of ratification, acceptance or approval;
- c. any date of entry into force of this Convention in accordance with the provisions of Articles 28 and 29;
- d. any declaration made in pursuance of the provisions of paragraph 3 of Article 4 or paragraph 3 of Article 9 and the withdrawal of any such declaration;
- e. any reservation made in pursuance of the provisions of Article 30 and the withdrawal of any reservation effected in pursuance of the provisions of paragraph 4 of Article 30;
- f. any notification received in pursuance of the provisions of paragraph 3 or 4 of Article 2, paragraph 3 of Article 3, Article 29 or paragraph 1 of Article 31;
- g. any other act, notification or communication relating to this Convention.

2. The Depositary receiving a communication or making a notification in pursuance of the provisions of paragraph 1 shall inform immediately the other Depositary thereof.

In witness whereof the undersigned, being duly authorised thereto, have signed this Convention.

Done at Strasbourg, the 25th day of January 1988, in English and French, both texts being equally authentic, in two copies of which one shall be deposited in the archives of the Council of Europe and the other in the archives of OECD. The Secreta-

### Article 32

#### Dépositaires et leurs fonctions

1. Le Dépositaire auprès duquel un acte, notification ou communication sera accompli notifiera aux Etats membres du Conseil de l'Europe et aux pays Membres de l'OCDE:

- a. toute signature;
- b. le dépôt de tout instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation;
- c. toute date d'entrée en vigueur de la présente Convention conformément aux dispositions des Articles 28 et 29;
- d. toute déclaration formulée en application des dispositions de l'Article 4, paragraphe 3 ou de l'Article 9, paragraphe 3 et le retrait desdites déclarations;
- e. toute réserve formulée en application des dispositions de l'Article 30 et le retrait de toute réserve effectué en application des dispositions de l'Article 30, paragraphe 4;
- f. toute notification reçue en application des dispositions de l'Article 2, paragraphes 3 ou 4, l'Article 3, paragraphe 3, de l'Article 29 ou de l'Article 31, paragraphe 1;
- g. tout autre acte, notification ou communication ayant trait à la présente Convention.

2. Le Dépositaire qui reçoit une communication ou qui effectue une notification conformément au paragraphe 1 en informera immédiatement l'autre Dépositaire.

En foi de quoi, les soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé la présente Convention.

Fait à Strasbourg, le 25 janvier 1988; en français et en anglais, les deux textes faisant également foi, en deux exemplaires dont l'un sera déposé dans les archives du Conseil de l'Europe et l'autre dans les archives de l'OCDE. Les Secrétaires Géné-

### Artikel 32

#### Die Verwahrer und ihre Aufgaben

(1) Der Verwahrer, dem eine Handlung, Notifikation oder Mitteilung zur Kenntnis gebracht worden ist, notifiziert den Mitgliedstaaten des Europarats und den Mitgliedstaaten der OECD

- a) jede Unterzeichnung;
- b) jede Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde;
- c) jeden Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens nach den Artikeln 28 und 29;
- d) jede nach Artikel 4 Absatz 3 oder Artikel 9 Absatz 3 abgegebene Erklärung und die Rücknahme jeder dieser Erklärungen;
- e) jeden nach Artikel 30 angebrachten Vorbehalt und jede nach Artikel 30 Absatz 4 erfolgte Rücknahme eines Vorbehalts;
- f) jede nach Artikel 2 Absatz 3 oder 4, Artikel 3 Absatz 3, Artikel 29 oder Artikel 31 Absatz 1 eingegangene Notifikation;
- g) jede andere Handlung, Notifikation oder Mitteilung im Zusammenhang mit diesem Übereinkommen.

(2) Der Verwahrer, bei dem nach Absatz 1 eine Mitteilung eingeht oder der nach Absatz 1 eine Notifikation vornimmt, unterrichtet den anderen Verwahrer unverzüglich hiervon.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterschrieben.

Geschehen zu Straßburg am 25. Januar 1988 in englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in zwei Urschriften, von denen eine im Archiv des Europarats und die andere im Archiv der OECD hinterlegt wer-

ries General of the Council of Europe and of OECD shall transmit certified copies to each member State of the Council of Europe and Member country of OECD.

raux du Conseil de l'Europe et de l'OCDE en communiqueront copie certifiée conforme à chacun des Etats membres du Conseil de l'Europe et des pays Membres de l'OCDE.

den. Die Generalsekretäre des Europarats und der OECD übermitteln allen Mitgliedsstaaten des Europarats und allen Mitgliedsstaaten der OECD beglaubigte Abschriften.

Annex A\*  
**Taxes**  
**to which the Convention would apply**  
(Paragraph 2 of Article 2  
of the Convention)

Annexe A\*  
**Impôts**  
**auxquels s'applique la Convention**  
(Article 2, paragraphe 2  
de la Convention)

Anlage A\*\*  
**Steuern,**  
**für die das Übereinkommen gilt**  
(Artikel 2 Absatz 2  
des Übereinkommens)

Annex B\*  
**Competent Authorities**  
(Paragraph 1 (d) of Article 3  
of the Convention)

Annexe B\*  
**Autorités compétentes**  
(Article 3, paragraphe 1 d  
de la Convention)

Anlage B\*\*  
**Zuständige Behörden**  
(Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe d  
des Übereinkommens)

Annex C\*  
**Definition of the Word "National"**  
**for the purpose of the Convention**

(Paragraph 1 (e) of Article 3  
of the Convention)

Annexe C\*  
**Définition du terme «ressortissant»**  
**aux fins de la Convention**

(Article 3, paragraphe 1 e  
de la Convention)

Anlage C\*\*  
**Bestimmung des Begriffs**  
**„Staatsangehöriger“ im Sinne**  
**des Übereinkommens**

(Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe e  
des Übereinkommens)

\* Hinweis des Bundesministeriums der Finanzen:  
Die Anlagen A bis C sowie Erklärungen und Vorbehalte zu dem Übereinkommen sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite des Europarats unter <http://convention.coe.int/> einsehbar (Übereinkommen SEV Nr. 127, Protokoll SEV Nr. 208).

\* Hinweis des Bundesministeriums der Finanzen:  
Die Anlagen A bis C sowie Erklärungen und Vorbehalte zu dem Übereinkommen sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite des Europarats unter <http://convention.coe.int/> einsehbar (Übereinkommen SEV Nr. 127, Protokoll SEV Nr. 208).

\*\* Hinweis des Bundesministeriums der Finanzen:  
Die Anlagen A bis C sowie Erklärungen und Vorbehalte zu dem Übereinkommen werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind für die Bundesrepublik Deutschland auf der Webseite des Bundeszentralamts für Steuern unter <http://www.bzst.de> einsehbar.

Protokoll  
zur Änderung des Übereinkommens  
über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen

Protocol  
amending the Convention  
on Mutual Administrative Assistance in Tax Matters

Protocole  
d'amendement à la Convention  
concernant l'assistance administrative mutuelle en matière fiscale

(Übersetzung)

**Preamble**

The member States of the Council of Europe and the member countries of the Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD), signatories of this Protocol,

Considering that the Convention on Mutual Administrative Assistance in Tax Matters, done at Strasbourg on 25 January 1988 (hereinafter "the Convention"), was concluded before agreement was reached on the internationally agreed standard to exchange information in tax matters;

Considering that a new cooperative environment has emerged since the Convention was concluded;

Considering that it is desirable that a multilateral instrument is made available to allow the widest number of States to obtain the benefit of the new co-operative environment and at the same time to implement the highest international standards of co-operation in the tax field;

Have agreed as follows:

**Article I**

1 The seventh recital of the Preamble to the Convention shall be deleted and replaced by the following:

"Convinced therefore that States should carry out measures or supply information, having regard to the necessity of protecting the confidentiality of information, and taking account of international instruments for the protection of privacy and flows of personal data;"

2 The following shall be added after the seventh recital of the Preamble to the Convention:

**Préambule**

Les Etats membres du Conseil de l'Europe et les pays membres de l'Organisation de Coopération et de Développement Economiques (OCDE), signataires du présent Protocole,

Considérant que la Convention concernant l'assistance administrative mutuelle en matière fiscale, faite à Strasbourg le 25 janvier 1988 (ci-après «la Convention»), a été conclue avant que la norme relative à l'échange de renseignements en matière fiscale soit internationalement reconnue;

Considérant qu'un nouveau cadre de coopération s'est mis en place après la conclusion de la Convention;

Considérant qu'il est souhaitable de disposer d'un instrument multilatéral pour permettre au plus grand nombre d'Etats de bénéficier du nouveau cadre de coopération et également d'appliquer les normes internationales de coopération les plus élevées dans le domaine fiscal;

Sont convenus de ce qui suit:

**Article I**

1 Le septième considérant du préambule de la Convention est supprimé et remplacé par ce qui suit:

«Convaincus dès lors que les Etats devraient prendre des mesures ou fournir des renseignements en tenant compte de la nécessité de protéger la confidentialité des renseignements internationaux relatifs à la protection de la vie privée et au flux de données de caractère personnel;»

2 Il est ajouté ce qui suit après le septième considérant du préambule de la Convention:

**Präambel**

Die Mitgliedstaaten des Europarats und die Mitgliedstaaten der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die dieses Protokoll unterzeichnen –

in der Erwägung, dass das am 25. Januar 1988 in Straßburg beschlossene Übereinkommen über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen (im Folgenden als „Übereinkommen“ bezeichnet) geschlossen wurde, bevor man sich auf den international anerkannten Standard für den Informationsaustausch in Steuersachen geeinigt hat;

in der Erwägung, dass seit Abschluss des Übereinkommens ein neues Umfeld für die Zusammenarbeit entstanden ist;

in der Erwägung, dass es wünschenswert ist, eine mehrseitige Übereinkunft verfügbar zu machen, um einer möglichst großen Anzahl von Staaten die Nutzung der Vorteile des neuen Umfelds für die Zusammenarbeit und gleichzeitig die Umsetzung der höchsten internationalen Standards für die Zusammenarbeit im Steuerbereich zu gestatten –

haben Folgendes vereinbart:

**Artikel I**

(1) Der siebte Beweggrund der Präambel des Übereinkommens wird gestrichen und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„in der Überzeugung demzufolge, dass die Staaten Maßnahmen ergreifen oder Informationen erteilen sollen, wobei der Notwendigkeit, die Vertraulichkeit der Informationen zu wahren, Rechnung zu tragen ist und die völkerrechtlichen Übereinkünfte zum Schutz der Privatsphäre und des Verkehrs personenbezogener Daten zu berücksichtigen sind;“

(2) Nach dem siebten Beweggrund der Präambel des Übereinkommens wird folgender Wortlaut eingefügt:

“Considering that a new co-operative environment has emerged and that it is desirable that a multilateral instrument is made available to allow the widest number of States to obtain the benefits of the new co-operative environment and at the same time implement the highest international standards of co-operation in the tax field;”

«Considérant qu'un nouveau cadre de coopération s'est mis en place et qu'il est souhaitable de disposer d'un instrument multilatéral pour permettre au plus grand nombre d'Etats de bénéficier du nouveau cadre de coopération et également d'appliquer les normes internationales de coopération les plus élevées dans le domaine fiscal;»

„in der Erwägung, dass ein neues Umfeld für die Zusammenarbeit entstanden ist und dass es wünschenswert ist, eine mehrseitige Übereinkunft verfügbar zu machen, um einer möglichst großen Anzahl von Staaten die Nutzung der Vorteile des neuen Umfelds für die Zusammenarbeit und gleichzeitig die Umsetzung der höchsten internationalen Standards für die Zusammenarbeit im Steuerbereich zu gestatten;“

#### Article II

Article 4 of the Convention shall be deleted and replaced by the following:

##### “Article 4

##### General provision

1 The Parties shall exchange any information, in particular as provided in this section, that is foreseeably relevant for the administration or enforcement of their domestic laws concerning the taxes covered by this Convention.

2 Deleted.

3 Any Party may, by a declaration addressed to one of the Depositories, indicate that, according to its internal legislation, its authorities may inform its resident or national before transmitting information concerning him, in conformity with Articles 5 and 7.”

#### Article II

L'article 4 de la Convention est supprimé et remplacé par ce qui suit:

##### «Article 4

##### Disposition générale

1 Les Parties échangent, notamment comme il est prévu dans la présente section, les renseignements vraisemblablement pertinents pour l'administration ou l'application de leurs législations internes relatives aux impôts visés par la présente Convention.

2 Supprimé.

3 Une Partie peut, par une déclaration adressée à l'un des dépositaires, indiquer que, conformément à sa législation interne, ses autorités peuvent informer son résident ou ressortissant avant de fournir des renseignements le concernant en application des articles 5 et 7.»

#### Artikel II

Artikel 4 des Übereinkommens wird gestrichen und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

##### „Artikel 4

##### Allgemeine Bestimmung

(1) Die Vertragsparteien tauschen alle Informationen aus, insbesondere wie in diesem Abschnitt vorgesehen, die für die Anwendung beziehungsweise Durchsetzung ihres innerstaatlichen Rechts betreffend die unter dieses Übereinkommen fallenden Steuern voraussichtlich erheblich sind.

(2) [Gestrichen]

(3) Jede Vertragspartei kann durch eine an einen der Verwahrer gerichtete Erklärung anzeigen, dass ihre Behörden in Übereinstimmung mit ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften die betroffene ansässige Person oder den betroffenen Staatsangehörigen unterrichten können, bevor sie nach den Artikeln 5 und 7 Informationen über sie beziehungsweise ihn übermitteln.“

#### Article III

1 The term “and” in paragraph 1.b of Article 18 of the Convention shall be replaced by the term “, or”.

2 The reference to “Article 19” in paragraph 1.f of Article 18 of the Convention shall be replaced by a reference to “Article 21.2.g”.

#### Article III

1 Le terme «et» au paragraphe 1.b de l'article 18 de la Convention est remplacé par le terme «, ou».

2 La référence à «l'article 19» au paragraphe 1.f de l'article 18 de la Convention est remplacée par une référence à «l'article 21.2.g».

#### Artikel III

(1) In Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe b des Übereinkommens wird das Wort „und“ durch das Wort „oder“ ersetzt.

(2) In Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe f des Übereinkommens wird die Bezugnahme „des Artikels 19“ durch die Bezugnahme „des Artikels 21 Absatz 2 Buchstabe g“ ersetzt.

#### Article IV

Article 19 of the Convention shall be deleted.

#### Article IV

L'article 19 de la Convention est supprimé.

#### Artikel IV

Artikel 19 des Übereinkommens wird gestrichen.

#### Article V

Article 21 of the Convention shall be deleted and replaced by the following:

##### “Article 21

##### Protection of persons and limits to the obligation to provide assistance

1 Nothing in this Convention shall affect the rights and safeguards secured to persons by the laws or administrative practice of the requested State.

2 Except in the case of Article 14, the provisions of this Convention shall not be

#### Article V

L'article 21 de la Convention est supprimé et remplacé par ce qui suit:

##### «Article 21

##### Protection des personnes et limites de l'obligation d'assistance

1 Aucune disposition de la présente Convention ne peut être interprétée comme limitant les droits et garanties accordés aux personnes par la législation ou la pratique administrative de l'Etat requis.

2 Sauf en ce qui concerne l'article 14, les dispositions de la présente Convention

#### Artikel V

Artikel 21 des Übereinkommens wird gestrichen und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

##### „Artikel 21

##### Schutz der Person und Grenzen der Verpflichtung zur Leistung von Amtshilfe

(1) Dieses Übereinkommen berührt nicht die Rechte und Sicherheiten, die Personen durch das Recht oder die Verwaltungspraxis des ersuchten Staates gewährt werden.

(2) Mit Ausnahme des Artikels 14 ist dieses Übereinkommen nicht so auszulegen,

construed so as to impose on the requested State the obligation:

- a to carry out measures at variance with its own laws or administrative practice or the laws or administrative practice of the applicant State;
- b to carry out measures which would be contrary to public policy (ordre public);
- c to supply information which is not obtainable under its own laws or its administrative practice or under the laws of the applicant State or its administrative practice;
- d to supply information which would disclose any trade, business, industrial, commercial or professional secret, or trade process, or information, the disclosure of which would be contrary to public policy (ordre public);
- e to provide administrative assistance if and insofar as it considers the taxation in the applicant State to be contrary to generally accepted taxation principles or to the provisions of a convention for the avoidance of double taxation, or of any other convention which the requested State has concluded with the applicant State;
- f to provide administrative assistance for the purpose of administering or enforcing a provision of the tax law of the applicant State, or any requirement connected therewith, which discriminates against a national of the requested State as compared with a national of the applicant State in the same circumstances;
- g to provide administrative assistance if the applicant State has not pursued all reasonable measures available under its laws or administrative practice, except where recourse to such measures would give rise to disproportionate difficulty;
- h to provide assistance in recovery in those cases where the administrative burden for that State is clearly disproportionate to the benefit to be derived by the applicant State.

3 If information is requested by the applicant State in accordance with this Convention, the requested State shall use its information gathering measures to obtain the requested information, even though the requested State may not need such information for its own tax purposes. The obligation contained in the preceding sentence is subject to the limitations contained in this Convention, but in no case shall such limitations, including in particular those of paragraphs 1 and 2, be construed to permit a requested State to decline to supply infor-

ne peuvent être interprétées comme imposant à l'Etat requis l'obligation:

- a de prendre des mesures qui dérogent à sa législation ou à sa pratique administrative, ou à la législation ou à la pratique administrative de l'Etat requérant;
- b de prendre des mesures qui seraient contraires à l'ordre public;
- c de fournir des renseignements qui ne pourraient être obtenus sur la base de sa législation ou de sa pratique administrative, ou de la législation ou de la pratique administrative de l'Etat requérant;
- d de fournir des renseignements qui révéleraient un secret commercial, industriel, professionnel ou un procédé commercial, ou des renseignements dont la communication serait contraire à l'ordre public;
- e d'accorder une assistance administrative si et dans la mesure où il estime que l'imposition de l'Etat requérant est contraire aux principes d'imposition généralement admis ou aux dispositions d'une convention en vue d'éviter la double imposition ou de toute autre convention qu'il a conclue avec l'Etat requérant;
- f d'accorder une assistance administrative afin d'appliquer ou exécuter une disposition de la législation fiscale de l'Etat requérant, ou de satisfaire une obligation s'y rattachant, qui est discriminatoire à l'encontre d'un ressortissant de l'Etat requis par rapport à un ressortissant de l'Etat requérant qui se trouve dans les mêmes circonstances;
- g d'accorder une assistance administrative si l'Etat requérant n'a pas épuisé toutes les mesures raisonnables prévues par sa législation ou sa pratique administrative, à moins que le recours à de telles mesures ne donne lieu à des difficultés disproportionnées;
- h d'accorder une assistance au recouvrement dans les cas où la charge administrative qui en résulte pour cet Etat est nettement disproportionnée par rapport aux avantages qui peuvent en être tirés par l'Etat requérant.

3 Si des renseignements sont demandés par l'Etat requérant conformément à la présente Convention, l'Etat requis utilise les pouvoirs dont il dispose pour obtenir les renseignements demandés, même s'il n'en a pas besoin à ses propres fins fiscales. L'obligation qui figure dans la phrase précédente est soumise aux limitations prévues par la présente Convention, sauf si ces limitations, et en particulier celles des paragraphes 1 et 2, sont susceptibles d'empêcher l'Etat requis de communiquer des renseignements uniquement parce que

als verpflichte es den ersuchten Staat,

- a) Maßnahmen durchzuführen, die von seinem eigenen Recht oder seiner eigenen Verwaltungspraxis oder dem Recht oder der Verwaltungspraxis des ersuchenden Staates abweichen;
- b) Maßnahmen durchzuführen, die der öffentlichen Ordnung (ordre public) widersprechen;
- c) Informationen zu erteilen, die nach seinem eigenen Recht oder seiner eigenen Verwaltungspraxis oder nach dem Recht des ersuchenden Staates oder dessen Verwaltungspraxis nicht beschafft werden können;
- d) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Preisgabe der öffentlichen Ordnung (ordre public) widerspräche;
- e) Amtshilfe zu leisten, wenn und soweit nach seiner Auffassung die Besteuerung im ersuchenden Staat im Widerspruch zu allgemein anerkannten Besteuerungsgrundsätzen, zu einem Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung oder zu einem anderen Abkommen, das der ersuchte Staat mit dem ersuchenden Staat geschlossen hat, steht;
- f) für die Zwecke der Anwendung beziehungsweise Durchsetzung einer Bestimmung des Steuerrechts des ersuchenden Staates oder der Erfüllung einer damit zusammenhängenden Verpflichtung Amtshilfe zu leisten, die einen Staatsangehörigen des ersuchten Staates gegenüber einem Staatsangehörigen des ersuchenden Staates, der sich in der gleichen Situation befindet, benachteiligt;
- g) Amtshilfe zu leisten, wenn der ersuchende Staat nicht alle angemessenen und nach seinem Recht oder seiner Verwaltungspraxis zur Verfügung stehenden Maßnahmen ausgeschöpft hat, es sei denn, das Zurückgreifen auf diese Maßnahmen würde unverhältnismäßig große Schwierigkeiten mit sich bringen;
- h) Amtshilfe bei der Beitreibung in den Fällen zu leisten, in denen der Verwaltungsaufwand für diesen Staat in einem eindeutigen Missverhältnis zu dem Nutzen steht, den der ersuchende Staat dadurch erlangt.

(3) Ersucht der ersuchende Staat nach diesem Übereinkommen um Informationen, so nutzt der ersuchte Staat die ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur Beschaffung der erbetenen Informationen, selbst wenn der ersuchte Staat diese Informationen für seine eigenen steuerlichen Zwecke nicht benötigt. Die im vorstehenden Satz enthaltene Verpflichtung unterliegt den in dem Übereinkommen enthaltenen Beschränkungen, jedoch sind diese Beschränkungen, insbesondere diejenigen der Absätze 1 und 2, in keinem Fall so auszulegen,

mation solely because it has no domestic interest in such information.

4 In no case shall the provisions of this Convention, including in particular those of paragraphs 1 and 2, be construed to permit a requested State to decline to supply information solely because the information is held by a bank, other financial institution, nominee or person acting in an agency or a fiduciary capacity or because it relates to ownership interests in a person.”

#### Article VI

Paragraphs 1 and 2 of Article 22 shall be deleted and replaced with the following:

“1 Any information obtained by a Party under this Convention shall be treated as secret and protected in the same manner as information obtained under the domestic law of that Party and, to the extent needed to ensure the necessary level of protection of personal data, in accordance with the safeguards which may be specified by the supplying Party as required under its domestic law.

2 Such information shall in any case be disclosed only to persons or authorities (including courts and administrative or supervisory bodies) concerned with the assessment, collection or recovery of, the enforcement or prosecution in respect of, or the determination of appeals in relation to, taxes of that Party, or the oversight of the above. Only the persons or authorities mentioned above may use the information and then only for such purposes. They may, notwithstanding the provisions of paragraph 1, disclose it in public court proceedings or in judicial decisions relating to such taxes.”

#### Article VII

Paragraph 2 of Article 27 of the Convention shall be deleted and replaced by the following:

“2 Notwithstanding paragraph 1, those Parties which are member States of the European Union can apply, in their mutual relations, the possibilities of assistance provided for by the Convention in so far as they allow a wider co-operation than the possibilities offered by the applicable European Union rules.”

ceux-ci ne présentent pas d'intérêt pour lui dans le cadre national.

4 En aucun cas les dispositions de cette Convention, et en particulier celles des paragraphes 1 et 2, ne peuvent être interprétées comme permettant à un Etat requis de refuser de communiquer des renseignements uniquement parce que ceux-ci sont détenus par une banque, un autre établissement financier, un mandataire ou une personne agissant en qualité d'agent ou de fiduciaire, ou parce que ces renseignements se rattachent aux droits de propriété d'une personne.»

#### Article VI

Les paragraphes 1 et 2 de l'article 22 sont supprimés et remplacés par ce qui suit:

«1 Les renseignements obtenus par une Partie en application de la présente Convention sont tenus secrets et protégés dans les mêmes conditions que celles prévues pour les renseignements obtenus en application de la législation de cette Partie et, en tant que de besoin pour assurer le niveau nécessaire de protection des données à caractère personnel, conformément aux garanties qui peuvent être spécifiées par la Partie fournissant les renseignements comme étant requises au titre de sa législation.

2 Ces renseignements ne sont communiqués en tout cas qu'aux personnes ou autorités (y compris les tribunaux et les organes administratifs ou de surveillance) concernées par l'établissement, la perception ou le recouvrement des impôts de cette Partie, par les procédures ou les poursuites pénales concernant ces impôts, ou par les décisions sur les recours se rapportant à ces impôts ou par le contrôle de ce qui précède. Seules lesdites personnes ou autorités peuvent utiliser ces renseignements et uniquement aux fins indiquées ci-dessus. Elles peuvent, nonobstant les dispositions du paragraphe 1, en faire état au cours d'audiences publiques de tribunaux ou dans des jugements concernant lesdits impôts.»

#### Article VII

Le paragraphe 2 de l'article 27 de la Convention est supprimé et remplacé par ce qui suit:

«2 Nonobstant les dispositions du paragraphe 1, les Parties qui sont Etats membres de l'Union européenne, peuvent appliquer, dans leurs relations mutuelles, les possibilités d'assistance prévues par la Convention, dans la mesure où elles permettent une coopération plus large que celles offertes par les règles applicables de l'Union européenne.»

dass ein ersuchter Staat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen kann, weil er kein innerstaatliches Interesse an diesen Informationen hat.

(4) Die Bestimmungen dieses Übereinkommens, insbesondere diejenigen der Absätze 1 und 2, sind in keinem Fall so auszulegen, dass ein ersuchter Staat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen kann, weil sich die Informationen bei einer Bank, einem sonstigen Finanzinstitut, einem Bevollmächtigten, Vertreter oder Treuhänder befinden oder sich auf Eigentumsanteile an einer Person beziehen.“

#### Artikel VI

Artikel 22 Absätze 1 und 2 werden gestrichen und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„(1) Alle Informationen, die eine Vertragspartei nach diesem Übereinkommen erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten und zu schützen wie die Informationen, die sie nach ihrem innerstaatlichen Recht erhalten hat; soweit dies für die Sicherstellung des erforderlichen Schutzniveaus der personenbezogenen Daten notwendig ist, sind die Informationen ferner nach den Schutzbestimmungen geheim zu halten und zu schützen, die von der erteilenden Vertragspartei als nach ihrem innerstaatlichen Recht erforderlich bezeichnet werden können.

(2) Diese Informationen dürfen in jedem Fall nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und Verwaltungs- oder Aufsichtsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Festsetzung, Erhebung oder Beitreibung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder der Entscheidung über Rechtsmittel hinsichtlich der Steuern dieser Vertragspartei oder mit der Aufsicht darüber befasst sind. Nur die genannten Personen oder Behörden dürfen die Informationen verwenden, und zwar nur für diese Zwecke. Sie dürfen sie jedoch ungeachtet des Absatzes 1 in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung im Zusammenhang mit diesen Steuern offenlegen.“

#### Artikel VII

Artikel 27 Absatz 2 des Übereinkommens wird gestrichen und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können die Vertragsparteien, die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind, in ihren gegenseitigen Beziehungen die durch das Übereinkommen vorgesehenen Möglichkeiten der Amtshilfe insoweit anwenden, als diese eine umfassendere Zusammenarbeit gestatten als die Möglichkeiten, die durch die anzuwendenden Regeln der Europäischen Union geboten werden.“

**Article VIII**

1 The following paragraphs shall be added at the end of Article 28 of the Convention:

“4 Any member State of the Council of Europe or any member country of OECD which becomes a Party to the Convention after the entry into force of the Protocol amending this Convention, opened for signature on the 27<sup>th</sup> day of May 2010 (the “2010 Protocol”), shall be a Party to the Convention as amended by that Protocol, unless they express a different intention in a written communication to one of the Depositaries.

5 After the entry into force of the 2010 Protocol, any State which is not a member of the Council of Europe or of the OECD may request to be invited to sign and ratify this Convention as amended by the 2010 Protocol. Any request to this effect shall be addressed to one of the Depositaries, who shall transmit it to the Parties. The Depositary shall also inform the Committee of Ministers of the Council of Europe and the OECD Council. The decision to invite States which so request to become Party to this Convention shall be taken by consensus by the Parties to the Convention through the co-ordinating body. In respect of any State ratifying the Convention as amended by the 2010 Protocol in accordance with this paragraph, this Convention shall enter into force on the first day of the month following the expiration of a period of three months after the date of deposit of the instrument of ratification with one of the Depositaries.

6 The provisions of this Convention, as amended by the 2010 Protocol, shall have effect for administrative assistance related to taxable periods beginning on or after 1 January of the year following the one in which the Convention, as amended by the 2010 Protocol, entered into force in respect of a Party, or where there is no taxable period, for administrative assistance related to charges to tax arising on or after 1 January of the year following the one in which the Convention, as amended by the 2010 Protocol, entered into force in respect of a Party. Any two or more Parties may mutually agree that the Convention, as amended by the 2010 Protocol, shall have effect for administrative assistance related to earlier taxable periods or charges to tax.

7 Notwithstanding paragraph 6, for tax matters involving intentional conduct which is liable to prosecution under the criminal laws of the applicant Party, the provisions of this Convention, as amended by the

**Article VIII**

1 Les paragraphes suivants sont ajoutés à la fin de l'article 28 de la Convention:

«4 Tout Etat membre du Conseil de l'Europe ou pays membre de l'OCDE qui devient Partie à la Convention après l'entrée en vigueur du Protocole amendant la présente Convention, ouvert à la signature le 27 mai 2010 (le «Protocole de 2010»), sera Partie à la Convention telle qu'amendée par ce Protocole, sauf s'il exprime une intention différente dans une notification écrite adressée à l'un des dépositaires.

5 Après l'entrée en vigueur du Protocole de 2010, tout Etat qui n'est pas membre du Conseil de l'Europe ou de l'OCDE peut demander à être invité à signer et ratifier la Convention telle qu'amendée par le Protocole de 2010. Toute demande en ce sens devra être adressée à l'un des dépositaires qui la transmettra aux Parties. Le dépositaire en informera également le Comité des Ministres du Conseil de l'Europe et le Conseil de l'OCDE. La décision d'inviter les Etats qui ont demandé à devenir Parties à la Convention sera prise par consensus par les Parties à la Convention par l'intermédiaire de l'organe de coordination. Pour tout Etat qui ratifiera la Convention telle qu'amendée par le Protocole de 2010 conformément au présent paragraphe, la présente Convention entrera en vigueur le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de trois mois après la date du dépôt de l'instrument de ratification auprès de l'un des dépositaires.

6 Les dispositions de la présente Convention, telle qu'amendée par le Protocole de 2010, s'appliquent à l'assistance administrative couvrant les périodes d'imposition qui débutent le 1<sup>er</sup> janvier, ou après le 1<sup>er</sup> janvier de l'année qui suit celle durant laquelle la Convention, telle qu'amendée par le Protocole de 2010, entrera en vigueur à l'égard d'une Partie ou, en l'absence de période d'imposition, elles s'appliquent à l'assistance administrative portant sur des obligations fiscales prenant naissance le 1<sup>er</sup> janvier, ou après le 1<sup>er</sup> janvier de l'année qui suit celle durant laquelle la Convention, telle qu'amendée par le Protocole de 2010, entrera en vigueur à l'égard d'une Partie. Deux Parties ou plus peuvent convenir que la Convention, telle qu'amendée par le Protocole de 2010, prendra effet pour ce qui concerne l'assistance administrative portant sur des périodes d'imposition ou obligations fiscales antérieures.

7 Nonobstant les dispositions du paragraphe 6, les dispositions de la présente Convention, telle qu'amendée par le Protocole de 2010, prendront effet à compter de sa date d'entrée en vigueur à l'égard d'une

**Artikel VIII**

(1) Dem Artikel 28 des Übereinkommens werden die folgenden neuen Absätze angefügt:

„(4) Jeder Mitgliedstaat des Europarats beziehungsweise jeder Mitgliedstaat der OECD, der nach dem Inkrafttreten des am 27. Mai 2010 zur Unterzeichnung aufgelegten Protokolls zur Änderung des Übereinkommens (im Folgenden als „Protokoll von 2010“ bezeichnet) Vertragspartei des Übereinkommens wird, ist Vertragspartei des Übereinkommens in der durch das genannte Protokoll geänderten Fassung, sofern er nicht in einer an einen der Verwahrer gerichteten schriftlichen Mitteilung eine andere Absicht bekundet.

(5) Nach Inkrafttreten des Protokolls von 2010 kann jeder Staat, der nicht Mitglied des Europarats oder der OECD ist, darum ersuchen, zur Unterzeichnung und Ratifikation dieses Übereinkommens in der durch das Protokoll von 2010 geänderten Fassung eingeladen zu werden. Jedes diesbezügliche Ersuchen ist an einen der Verwahrer zu richten, der es an die Vertragsparteien weiterleitet. Der Verwahrer unterrichtet zudem das Ministerkomitee des Europarats und den Rat der OECD. Die Entscheidung, ersuchende Staaten einzuladen, Vertragsparteien des Übereinkommens zu werden, wird einvernehmlich von den Vertragsparteien des Übereinkommens durch das Koordinierungsgremium getroffen. Für jeden Staat, der das Übereinkommen in der durch das Protokoll von 2010 geänderten Fassung in Übereinstimmung mit diesem Absatz ratifiziert, tritt es am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach Hinterlegung der Ratifikationsurkunde bei einem der Verwahrer folgt.

(6) Dieses Übereinkommen in der durch das Protokoll von 2010 geänderten Fassung gilt für die Amtshilfe im Zusammenhang mit Besteuerungszeiträumen, die am oder nach dem 1. Januar des Jahres beginnen, das auf das Jahr folgt, in dem das Übereinkommen in der durch das Protokoll von 2010 geänderten Fassung für eine Vertragspartei in Kraft getreten ist, oder, wenn es keinen Besteuerungszeitraum gibt, für die Amtshilfe im Zusammenhang mit Steuerverbindlichkeiten, die am oder nach dem 1. Januar des Jahres entstehen, das auf das Jahr folgt, in dem das Übereinkommen in der durch das Protokoll von 2010 geänderten Fassung für eine Vertragspartei in Kraft getreten ist. Zwei oder mehr Vertragsparteien können in gegenseitigem Einvernehmen vereinbaren, dass das Übereinkommen in der durch das Protokoll von 2010 geänderten Fassung für die Amtshilfe im Zusammenhang mit früheren Besteuerungszeiträumen oder Steuerverbindlichkeiten gilt.

(7) Ungeachtet des Absatzes 6 gilt dieses Übereinkommen in der durch das Protokoll von 2010 geänderten Fassung für Steuersachen im Zusammenhang mit vorsätzlichem Verhalten, das nach dem Straf-



2010 Protocol, shall have effect from the date of entry into force in respect of a Party in relation to earlier taxable periods or charges to tax.”

2 The following subparagraph shall be added after subparagraph e of paragraph 1 of Article 30 of the Convention:

“f to apply paragraph 7 of Article 28 exclusively for administrative assistance related to taxable periods beginning on or after 1 January of the third year preceding the one in which the Convention, as amended by the 2010 Protocol, entered into force in respect of a Party, or where there is no taxable period, for administrative assistance related to charges to tax arising on or after 1 January of the third year preceding the one in which the Convention, as amended by the 2010 Protocol, entered into force in respect of a Party.”

3 The words “and any Party to this Convention” shall be added after the words “member countries of the OECD” in paragraph 1 of Article 32 of the Convention.

#### Article IX

1 This Protocol shall be open for signature by the Signatories to the Convention. It is subject to ratification, acceptance or approval. A signatory may not ratify, accept or approve this Protocol unless it has previously or simultaneously ratified, accepted or approved the Convention. Instruments of ratification, acceptance or approval shall be deposited with one of the Depositaries.

2 This Protocol shall enter into force on the first day of the month following the expiration of a period of three months after the date on which five Parties to the Convention have expressed their consent to be bound by the Protocol in accordance with the provisions of paragraph 1.

3 In respect of any Party to the Convention which subsequently expresses its consent to be bound by it, the Protocol shall enter into force on the first day of the month following the expiration of a period of three months after the date of the deposit of the instrument of ratification, acceptance or approval.

#### Article X

1 The Depositary with whom an act, notification or communication has been accomplished, shall notify the member States of the Council of Europe, the member countries of OECD and any Party to the Convention as amended by this Protocol of:

a any signature;

Partie, pour ce qui concerne les affaires fiscales faisant intervenir un acte intentionnel passible de poursuites en vertu du droit pénal de la Partie requérante portant sur des périodes d'imposition ou obligations fiscales antérieures.»

2 L'alinéa suivant sera ajouté après l'alinéa e du paragraphe 1 de l'article 30 de la Convention:

«f d'appliquer l'article 28 paragraphe 7 exclusivement pour l'assistance administrative couvrant les périodes d'imposition qui débutent le 1<sup>er</sup> janvier, ou après le 1<sup>er</sup> janvier de la troisième année précédant celle où la Convention, telle qu'amendée par le Protocole de 2010, est entrée en vigueur à l'égard d'une Partie, ou en l'absence de période d'imposition, pour l'assistance administrative portant sur des obligations fiscales prenant naissance le 1<sup>er</sup> janvier ou après le 1<sup>er</sup> janvier de la troisième année précédant celle où la Convention, telle qu'amendée par le Protocole de 2010, est entrée en vigueur à l'égard d'une Partie.»

3 Les termes «et à toute Partie à la présente Convention» seront ajoutés après les termes «pays membres de l'OCDE» au paragraphe 1 de l'article 32 de la Convention.

#### Article IX

1 Le présent Protocole est ouvert à la signature des Signataires de la Convention. Il sera soumis à ratification, acceptation ou approbation. Un signataire ne peut ratifier, accepter ou approuver le présent Protocole à moins d'avoir précédemment ou simultanément ratifié, accepté ou approuvé la Convention. Les instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation seront déposés près l'un des dépositaires.

2 Le présent Protocole entrera en vigueur le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de trois mois après la date à laquelle cinq Parties à la Convention auront exprimé leur consentement à être liées par ce Protocole conformément aux dispositions du paragraphe 1.

3 Pour toute Partie à la Convention qui exprimera ultérieurement son consentement à être liée par le Protocole, celui-ci entrera en vigueur le premier jour du mois qui suit l'expiration d'une période de trois mois après la date du dépôt de l'instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation.

#### Article X

1 Le dépositaire auprès duquel est déposé un acte, une notification ou une communication notifiera aux Etats membres du Conseil de l'Europe, aux pays membres de l'OCDE et à toute Partie à la Convention telle qu'amendée par le présent Protocole:

a toute signature;

recht der ersuchenden Vertragspartei der strafrechtlichen Verfolgung unterliegt, und zwar ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens für eine Vertragspartei im Zusammenhang mit früheren Besteuerungszeiträumen oder Steuerverbindlichkeiten.“

(2) Nach Artikel 30 Absatz 1 Buchstabe e des Übereinkommens wird der folgende neue Buchstabe angefügt:

„f) Artikel 28 Absatz 7 ausschließlich auf Amtshilfe im Zusammenhang mit Besteuerungszeiträumen anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar des dritten Jahres vor dem Jahr beginnen, in dem das Übereinkommen in der durch das Protokoll von 2010 geänderten Fassung für eine Vertragspartei in Kraft getreten ist, oder, wenn es keinen Besteuerungszeitraum gibt, auf Amtshilfe im Zusammenhang mit Steuerverbindlichkeiten, die am oder nach dem 1. Januar des dritten Jahres entstehen, das dem Jahr vorangeht, in dem das Übereinkommen in der durch das Protokoll von 2010 geänderten Fassung für eine Vertragspartei in Kraft getreten ist.“

(3) In Artikel 32 Absatz 1 des Übereinkommens werden nach den Worten „Mitgliedstaaten der OECD“ die Worte „und jeder Vertragspartei dieses Übereinkommens“ eingefügt.

#### Artikel IX

(1) Dieses Protokoll liegt für die Unterzeichner des Übereinkommens zur Unterzeichnung auf. Es bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung. Ein Unterzeichner darf dieses Protokoll nur ratifizieren, annehmen oder genehmigen, wenn er zuvor oder gleichzeitig das Übereinkommen ratifiziert, angenommen oder genehmigt hat. Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden bei einem der Verwahrer hinterlegt.

(2) Dieses Protokoll tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach dem Tag folgt, an dem fünf Vertragsparteien des Übereinkommens nach Absatz 1 ihre Zustimmung ausgedrückt haben, durch das Protokoll gebunden zu sein.

(3) Für jede Vertragspartei des Übereinkommens, die später ihre Zustimmung ausdrückt, durch dieses Protokoll gebunden zu sein, tritt es am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde folgt.

#### Artikel X

(1) Der Verwahrer, dem eine Handlung, Notifikation oder Mitteilung zur Kenntnis gebracht worden ist, notifiziert den Mitgliedstaaten des Europarats, den Mitgliedstaaten der OECD und jeder Vertragspartei des Übereinkommens in der durch dieses Protokoll geänderten Fassung

a) jede Unterzeichnung;

- b the deposit of any instrument of ratification, acceptance or approval;
- c any date of entry into force of this Protocol in accordance with the provisions of Article IX;
- d any other act, notification or communication relating to this Protocol.

2 The Depositary receiving a communication or making a notification in pursuance of the provisions of paragraph 1 shall inform the other Depositary thereof.

3 The Depositaries shall transmit to the member States of the Council of Europe and the member countries of the OECD a certified copy of this Protocol.

4 When this Protocol enters into force in accordance with Article IX, one of the Depositaries shall establish the text of the Convention as amended by this Protocol and shall send a certified copy to all the Parties to the Convention as amended by this Protocol.

In witness whereof the undersigned, being duly authorised thereto, have signed this Protocol.

Done at Paris, this 27<sup>th</sup> day of May 2010, in English and French, both texts being equally authentic, in two copies, one of which shall be deposited in the archives of the Council of Europe and the other in the archives of the OECD.

- b le dépôt de tout instrument de ratification, acceptation ou approbation;
- c toute date d'entrée en vigueur du présent Protocole conformément aux dispositions de l'article IX;
- d tout autre acte, notification ou communication ayant trait au présent Protocole.

2 Le dépositaire recevant une communication ou procédant à une notification conformément au paragraphe 1 en informera l'autre dépositaire.

3 Les dépositaires communiqueront une copie certifiée conforme de ce Protocole aux Etats membres du Conseil de l'Europe et aux pays membres de l'OCDE.

4 Lorsque le présent Protocole entrera en vigueur conformément à l'article IX, l'un des dépositaires établira le texte de la Convention telle qu'amendée par le présent Protocole et en communiquera une copie certifiée conforme à chacune des Parties à la Convention telle qu'amendée par le présent Protocole.

En foi de quoi, les soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé le présent Protocole.

Fait à Paris, le 27 mai 2010, en français et en anglais, les deux textes faisant également foi, en deux exemplaires, dont l'un sera déposé dans les archives du Conseil de l'Europe et l'autre dans les archives de l'OCDE.

- b) jede Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde;
- c) jeden Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Protokolls nach Artikel IX;
- d) jede andere Handlung, Notifikation oder Mitteilung im Zusammenhang mit diesem Protokoll.

(2) Der Verwahrer, bei dem nach Absatz 1 eine Mitteilung eingeht oder der nach Absatz 1 eine Notifikation vornimmt, unterrichtet den anderen Verwahrer hiervon.

(3) Die Verwahrer übermitteln den Mitgliedstaaten des Europarats und den Mitgliedstaaten der OECD eine beglaubigte Abschrift dieses Protokolls.

(4) Bei Inkrafttreten dieses Protokolls nach Artikel IX erstellt einer der Verwahrer den Wortlaut des Übereinkommens in der durch dieses Protokoll geänderten Fassung und übermittelt eine beglaubigte Abschrift an alle Vertragsparteien des Übereinkommens in der durch das Protokoll geänderten Fassung.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten das Protokoll unterschrieben.

Geschehen zu Paris am 27. Mai 2010 in englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in zwei Urschriften, von denen eine im Archiv des Europarats und die andere im Archiv der OECD hinterlegt werden.

## Denkschrift

### A. Allgemeines zu Übereinkommen und Protokoll

Das vorliegende Übereinkommen ist das erste und einzige mehrseitige und weltweite Regelungswerk über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen, das sich insbesondere durch seinen zeitgemäßen umfassenden Ansatz auszeichnet.

Ziel des Übereinkommens ist, dass sich die Vertragsparteien einander Amtshilfe in Steuersachen leisten, um insbesondere Steuerhinterziehung und Steuervermeidung besser bekämpfen zu können. Die Amtshilfe umfasst unter anderem den Informationsaustausch, gleichzeitige Steuerprüfungen sowie die Teilnahme an Steuerprüfungen im Ausland. Damit soll die Amtshilfe zwischen den Staaten gefördert und dadurch gleichzeitig ein angemessener Schutz der Rechte der Steuerpflichtigen gewährleistet werden.

Das Übereinkommen ist 1988 gemeinsam von den Mitgliedstaaten des Europarats und den Mitgliedstaaten der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) entwickelt und durch das Protokoll von 2010 fortgeschrieben worden. Die Fortschreibung dient insbesondere dem Ziel, das Übereinkommen an den internationalen Standard zum Informationsaustausch auf Ersuchen anzugleichen und es für alle Staaten zu öffnen.

Die internationale Zusammenarbeit auf der Basis des Übereinkommens kann eine wichtige Rolle dabei spielen, die ordnungsgemäße Ermittlung der Steuerpflicht zu erleichtern und die Steuerpflichtigen bei der Wahrnehmung ihrer Rechte zu unterstützen. Zu diesen Rechten gehört, dass jede Person bei der Feststellung ihrer Rechte und Pflichten Anspruch auf ein ordnungsgemäßes rechtliches Verfahren hat und dieser Grundsatz in allen Staaten als für Steuersachen geltend anerkannt wird. Die Rechte der Steuerpflichtigen beinhalten auch den Anspruch auf einen angemessenen Schutz gegen Ungleichbehandlung und Doppelbesteuerung, welcher mithilfe dieses Übereinkommens ebenfalls verfolgt wird.

Eine Änderung des innerstaatlichen Rechts ist nicht erforderlich.

Das Protokoll vom 27. Mai 2010 zur Änderung des Übereinkommens vom 25. Januar 1988 über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen wurde von den Mitgliedstaaten des Europarats und der OECD in der Erwägung unterzeichnet, dass seit Abschluss des Übereinkommens vom 25. Januar 1988 aufgrund der zwischenzeitlich erfolgten Einigung auf den international anerkannten Standard für den Informationsaustausch in Steuersachen, insoweit ein neues Umfeld für die Zusammenarbeit entstanden ist. Das Protokoll sieht dementsprechend die Anpassung einzelner Artikel des Übereinkommens vom 25. Januar 1988 vor.

Die Ausführungen in dieser Denkschrift berücksichtigen die in dem Protokoll vereinbarten Änderungen einzelner Artikel.

Dieses Protokoll bedarf wie das Übereinkommen vom 25. Januar 1988 ebenfalls der Ratifikation. Eine Ratifikation des Protokolls ist nur möglich, wenn der Unterzeichnerstaat zuvor oder gleichzeitig das Übereinkommen ratifiziert. Das vorliegende Vertragsgesetz sieht eine gleichzeitige Ratifikation vor.

### B. Besonderes

#### Kapitel I

#### Geltungsbereich des Übereinkommens

#### Zu Artikel 1 – Ziel des Übereinkommens und unter das Übereinkommen fallende Personen

Absatz 1 legt als Ziel des Übereinkommens die Amtshilfe in Steuersachen zwischen den Vertragsparteien fest. Absatz 1 Satz 1 sieht vor, dass die Vertragsparteien einander Amtshilfe in Steuersachen leisten.

Nach Absatz 2 umfasst die Amtshilfe im Einzelnen den Informationsaustausch (Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe a), die Amtshilfe bei der Beitreibung (Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe b) und die Amtshilfe bei der Zustellung von Schriftstücken (Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe c). Die von dem Übereinkommen erfasste Amtshilfe erstreckt sich somit auf alle Bereiche der Steuerfestsetzung und Steuererhebung.

Absatz 3 legt in Bezug auf den persönlichen Anwendungsbereich des Übereinkommens fest, dass die Verpflichtung zur Leistung von Amtshilfe einer Vertragspartei unabhängig von der Ansässigkeit oder der Staatsangehörigkeit der von der Amtshilfe betroffenen Person zu erfüllen ist.

#### Zu Artikel 2 – Unter das Übereinkommen fallende Steuern

Dieser Artikel regelt den sachlichen Anwendungsbereich des Übereinkommens. Nach Absatz 1 gilt das Übereinkommen für alle Steuern, die für Rechnung einer Vertragspartei oder deren Gebietskörperschaften erhoben werden, einschließlich der Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung, die an den Staat oder an öffentlich-rechtliche Sozialversicherungseinrichtungen zu zahlen sind. Die genannten Steuern umfassen unter anderem Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, Nachlass-, Erbschaft- und Schenkungsteuern, Mehrwert- und Umsatzsteuern sowie Kraftfahrzeugsteuern.

Absatz 2 verweist auf die Anlage A, in der eine Vertragspartei jene Steuern anführt, auf die das Übereinkommen Anwendung finden soll und für welche es von einer anderen Vertragspartei die Leistung von Amtshilfe nach diesem Übereinkommen erwartet. Umgekehrt ist eine Vertragspartei verpflichtet, Amtshilfe in Bezug auf jene Steuern zu leisten, welche die anderen Vertragsparteien in Anlage A auflisten, sofern die Vertragsparteien keinen Vorbehalt im Sinne des Artikels 30 Absatz 1 Buchstabe a einbringen. Nach dem Gegenseitigkeitsprinzip wird deshalb eine Vertragspartei in der Anlage A keine Steuern auflisten, in Bezug auf welche diese Vertragspartei einen Vorbehalt im Sinne des Artikels 30 Absatz 1 Buchstabe a erklärt.

Die Bundesrepublik Deutschland führt in der Anlage A die Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer, den Solidaritätszuschlag im Sinne des Artikels 2 Absatz 1 Buchstabe a Ziffer i, die Vermögensteuer im Sinne des Artikels 2 Absatz 1 Buchstabe a Ziffer iii, die Gewerbesteuer im Sinne des Artikels 2 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer i, Beiträge im Rahmen der gesetzlichen Kranken-, Pflege-, Unfall- und Rentenversicherung einschließlich der Alterssiche-

zung der Landwirte sowie der Arbeitsförderung im Sinne des Artikels 2 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer ii, die Erbschaftsteuer, die Schenkungsteuer, die Ersatzerbschaftsteuer im Sinne des Artikels 2 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer iii Unterpunkt A, die Grundsteuer, die Grunderwerbsteuer im Sinne des Artikels 2 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer iii Unterpunkt B, die Einfuhrumsatzsteuer, die Umsatzsteuer im Sinne des Artikels 2 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer iii Unterpunkt C, die Branntweinsteuer, die Energiesteuer, die Tabaksteuer im Sinne des Artikels 2 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer iii Unterpunkt D, die Luftverkehrsteuer, die Rennwett- und Lotteriesteuer, die Steuern auf Versicherungsprämien im Sinne des Artikels 2 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer iii Unterpunkt G und die Grundsteuer im Sinne des Artikels 2 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer iv sowie steuerliche Nebenleistungen zu allen angeführten Steuern auf.

Der Wortlaut der deutschen Erklärung in Anlage A: Steuern, für die das Übereinkommen gilt (Artikel 2 Absatz 2 des Übereinkommens) ist in Anlage 1 zur Denkschrift beigefügt.

Nach Absatz 3 haben die Vertragsparteien Änderungen in der Anlage A einem der Verwahrer, dies kann der Generalsekretär des Europarats oder der Generalsekretär der OECD sein, zu notifizieren. Die Notifikation kann jederzeit erfolgen und wird am ersten Tag des Monats wirksam, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach Eingang der Notifikation bei einem der Verwahrer folgt.

Absatz 4 bestimmt, dass das Übereinkommen auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art gilt – und zwar mit Wirkung vom Zeitpunkt ihrer Einführung –, die in einer Vertragspartei nach dem Inkrafttreten des Übereinkommens für diese Vertragspartei neben den in Anlage A aufgelisteten bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. In diesem Fall notifiziert die betreffende Vertragspartei einem der Verwahrer die Einführung der betreffenden Steuer.

## **Kapitel II** **Allgemeine Begriffsbestimmungen**

### **Zu Artikel 3 – Begriffsbestimmungen**

Absatz 1 enthält eine Reihe von Definitionen für wichtige und im Übereinkommen häufig verwendete Ausdrücke der Amtshilfe. In Absatz 1 Buchstabe a wird bestimmt, dass die Ausdrücke „ersuchender Staat“ und „ersuchter Staat“ eine Vertragspartei bedeuten, die um Amtshilfe in Steuersachen ersucht, beziehungsweise eine Vertragspartei, die um solche Amtshilfe ersucht wird. Dabei verweist Artikel 3 Absatz 1 in Bezug auf den Ausdruck „Steuer“ auf Artikel 2 des Übereinkommens (Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b), während der Ausdruck „Steuerforderung“ neben der Steuer auch die darauf entfallenden Zinsen sowie die damit zusammenhängenden Geldbußen und Beitreibungskosten umfasst (Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe c). Hinsichtlich des Ausdrucks „zuständige Behörde“ wird auf die in der Anlage B aufgelisteten Personen und Behörden verwiesen (Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe d). Im Falle der Bundesrepublik Deutschland wird für alle Steuern das Bundesministerium der Finanzen als zuständige Behörde bestimmt, die dem Bundeszentralamt für Steuern, dem Zollkriminalamt und der Bundesstelle Vollstreckung Zoll beim Hauptzollamt Hannover als

nachgeordnete Behörden gestatten kann, für sie zu handeln, und für alle Sozialversicherungsbeiträge das Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Des Weiteren enthält der Absatz 1 neben einer Begriffsbestimmung für den Ausdruck „Staatsangehöriger“ auch einen Verweis auf die Anlage C des Übereinkommens, in welcher die Vertragsparteien die Möglichkeit haben, eine von Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe e abweichende Definition zu erklären.

Der Wortlaut der deutschen Erklärung in Anlage B: Zuständige Behörden (Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe d des Übereinkommens) und der deutschen Erklärung in Anlage C: Bestimmung des Begriffs „Staatsangehöriger“ im Sinne des Übereinkommens (Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe e des Übereinkommens) ist in Anlage 1 zur Denkschrift beigefügt.

Absatz 2 enthält für alle Ausdrücke der Amtshilfe, die im Übereinkommen nicht definiert sind, eine Rückverweisung auf das Recht der betreffenden Vertragsparteien.

Absatz 3 sieht für die Vertragsparteien eine Verpflichtung zur Notifikation vor, sofern Änderungen in den Anlagen B („Zuständige Behörde“) und C („Bestimmung des Begriffs „Staatsangehöriger“ im Sinne des Übereinkommens“) vorzunehmen sind. Die Notifikation kann jederzeit erfolgen und wird am ersten Tag des Monats wirksam, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach Eingang der Notifikation bei einem der Verwahrer, dies kann der Generalsekretär des Europarats oder der Generalsekretär der OECD sein, folgt.

## **Kapitel III** **Formen der Amtshilfe**

### Abschnitt I Informationsaustausch

#### **Zu Artikel 4 – Allgemeine Bestimmung**

Dieser Artikel ist durch Artikel II des Protokolls neu gefasst. Der Informationsaustausch zwischen Vertragsparteien ist die klassische Form der internationalen Amtshilfe in Steuersachen. Absatz 1 sieht einen umfassenden Informationsaustausch vor, sofern sich die Informationen auf die unter das Übereinkommen fallenden Steuern beziehen und für die Anwendung und Durchsetzung des innerstaatlichen Steuerrechts der Vertragsparteien voraussichtlich erheblich sind. Das Übereinkommen sieht neben den drei bekannten klassischen Formen des Informationsaustauschs (Informationsaustausch auf Ersuchen in Artikel 5, automatischer Informationsaustausch in Artikel 6 und spontaner Informationsaustausch in Artikel 7) noch zwei weitere Formen vor. Dies sind zum einen die gleichzeitige Steuerprüfung (Artikel 8) und die Steuerprüfung im Ausland (Artikel 9). Durch die Umsetzung des Informationsaustausch- und Transparenzstandards der OECD ist gewährleistet, dass durch das Übereinkommen keine Verpflichtung zur Leistung von Amtshilfe besteht, wenn die Inanspruchnahme dieser Amtshilfe Maßnahmen einschließt, die lediglich der Beweisforschung dienen (sogenannte „fishing expedition“).

Der bisherige Absatz 2 des Artikel 4 ist gestrichen (siehe Artikel II des Protokolls).

Absatz 3 sieht für die Vertragsparteien die Möglichkeit der Abgabe einer Erklärung in jenen Fällen vor, in denen die Behörden einer Vertragspartei in Übereinstimmung

mit ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften die betroffene ansässige Person oder den betroffenen Staatsangehörigen unterrichten können, bevor über sie oder ihn Informationen nach den Artikeln 5 und 7 an die andere Vertragspartei übermittelt werden.

Die völkerrechtliche Erklärung der Bundesrepublik Deutschland zu Artikel 21 und 22 des Übereinkommens nimmt Bezug auf Artikel 4 und ist in Anlage 2 zur Denkschrift beigefügt.

#### **Zu Artikel 5 – Informationsaustausch auf Ersuchen**

Der Informationsaustausch auf Ersuchen nach Absatz 1 erfolgt auf der Grundlage eines Auskunftersuchens, in dem die ersuchende Vertragspartei die ersuchte Vertragspartei um Übermittlung von Informationen ersucht, die sich auf konkrete Personen oder Transaktionen beziehen. Die ersuchte Vertragspartei erteilt daraufhin der ersuchenden Vertragspartei alle in Artikel 4 des Übereinkommens genannten Informationen zu der konkreten Person oder Transaktion.

Absatz 2 stellt klar, dass die ersuchte Vertragspartei alle erforderlichen Maßnahmen durchführt um der ersuchenden Vertragspartei die erbetenen Informationen zu erteilen, sofern sich diese nicht ohnehin schon aus den Steuerakten der ersuchten Vertragspartei entnehmen lassen.

#### **Zu Artikel 6 – Automatischer Informationsaustausch**

Der automatische Informationsaustausch nach diesem Artikel soll eine systematische regelmäßige Übermittlung steuerspezifischer Informationen an eine andere Vertragspartei ohne deren vorheriges Ersuchen auf der Grundlage zuvor festgelegter Verfahren umfassen. Einzelheiten sind von zwei oder mehreren Vertragsparteien nach Artikel 6 des Übereinkommens einvernehmlich festzulegen.

Die am 29. Oktober 2014 in Berlin von der Bundesrepublik Deutschland sowie weiteren 50 Staaten und Gebieten unterzeichnete „Mehrseitige Vereinbarung zwischen den zuständigen Behörden über den automatischen Austausch von Informationen über Finanzkonten“ ist eine einvernehmliche Festlegung im Sinne des Artikels 6, für die noch die Zustimmung des Gesetzgebers im Rahmen eines gesonderten Gesetzgebungsverfahrens erforderlich ist.

#### **Zu Artikel 7 – Spontaner Informationsaustausch**

Nach diesem Artikel übermitteln die Vertragsparteien in den in Absatz 1 Buchstabe a bis e genannten Fällen zu jeder Zeit an eine andere Vertragspartei ohne vorheriges Ersuchen die ihnen bekannt gewordenen Informationen (spontaner Informationsaustausch). Der spontane Informationsaustausch verlangt nach keiner gesonderten Vereinbarung zwischen den Vertragsparteien hinsichtlich bestimmter Fallgruppen und Übermittlungszeitpunkte. Der spontane Informationsaustausch basiert auf der Kenntniserlangung im Rahmen einer steuerlichen Fallbearbeitung und obliegt der Einzelfallentscheidung des Bearbeiters, sofern eine oder mehrere Voraussetzungen des Artikels 7 Absatz 1 Buchstabe a bis e vorliegen. Im Einzelnen handelt es sich dabei um die Vermutung einer Steuerverkürzung in der anderen Vertragspartei (Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe a), eine Steuerermäßigung oder Steuerbefreiung in der einen Vertragspartei, die eine

Steuererhöhung oder eine Besteuerung in der anderen Vertragspartei zur Folge hat (Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe b), bei Geschäftsbeziehungen zwischen Steuerpflichtigen beider Vertragsparteien, die über ein oder mehrere weitere Länder in einer Weise geleitet werden, die in einer oder beiden Vertragsparteien zur Steuerersparnis führen kann (Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe c), eine Vertragspartei die Vermutung einer Steuerersparnis durch künstliche Gewinnverlagerung innerhalb eines Konzerns hat (Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe d) oder wenn im Zusammenhang mit übermittelten Informationen einer Vertragspartei ein Sachverhalt in der anderen Vertragspartei ermittelt worden ist, der für die Steuerfestsetzung in der anderen Vertragspartei erheblich sein kann (Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe e).

Absatz 2 verpflichtet die Vertragsparteien, die Maßnahmen zu treffen und Verfahren durchzuführen, die erforderlich sind, um sicherzustellen, dass die in Absatz 1 genannten Informationen für die Weiterleitung an eine andere Vertragspartei zur Verfügung gestellt werden.

Artikel 7 bietet die Möglichkeit, dass die Vertragsparteien einander Informationen zu künstlichen Gewinnverlagerungen innerhalb von Konzernen austauschen. Damit wird auch der aktuellen internationalen steuerpolitischen Entwicklung, insbesondere auf der Ebene der Europäischen Union (EU), der Gruppe der Zwanzig (G20) und der OECD Rechnung getragen.

#### **Zu Artikel 8 – Gleichzeitige Steuerprüfungen**

Nach Absatz 1 konsultieren sich zwei oder mehrere Vertragsparteien auf Ersuchen einer der Vertragsparteien, um gemeinsam darüber zu beraten, ob für bestimmte Steuerfälle eine gleichzeitige Steuerprüfung stattfinden soll, und um die dabei zu beachtenden Verfahren festzulegen. Jede Vertragspartei entscheidet dabei über ihre Teilnahme an einer bestimmten gleichzeitigen Steuerprüfung.

Absatz 2 enthält die Definition des Begriffs „gleichzeitige Steuerprüfung“ im Sinne des Übereinkommens. Eine gleichzeitige Steuerprüfung ist danach eine Vereinbarung zwischen zwei oder mehr Vertragsparteien, gleichzeitig im jeweils eigenen Hoheitsgebiet die steuerlichen Verhältnisse einer Person oder mehrerer Personen, an denen die Vertragsparteien ein gemeinsames oder ergänzendes Interesse haben, zu prüfen, um die auf diesem Wege gewonnenen sachdienlichen Informationen auszutauschen. Eine gleichzeitig stattfindende Steuerprüfung ermöglicht im Einzelfall eine schnellere und leichtere Ermittlung des steuerlichen Sachverhalts.

#### **Zu Artikel 9 – Steuerprüfungen im Ausland**

Absatz 1 sieht die Möglichkeit der Anwesenheit von Bediensteten einer anderen Vertragspartei auf deren Ersuchen während des relevanten Teils einer Steuerprüfung im ersuchten Staat vor.

Absatz 2 legt das Verfahren fest. Gibt die ersuchte Vertragspartei dem Ersuchen um Steuerprüfung statt, unterrichtet die zuständige Behörde der ersuchten Vertragspartei nach Absatz 2 Satz 1 so bald wie möglich die zuständige Behörde der ersuchenden Vertragspartei über den Zeitpunkt und Ort der Prüfung, über die mit der Durchführung der Prüfung beauftragte Behörde oder den

damit beauftragten Bediensteten sowie über die von der ersuchten Vertragspartei für die Durchführung der Prüfung vorgeschriebenen Verfahren und Bedingungen. Absatz 2 Satz 2 stellt klar, dass alle Entscheidungen im Zusammenhang mit der Durchführung der Steuerprüfung die ersuchte Vertragspartei trifft.

Gemäß Absatz 3 kann eine Vertragspartei einem der Verwahrer, dies kann der Generalsekretär des Europarats oder der Generalsekretär der OECD sein, von ihrer Absicht unterrichten, Ersuchen nach Artikel 9 Absatz 1 in der Regel nicht anzunehmen. Eine solche Erklärung kann jederzeit abgegeben oder widerrufen werden.

Mit der in Artikel 9 enthaltenen Regelung können grenzüberschreitende steuerliche Sachverhalte im Einzelfall zügiger und leichter aufgeklärt werden. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der Integrität des Steuerrechts der Vertragsparteien.

#### **Zu Artikel 10 – Widersprüchliche Informationen**

Dieser Artikel sieht im Fall widersprüchlicher Informationen, die eine Vertragspartei von einer anderen Vertragspartei erhält, die Verpflichtung vor, dass die Vertragspartei, welche die widersprüchlichen Informationen im Wege des Informationsaustauschs erhalten hat, die andere Vertragspartei über die vorliegende Widersprüchlichkeit unterrichtet.

#### Abschnitt II Amtshilfe bei der Beitreibung

#### **Zu Artikel 11 – Beitreibung von Steuerforderungen**

Nach Absatz 1 ergreift die ersuchte Vertragspartei vorbehaltlich der Artikel 14 (Fristen) und 15 (Bevorzugung) die nach ihrem innerstaatlichen Recht zulässigen Beitreibungsmaßnahmen, um die Vollstreckung der Steuerforderung sicherzustellen. Die Steuerforderung der ersuchenden Vertragspartei ist dabei wie eine Steuerforderung der ersuchten Vertragspartei zu behandeln.

Voraussetzung für die Beitreibung der Steuerforderungen einer anderen Vertragspartei ist das Bestehen eines Titels, der die Vollstreckung in der ersuchenden Vertragspartei ermöglicht, und dass die Steuerforderungen nicht angefochten werden, es sei denn, zwischen den Vertragsparteien ist etwas anderes vereinbart worden. Darüber hinaus engt Absatz 2 den Anwendungsbereich des Absatzes 1 in Bezug auf Personen, die nicht in der ersuchenden Vertragspartei ansässig sind, insofern ein, als in einem solchen Fall ein Beitreibungsersuchen nur dann zulässig ist, wenn die Steuerforderung nicht mehr angefochten werden kann.

Absatz 3 begrenzt die Verpflichtung zur Beitreibung von Steuerforderungen betreffend einen Erblasser oder seinen Nachlass auf den Wert des Nachlasses beziehungsweise auf den Wert des Vermögens, der auf den einzelnen Nachlassbegünstigten entfällt.

Nach Artikel 30 Absatz 1 Buchstabe b des Übereinkommens behält sich die Bundesrepublik Deutschland das Recht vor, in Bezug auf alle in Artikel 2 Absatz 1 aufgelisteten Steuern, Beiträge und steuerliche Nebenleistungen keine Amtshilfe bei der Beitreibung nach Abschnitt II Artikel 11 bis 16 des Übereinkommens zu leisten. Dieser Vorbehalt erfolgt unter der Berücksichtigung der Vielzahl der für die einzelnen Vertragsparteien jeweils geltenden

innerstaatlichen Regelungen, gegebenenfalls mit einzelnen Vertragsparteien an anderer Stelle getroffener Übereinkünfte sowie dem geltendem EU-Recht zur Beitreibung. Der Vorbehalt der Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 30 Absatz 1 Buchstabe b des Übereinkommens ist in Anlage 3 zur Denkschrift beigefügt.

#### **Zu Artikel 12 – Sicherungsmaßnahmen**

Dieser Artikel verpflichtet die ersuchte Vertragspartei auf Ersuchen der ersuchenden Vertragspartei, zum Zweck der Beitreibung eines Steueranspruchs Sicherungsmaßnahmen zu treffen, auch wenn die Steuerforderung angefochten wird oder für die Steuerforderung noch kein Vollstreckungstitel besteht.

#### **Zu Artikel 13 – Dem Ersuchen beizufügende Schriftstücke**

Dieser Artikel legt fest, welche Schriftstücke die ersuchende Vertragspartei dem Ersuchen um Amtshilfe bei der Beitreibung beizufügen hat.

Nach Absatz 1 Buchstabe a ist dem Amtshilfeersuchen eine Erklärung beizufügen, aus der sich ergibt, dass die Steuerforderung eine unter das Übereinkommen fallende Steuer betrifft, und im Falle eines Ersuchens um Beitreibung einer Steuerforderung, dass die Steuerforderung vorbehaltlich des Artikels 11 Absatz 2 des Übereinkommens nicht angefochten wird oder nicht angefochten werden kann. Des Weiteren sind dem Amtshilfeersuchen nach Absatz 1 Buchstabe b eine amtliche Ausfertigung des Titels und nach Absatz 1 Buchstabe c für die Beitreibung oder die Sicherungsmaßnahmen sonstige erforderliche Schriftstücke beizufügen.

Nach Absatz 2 ist der von der ersuchenden Vertragspartei ausgestellte Vollstreckungstitel in der ersuchten Vertragspartei nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts anzunehmen, anzuerkennen, zu ergänzen oder durch einen inländischen Titel der ersuchten Vertragspartei, der die Vollstreckung dort ermöglicht, zu ersetzen.

#### **Zu Artikel 14 – Fristen**

Absatz 1 stellt klar, dass sich die Fristen für die Vollstreckung von Steuerforderungen nach dem Recht der ersuchenden Vertragspartei richten und das Ersuchen um Beitreibung deshalb genaue Angaben über die Fristen enthalten muss.

Absatz 2 bezieht sich auf die Wirkung von Beitreibungsmaßnahmen der ersuchten Vertragspartei in der ersuchenden Vertragspartei. Führen die Beitreibungsmaßnahmen zu einer Hemmung oder Unterbrechung der Frist nach Absatz 1 in der ersuchten Vertragspartei, tritt diese Wirkung auch in der ersuchenden Vertragspartei ein. Die ersuchte Vertragspartei ist verpflichtet, die ersuchende Vertragspartei über derartige Maßnahmen zu unterrichten.

Absatz 3 stellt klar, dass eine ersuchte Vertragspartei einem Ersuchen um Beitreibung einer anderen Vertragspartei nicht nachkommen muss, sofern das Amtshilfeersuchen später als 15 Jahre ab dem Datum des ursprünglichen Vollstreckungstitels an die ersuchte Vertragspartei übermittelt wird.

### Zu Artikel 15 – Bevorzugung

Dieser Artikel stellt klar, dass die ersuchte Vertragspartei in keinem Fall verpflichtet ist, im Rahmen von Beitreibungsmaßnahmen den Steuerforderungen der ersuchenden Vertragspartei eine Bevorzugung gegenüber Steuerforderungen der ersuchten Vertragspartei einzuräumen.

### Zu Artikel 16 – Zahlungsaufschub

Nach diesem Artikel kann die ersuchte Vertragspartei nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts oder ihrer Verwaltungspraxis einen Zahlungsaufschub oder Ratenzahlung gestatten, sofern die ersuchte Vertragspartei die ersuchende Vertragspartei von dem beabsichtigten Zahlungsaufschub oder der beabsichtigten Ratenzahlung im Voraus unterrichtet.

### Abschnitt III Zustellung von Schriftstücken

### Zu Artikel 17 – Zustellung von Schriftstücken

Nach Absatz 1 ist auf Ersuchen der ersuchenden Vertragspartei die ersuchte Vertragspartei verpflichtet, aus der ersuchenden Vertragspartei stammende behördliche Schriftstücke, einschließlich der Gerichtsentscheidungen, die eine unter das Übereinkommen fallende Steuer betreffen, an den Adressaten in der ersuchten Vertragspartei zuzustellen.

Nach Absatz 2 wird die Zustellung von Schriftstücken nach Absatz 1, die aus der ersuchenden Vertragspartei stammen, nach dem Recht der ersuchten Vertragspartei vorgenommen. Wird die ersuchte Vertragspartei um Zustellung in einer besonderen Form ersucht, so wird diesem Ersuchen entsprochen, soweit das innerstaatliche Recht der ersuchten Vertragspartei die gewünschte oder dieser am nächsten kommende Form vorsieht.

Nach Absatz 3 kann eine Vertragspartei die Zustellung von Schriftstücken an eine Person im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei unmittelbar durch die Post vornehmen.

Absatz 4 stellt klar, dass eine Zustellung von Schriftstücken nicht deshalb nichtig ist, nur weil eine Vertragspartei die Zustellung in Übereinstimmung mit ihrem innerstaatlichen Recht vorgenommen hat.

Absatz 5 Satz 1 stellt klar, dass einem zuzustellenden Schriftstück grundsätzlich keine Übersetzung beigefügt werden braucht, sofern es nach diesem Artikel des Übereinkommens zugestellt wird. Absatz 5 Satz 2 sieht für die ersuchte Vertragspartei eine Übersetzung des zuzustellenden Schriftstücks oder eine Übersetzung der Kurzfassung des zuzustellenden Schriftstücks in eine ihrer Amtssprachen vor, sofern die ersuchte Vertragspartei der Auffassung ist, dass der Empfänger die Sprache der ersuchenden Vertragspartei nicht versteht. Nach Absatz 5 Satz 3 kann die ersuchte Vertragspartei die ersuchende Vertragspartei bitten, eine Übersetzung des zuzustellenden Schriftstücks oder eine Übersetzung der Kurzfassung des zuzustellenden Schriftstücks in eine ihrer Amtssprachen oder eine der Amtssprachen des Europarats oder der OECD beizufügen.

### Kapitel IV Für alle Formen der Amtshilfe geltende Bestimmungen

### Zu Artikel 18 – Vom ersuchenden Staat zu erteilende Informationen

Nach Absatz 1 hat die ersuchende Vertragspartei bestimmte Informationen, soweit erforderlich, der ersuchten Vertragspartei im Amtshilfeersuchen mitzuteilen. Im Einzelnen sind dies nach Buchstabe a die Angaben über die Behörde oder die Stelle, von der das durch die zuständige Behörde der ersuchenden Vertragspartei gestellte Amtshilfeersuchen ausgeht; nach Buchstabe b Angaben wie Name und Anschrift zu der Person, derentwegen das Amtshilfeersuchen gestellt wird, oder sonstige Angaben damit die Person identifiziert werden kann; nach Buchstabe c Angaben über die Form nach der die ersuchende Vertragspartei die Informationen erteilt bekommen möchte; nach Buchstabe d im Falle eines Ersuchens um Amtshilfe bei der Beitreibung Angaben über die Art der Steuerforderung, die Bestandteile der Steuerforderung und die Vermögenswerte, aus denen die Steuerforderung begetrieben werden könnte; nach Buchstabe e die Art und den Gegenstand des zuzustellenden Schriftstücks sowie nach Buchstabe f Angaben darüber, ob das Amtshilfeersuchen im Einklang mit dem Recht und der Verwaltungspraxis der ersuchenden Vertragspartei steht und alle im Sinne des Artikels 21 Absatz 2 Buchstabe g des Übereinkommens zur Verfügung stehenden Informationsquellen ausgeschöpft worden sind.

Nach Absatz 2 übermittelt die ersuchende Vertragspartei der ersuchten Vertragspartei weitere sachdienliche Informationen im Zusammenhang mit dem Amtshilfeersuchen, sobald diese Informationen der ersuchenden Vertragspartei zur Kenntnis gelangen.

### Zu Artikel 19 – Möglichkeit der Ablehnung eines Ersuchens

Gestrichen (siehe Artikel IV des Protokolls).

### Zu Artikel 20 – Beantwortung des Amtshilfeersuchens

Nach Absatz 1 ist die ersuchte Vertragspartei verpflichtet, der ersuchenden Vertragspartei von den getroffenen Maßnahmen und von dem Ergebnis der Amtshilfe so bald wie möglich zu unterrichten.

Nach Absatz 2 ist die ersuchte Vertragspartei verpflichtet, in Fällen, in denen sie die Leistung von Amtshilfe ablehnt, die ersuchende Vertragspartei so bald wie möglich über ihre Entscheidung der Ablehnung und deren Gründe zu unterrichten.

Nach Absatz 3 erteilt die ersuchte Vertragspartei der ersuchenden Vertragspartei die Informationen in der gewünschten Form, sofern die ersuchende Vertragspartei dies im Amtshilfeersuchen angeben hat und die ersuchte Vertragspartei dem entsprechen kann.

### Zu Artikel 21 – Schutz der Person und Grenzen der Verpflichtung zur Leistung von Amtshilfe

Dieser Artikel des Übereinkommens wurde durch Artikel V des Protokolls fortgeschrieben; hierzu gehört insbesondere die Aufnahme der Absätze 3 und 4.

Absatz 1 gewährleistet die Rechte und Sicherheiten der Personen, die das Recht oder die Verwaltungspraxis der ersuchten Vertragspartei vorsehen.

Absatz 2 enthält eine Reihe von Ablehnungsgründen für die Leistung von Amtshilfe. Danach ist die ersuchte Vertragspartei nicht zur Leistung von Amtshilfe verpflichtet, wenn innerstaatliche Rechtsvorschriften entgegenstehen beziehungsweise die Gegenseitigkeit verletzt wird (Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe a), wenn die Leistung von Amtshilfe eine Verletzung der öffentlichen Ordnung (*ordre public*) nach sich zieht (Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe b), wenn innerstaatliche Beschränkungen in Bezug auf die Informationsbeschaffung vorliegen (Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe c), wenn Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse verletzt werden oder deren Preisgabe der öffentlichen Ordnung (*ordre public*) widerspricht (Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe d), wenn die Besteuerung in der ersuchenden Vertragspartei mit internationalen Besteuerungsgrundsätzen oder mit einem Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung oder mit einem anderen Abkommen, das die Vertragsparteien geschlossen haben, nicht in Einklang steht (Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe e), wenn durch die Leistung von Amtshilfe ein Staatsangehöriger der ersuchten Vertragspartei gegenüber einem Staatsangehörigen der ersuchenden Vertragspartei diskriminiert wird (Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe f), wenn die ersuchende Vertragspartei nicht alle ihr zur Verfügung stehenden Informationsquellen ausgeschöpft hat (Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe g) oder wenn für die ersuchte Vertragspartei die Leistung von Amtshilfe bei der Beitreibung ein unverhältnismäßig hoher Verwaltungsaufwand entsteht (Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe h).

In Absatz 3 wird der OECD-Standard verankert, wonach die Leistung von Amtshilfe nicht vom Vorliegen eines eigenen nationalen steuerlichen Interesses abhängig gemacht werden darf.

In Absatz 4 wird im Sinne des anerkannten OECD-Standards klargestellt, dass die Leistung von Amtshilfe nicht unter Berufung auf mangelnde Ermittlungsmöglichkeiten abgelehnt werden kann, wenn der alleinige Grund der Ermittlungsbeschränkung der Schutz des Bankgeheimnisses wäre. Dies gilt auch für Informationen über die Eigentumsanteile an Gesellschaften.

### Zu Artikel 22 – Geheimhaltung

Dieser Artikel des Übereinkommens vom 25. Januar 1988 wurde durch Artikel VI des Protokolls vom 27. Mai 2010 ebenfalls fortgeschrieben. Dabei wurden die Absätze 1 und 2 ersetzt.

Die Absätze 1 bis 4 regeln die Geheimhaltung und Verwendung der erhaltenen Informationen. Die Geheimhaltungsvorschriften entsprechen im Wesentlichen dem Artikel 26 Absatz 2 des OECD-Musterabkommens.

Absatz 1 knüpft hinsichtlich der Geheimhaltungsverpflichtung an das innerstaatliche Recht der Vertragsparteien an. Darüber hinaus kann die ersuchte Vertragspartei für Zwecke des Schutzes personenbezogener Daten der ersuchenden Vertragspartei erforderlichenfalls ihre eigenen Geheimhaltungsvorschriften hinsichtlich der Verwendung der erteilten Informationen auferlegen.

Absatz 2 regelt die Verwendung der Informationen durch die ersuchende Vertragspartei betreffend die in den sachlichen Geltungsbereich fallenden Steuern. Danach

dürfen die von der ersuchenden Vertragspartei erhaltenen Informationen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und Verwaltungs- oder Aufsichtsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Festsetzung, Erhebung oder Beitreibung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder der Entscheidung über Rechtsmittel hinsichtlich der Steuern dieser Vertragspartei oder mit der Aufsicht darüber befasst sind. Nur die genannten Personen oder Behörden dürfen die Informationen verwenden, und zwar nur für diese Zwecke. Sie dürfen die erhaltenen Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung im Zusammenhang mit diesen Steuern offenlegen.

Absatz 3 sieht ein Verwertungsverbot für steuerliche Informationen vor, die die ersuchende Vertragspartei von der ersuchten Vertragspartei erhalten hat, wenn sich diese Informationen auf Steuern beziehen, gegen die die ersuchte Vertragspartei einen Vorbehalt im Sinne des Artikels 30 Absatz 1 Buchstabe a des Übereinkommens angebracht hat. In diesem Fall gilt das Verwertungsverbot auch im umgekehrten Sinn.

Nach Absatz 4 dürfen die von der ersuchten Vertragspartei im Rahmen der Amtshilfe übermittelten Informationen durch die ersuchende Vertragspartei auch für andere als in den Absätzen 1 bis 3 genannten Zwecke verwendet werden, wenn dies nach den Rechtsvorschriften der ersuchten Vertragspartei zulässig ist und die zuständige Behörde der ersuchten Vertragspartei zustimmt. Die Zustimmung der ersuchten Vertragspartei ist auch dann erforderlich, wenn die ersuchende Vertragspartei die Weiterleitung der von der ersuchten Vertragspartei erhaltenen Informationen an einen Drittstaat beabsichtigt.

### Völkerrechtliche Erklärung zu Artikel 21 und 22

Die Bundesrepublik Deutschland wird zu den Artikeln 21 und 22 bei einem der Verwahrer des Übereinkommens, dies kann der Generalsekretär des Europarats oder der Generalsekretär der OECD sein, eine umfangreiche Erklärung, die in Anlage 2 zur Denkschrift beigefügt ist, hinterlegen.

Mit dieser Erklärung verleiht die Bundesrepublik Deutschland zum einen ihrem Verständnis Ausdruck, dass im Rahmen dieses Übereinkommens ausgetauschte Daten ausschließlich zu reinen, sich aus dem Besteuerungsverfahren ergebenden Strafverfahren verwendet werden dürfen. Für alle anderen Zwecke, insbesondere für Strafverfahren, die nicht reine Strafverfahren sind, dürfen die übermittelten Daten nur mit Zustimmung der Bundesrepublik Deutschland verwendet werden. Die Regeln der justiziellen Rechtshilfe in Strafsachen beziehungsweise die Verfahren zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Strafsachen bleiben insofern unberührt.

Zudem macht die Bundesrepublik Deutschland mit der Erklärung deutlich, dass eine Datenübermittlung nur erfolgt, wenn die Einhaltung des aus dem Grundgesetz, dem *ordre public*, der Europäischen Konvention für Menschenrechte und aus anderen grundlegenden Instrumenten des Menschenrechtsschutzes resultierenden menschenrechtlichen Mindeststandards gewährleistet ist. In Verfahren, in welchen die Todesstrafe verhängt werden kann oder eine Missachtung menschenrechtlicher und rechtsstaatlicher Mindeststandards droht, ist eine Datenübermittlung und Datenverwendung daher ausgeschlossen.



Schließlich werden mit der Erklärung die Vorgaben des deutschen Datenschutzes zu Bedingungen für die Übermittlung und Verwendung von personen- oder unternehmensbezogenen Steuerdaten gemacht.

#### **Zu Artikel 23 – Rechtsbehelfe**

Absatz 1 legt fest, dass Rechtsbehelfe gegen die von der ersuchten Vertragspartei nach dem Übereinkommen ergriffenen Maßnahmen grundsätzlich nur bei der zuständigen Stelle der ersuchten Vertragspartei einzubringen sind, welche die angefochtene Maßnahme ergreift.

Entsprechend dem in Absatz 1 normierten Grundsatz, dass Rechtsmittel in dem Staat einzubringen sind, welcher die angefochtene Maßnahme durchführt, wird in Bezug auf die Vollstreckungsamtshilfe in Absatz 2 klar gestellt, dass Rechtsmittel gegen das Bestehen oder die Höhe der Steuerforderung oder gegen den Vollstreckungstitel im Staat der ersuchenden Vertragspartei einzubringen ist, welcher den Vollstreckungstitel ausgestellt hat. In diesem Fall besteht für die ersuchende Vertragspartei die Verpflichtung, die ersuchte Vertragspartei vom eingebrachten Rechtsmittel in Kenntnis zu setzen und für die ersuchte Vertragspartei die Verpflichtung, das von der ersuchten Vertragspartei durchgeführte Beitreibungsverfahren bis zur Rechtsmittelentscheidung der ersuchenden Vertragspartei auszusetzen. Dessen ungeachtet trifft die ersuchte Vertragspartei auf Wunsch der ersuchenden Vertragspartei Sicherungsmaßnahmen zur Gewährleistung der Beitreibung.

Nach Absatz 3 ist die Vertragspartei, in der über ein Rechtsmittel entschieden worden ist, verpflichtet, die andere Vertragspartei über die Entscheidung und deren Auswirkungen auf das Amtshilfeersuchen zu informieren.

### **Kapitel V Besondere Bestimmungen**

#### **Zu Artikel 24 – Durchführung des Übereinkommens**

Nach Absatz 1 hat die Kommunikation zwischen den Vertragsparteien über deren zuständige Behörden zu erfolgen, die unmittelbar miteinander verkehren. Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien können ihre Befugnisse auf nachgeordnete Dienststellen delegieren, um für sie zu handeln. Ebenso können sich die zuständigen Behörden der Vertragsparteien oder mehrerer Vertragsparteien auf die Modalitäten der Anwendung des Übereinkommens einigen.

Absatz 2 sieht eine Konsultation zwischen den Vertragsparteien in einem bestimmten Fall vor, in dem die Anwendung des Übereinkommens schwerwiegende und unerwünschte Folgen haben würde. Die Vertragsparteien sind gehalten, sich um eine Lösung zu bemühen. Es besteht für die Vertragsparteien keine Verpflichtung, derartige Fälle in gegenseitigem Einvernehmen zu lösen.

Absatz 3 sieht die Einrichtung eines Koordinierungsgremiums vor, das sich aus Vertretern der zuständigen Behörden der Vertragsparteien zusammensetzt und unter der Leitung der OECD die Durchführung und Entwicklung des Übereinkommens überwacht. Zu den Aufgaben dieses Gremiums zählt auch die Verabschiedung von Empfehlungen für Zwecke der Revision oder Änderung des Übereinkommens und die Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit in Steuersachen. Die Teilnahme an

den Sitzungen des Koordinierungsgremiums als Beobachter ist für Staaten ab dem Zeitpunkt der Unterzeichnung des Übereinkommens möglich.

Nach Absatz 4 kann eine Vertragspartei bei dem Koordinierungsgremium eine Stellungnahme zur Auslegung des Übereinkommens anfordern.

Nach Absatz 5 versuchen die zuständigen Behörden der Vertragsparteien, im Fall von Schwierigkeiten oder Zweifel bei der Durchführung oder Auslegung des Übereinkommens ein gegenseitiges Einvernehmen zu erzielen. Die getroffene Vereinbarung ist dem Koordinierungsgremium mitzuteilen.

Nach Absatz 6 ist der Generalsekretär der OECD verpflichtet, die Vertragsparteien beziehungsweise die Unterzeichnerstaaten über die nach Absatz 4 von dem Koordinierungsgremium abgegebenen Stellungnahmen und über die nach Absatz 5 in gegenseitigem Einvernehmen getroffenen Vereinbarungen zu unterrichten.

#### **Zu Artikel 25 – Sprache**

Dieser Artikel stellt klar, dass Amtshilfeersuchen und deren Beantwortung in einer der Amtssprachen der OECD und des Europarats oder in einer anderen von den jeweiligen Vertragsparteien zweiseitig vereinbarten Sprache abgefasst werden müssen.

#### **Zu Artikel 26 – Kosten**

Dieser Artikel stellt klar, dass die üblichen Kosten der Leistung von Amtshilfe (Artikel 26 Buchstabe a) vom ersuchten Staat zu tragen sind, während außergewöhnliche Kosten der Leistung von Amtshilfe (Artikel 26 Buchstabe b) zu Lasten des ersuchenden Staates gehen, sofern zwischen den Vertragsparteien nichts anderes vereinbart ist.

### **Kapitel VI Schlussbestimmungen**

#### **Zu Artikel 27 – Andere völkerrechtliche Übereinkünfte**

Absatz 1 stellt klar, dass das Übereinkommen andere bereits bestehende oder künftige völkerrechtliche Übereinkünfte zwischen den betroffenen Vertragsparteien, welche die internationale Zusammenarbeit in Steuersachen zum Gegenstand haben, weder einschränkt noch von diesen Übereinkünften beschränkt wird.

Absatz 2 wurde durch Artikel VII des Protokolls fortgeschrieben und stellt in Bezug auf die Mitgliedstaaten der EU nunmehr klar, dass es den Vertragsparteien, die Mitgliedstaat der EU sind, freisteht, die in dem Übereinkommen vorgesehenen Regelungen, welche eine umfassendere Zusammenarbeit gestatten als die Möglichkeiten, die durch die anzuwendenden Regeln der EU geboten werden, anzuwenden.

#### **Zu Artikel 28 – Unterzeichnung und Inkrafttreten des Übereinkommens**

Absatz 1 stellt klar, dass das Übereinkommen der Ratifikation bedarf. Die Ratifikationsurkunde ist bei dem Generalsekretär des Europarats oder dem Generalsekretär der OECD als einem der Verwahrer zu hinterlegen.

Nach Absatz 2 tritt das Übereinkommen am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach dem Tag folgt, an dem fünf Staaten nach Absatz 1 ihre Zustimmung ausgedrückt haben, durch das Übereinkommen gebunden zu sein. Dieser Zeitpunkt war bereits am 1. April 1995 gekommen.

Für jeden Mitgliedstaat des Europarats oder jeden Mitgliedstaat der OECD, der – wie vorliegend die Bundesrepublik Deutschland – später seine Zustimmung ausdrückt, durch das Übereinkommen gebunden zu sein, tritt das Übereinkommen nach Absatz 3 am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde folgt.

Durch Artikel VIII des Protokolls werden die neuen Absätze 4 bis 7 dem Artikel 28 des Übereinkommens angefügt.

Nach Absatz 4 ist jeder Mitgliedstaat des Europarats oder jeder Mitgliedstaat der OECD, der nach dem Inkrafttreten des Änderungsprotokolls dem Übereinkommen beitrifft, verpflichtet, das Übereinkommen in der durch das Protokoll geänderten Fassung anzuwenden, sofern nichts Gegenteiliges dem Generalsekretär des Europarats oder dem Generalsekretär der OECD, als einem der Verwahrer, durch eine schriftliche Mitteilung bekannt gegeben wird. Das Protokoll vom 27. Mai 2010 zur Änderung des Übereinkommens ist drei Monate nach Hinterlegung der fünften Ratifikationsurkunde – am 1. Juni 2011 – in Kraft getreten.

Absatz 5 beschreibt das Verfahren für die Unterzeichnung und Ratifikation des Übereinkommens für Staaten, die nicht Mitglied des Europarats oder nicht Mitglied der OECD sind. Die Vertragsparteien entscheiden einvernehmlich, durch das Koordinierungsgremium (Artikel 24 Absatz 3) über die Ersuchen dieser Staaten Vertragspartei des Übereinkommens zu werden. Die Inkrafttretensregelung entspricht der der Mitgliedstaaten des Europarats und der Mitgliedstaaten der OECD.

Absatz 6 regelt den zeitlichen Anwendungsbereich des Übereinkommens und des Protokolls. Danach sind das Übereinkommen und das Protokoll für eine Vertragspartei auf Besteuerungszeiträume beziehungsweise Steuerverbindlichkeiten anwendbar, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahres beginnen beziehungsweise entstehen, das jenem folgt, in dem das Übereinkommen in der durch das Protokoll von 2010 geänderten Fassung für eine Vertragspartei in Kraft getreten ist. Zwei oder mehr Vertragsparteien können einvernehmlich vereinbaren, dass das Übereinkommen in der Fassung des Protokolls von 2010 auch für die Amtshilfe im Zusammenhang mit früheren Besteuerungszeiträumen oder Steuerverbindlichkeiten gilt.

Absatz 7 sieht vor, dass im Fall von vorsätzlichem Verhalten, das eine strafrechtliche Verfolgung in der ersuchenden Vertragspartei nach sich zieht, das Übereinkommen in der durch das Protokoll von 2010 geänderten Fassung auch in Bezug auf frühere Besteuerungszeiträume beziehungsweise Steuerverbindlichkeiten Anwendung findet.

#### **Zu Artikel 29 – Räumlicher Geltungsbereich des Übereinkommens**

Nach Absatz 1 kann jede Vertragspartei bei der Unterzeichnung oder Hinterlegung ihrer Ratifikationsurkunde

erklären, auf welche einzelne oder mehrere Hoheitsgebiete das Übereinkommen Anwendung findet.

Nach Absatz 2 kann jede Vertragspartei durch eine an den Verwahrer gerichtete Erklärung die Anwendung des Übereinkommens auf weitere Hoheitsgebiete erstrecken. Für diese Hoheitsgebiete tritt das Übereinkommen am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach Eingang der Erklärung bei einem der Verwahrer folgt.

Nach Absatz 3 kann jede Erklärung nach den Absätzen 1 oder 2 zu den Hoheitsgebieten durch eine an den Verwahrer gerichtete Notifikation zurückgenommen werden. Eine durch Notifikation erklärte Rücknahme wird ebenfalls am ersten Tag des Monats wirksam, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach Eingang der Notifikation bei einem der Verwahrer folgt.

#### **Zu Artikel 30 – Vorbehalte**

Die nachfolgenden Ausführungen berücksichtigen die in Artikel VIII des Protokolls bestimmte Ergänzung des Artikels 30 Absatz 1 des Übereinkommens um Buchstabe f.

Absatz 1 sieht für die Vertragsparteien das Recht vor, bei der Unterzeichnung oder bei der Hinterlegung ihrer Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde oder jederzeit danach einen Vorbehalt gegen die Leistung von Amtshilfe anzubringen. Nach Absatz 1 können die Vertragsparteien die Leistung von Amtshilfe in den folgenden Fällen ablehnen: Amtshilfe in Bezug auf unter Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b fallende Steuern, die die ersuchende Vertragspartei nicht in der Anlage A des Übereinkommens angeführt hat (Artikel 30 Absatz 1 Buchstabe a), Amtshilfe bei der Beitreibung in Bezug auf alle oder bestimmte der unter Artikel 2 Absatz 1 angeführten Steuern (Artikel 30 Absatz 1 Buchstabe b), Amtshilfe in Bezug auf Steuerforderungen, die in der ersuchenden Vertragspartei bereits vor dem Inkrafttreten des Übereinkommens für diese Vertragspartei beziehungsweise vor der Rücknahme eines etwaigen im Sinne des Absatzes 1 Buchstabe a oder b eingebrachten Vorbehalts bestanden haben (Artikel 30 Absatz 1 Buchstabe c), Amtshilfe bei der Zustellung von Schriftstücken in Bezug auf alle oder bestimmte der unter Artikel 2 Absatz 1 angeführten Steuern (Artikel 30 Absatz 1 Buchstabe d), Amtshilfe bei der Zustellung von Schriftstücken durch die Post im Sinne des Artikels 17 Absatz 3 (Artikel 30 Absatz 1 Buchstabe e). Nach Buchstabe f kann eine Vertragspartei auch einen Vorbehalt hinsichtlich des zeitlichen Anwendungsbereichs des Artikels 28 Absatz 7 erklären, wonach bei strafrechtlicher Verfolgung in der ersuchenden Vertragspartei die ersuchte Vertragspartei die Verpflichtung zur Amtshilfeleistung auf drei Jahre vor dem Inkrafttreten des Übereinkommens beginnende Besteuerungszeiträume beziehungsweise entstandene Steuerverbindlichkeiten einschränken kann.

Die Bundesrepublik Deutschland bringt in Bezug auf Artikel 30 Absatz 1 des Übereinkommens den folgenden Vorbehalt, der in Anlage 3 zur Denkschrift beigefügt ist, an:

„Nach Artikel 30 Absatz 1 Buchstabe b behält sich die Bundesrepublik Deutschland das Recht vor, in Bezug auf alle in Artikel 2 Absatz 1 aufgelisteten Steuern, Beiträge und steuerlichen Nebenleistungen keine Amtshilfe bei der Beitreibung nach Abschnitt II Artikel 11 bis 16 des Übereinkommens zu leisten.“

Absatz 2 stellt klar, dass nur Vorbehalte nach Absatz 1 eingebracht werden können. Weitere Vorbehalte sind nicht zulässig.

Absatz 3 legt das Inkrafttreten für Vorbehalte nach Absatz 1 fest, welche von einer Vertragspartei nach dem Inkrafttreten des Übereinkommens jederzeit eingebracht werden können. Vorbehalte nach Absatz 1, die eine Vertragspartei nach Inkrafttreten des Übereinkommens nach Absatz 3 anbringt, treten am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach Eingang des Vorbehalts bei einem der Verwahrer folgt.

Absatz 4 regelt das Verfahren für die Rücknahme eines Vorbehalts und die Wirksamkeit der Rücknahme eines Vorbehalts nach den Absätzen 1 und 3. Danach kann ein Vorbehalt ganz oder teilweise zurückgenommen werden. Eine derartige Rücknahme bedarf der Notifikation durch eine Vertragspartei an einen der Verwahrer. Eine ganze oder teilweise Rücknahme eines Vorbehalts durch eine Vertragspartei wird nach Absatz 4 Satz 2 mit dem Eingang der Notifikation bei dem Verwahrer wirksam.

Absatz 5 normiert ausdrücklich den Grundsatz der Gegenseitigkeit bei der internationalen Amtshilfe. Die ersuchte Vertragspartei ist danach nicht zur Leistung von Amtshilfe verpflichtet, wenn die ersuchende Vertragspartei in Bezug auf diese Amtshilfeleistung einen Vorbehalt angebracht hat. Diese Gegenseitigkeitsregelung umfasst auch Teilvorbehalte nach Absatz 4.

### **Zu Artikel 31 – Kündigung**

Dieser Artikel regelt das Verfahren für die Kündigung des Übereinkommens und die Wirksamkeit der Kündigung.

Nach Absatz 1 kann jede Vertragspartei das Übereinkommen jederzeit durch Notifikation an einen der Verwahrer kündigen.

Nach Absatz 2 wird eine Kündigung nach Absatz 1 am ersten Tag des Monats wirksam, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach Eingang der Notifikation bei einem der Verwahrer folgt.

Nach Absatz 3 gelten die Geheimhaltungsbestimmungen nach Artikel 22 fort, solange die kündigende Vertragspartei Schriftstücke oder Informationen in ihrem Besitz behält, die sie aufgrund des Übereinkommens erhalten hat.

### **Zu Artikel 32 – Die Verwahrer und ihre Aufgaben**

Dieser Artikel regelt die Mitteilungspflichten der Verwahrer.

Nach Absatz 1 sind die Verwahrer mitteilungsspflichtig gegenüber den Mitgliedstaaten des Europarats und den Mitgliedstaaten der OECD sowie nach Artikel VIII Absatz 3 des Protokolls jeder Vertragspartei des Übereinkommens.

Absatz 2 regelt die gegenseitige Mitteilungspflicht der Verwahrer.

**Anlage 1 zur Denkschrift**

Anlagen A, B und C der Bundesrepublik Deutschland

**Anlage A****Steuern, für die das Übereinkommen gilt**

(Artikel 2 Absatz 2 des Übereinkommens)

Vorbemerkung: Steuern, die für Rechnung der Länder erhoben werden, sind den Steuern, die für Rechnung eines Vertragsstaats erhoben werden, zugerechnet worden.

**Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a Ziffer i – (Steuern vom Einkommen oder vom Gewinn):**

Einkommensteuer (einschließlich Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer, Zinsabschlag, Steuerabzug bei Bauleistungen und besonderer Erhebungsformen nach § 50a Einkommensteuergesetz)

Körperschaftsteuer

Solidaritätszuschlag

Steuerliche Nebenleistungen

**Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a Ziffer ii – (Steuern von Gewinnen aus der Veräußerung von Vermögen, die getrennt von der Steuer vom Einkommen oder vom Gewinn erhoben werden):**

./.

**Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe a Ziffer iii – (Steuern vom Vermögen):**

Vermögensteuer

Steuerliche Nebenleistungen

**Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer i – (Steuern, die für Rechnung der Gebietskörperschaften einer Vertragspartei vom Einkommen, vom Gewinn, von Gewinnen aus der Veräußerung von Vermögen oder vom Vermögen erhoben werden):**

Gewerbesteuer

Steuerliche Nebenleistungen

**Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer ii – (Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung, die an den Staat oder an öffentlich-rechtliche Sozialversicherungseinrichtungen zu zahlen sind):**

Beiträge im Rahmen der gesetzlichen Kranken-, Pflege-, Unfall- und Rentenversicherung einschließlich der Alterssicherung der Landwirte sowie der Arbeitsförderung

**Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer iii Unterpunkt A – (Nachlass-, Erbschaft- und Schenkungsteuern):**

Erbschaftsteuer

Schenkungssteuer

Ersatzerbschaftsteuer

Steuerliche Nebenleistungen

**Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer iii Unterpunkt B – (Steuern vom unbeweglichen Vermögen):**

Grundsteuer

Grunderwerbsteuer

Steuerliche Nebenleistungen

**Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer iii Unterpunkt C - (Allgemeine Verbrauchsteuern wie Mehrwert- und Umsatzsteuern):**

Einfuhrumsatzsteuer  
Umsatzsteuer  
Steuerliche Nebenleistungen

**Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer iii Unterpunkt D – (Besondere Steuern auf Waren und Dienstleistungen wie Verbrauchsteuern):**

Branntweinsteuer  
Energiesteuer  
Tabaksteuer  
Steuerliche Nebenleistungen

**Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer iii Unterpunkt E – (Steuern für die Benutzung von oder das Eigentum an Kraftfahrzeugen):**

./.

**Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer iii Unterpunkt F – (Steuern für die Benutzung von oder das Eigentum an beweglichem Vermögen mit Ausnahme von Kraftfahrzeugen):**

./.

**Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer iii Unterpunkt G – (Alle anderen Steuern):**

Luftverkehrssteuer  
Rennwett- und Lotteriesteuer  
Steuern auf Versicherungsprämien  
Steuerliche Nebenleistungen

**Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer iv – (Die unter Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer iii genannten Kategorien fallenden Steuern, die für Rechnung der Gebietskörperschaften einer Vertragspartei erhoben werden):**

Grundsteuer  
Steuerliche Nebenleistungen

## **Anlage B**

### **Zuständige Behörden**

(Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe d des Übereinkommens)

Nach Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe d ist „zuständige Behörde“

1. für Steuern und deren steuerliche Nebenleistungen, mit Ausnahme der unter 3. genannten Steuern und steuerlichen Nebenleistungen:  
das Bundesministerium der Finanzen oder die Behörde (das Bundeszentralamt für Steuern), an die es seine Befugnisse delegiert hat;
2. für alle Sozialversicherungsbeiträge:  
das Bundesministerium für Arbeit und Soziales;
3. für
  - die Einfuhrumsatzsteuer und deren steuerliche Nebenleistungen nach Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer iii Unterpunkt C,
  - die Branntweinsteuer, die Energiesteuer, die Tabaksteuer und deren steuerliche Nebenleistungen nach Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer iii Unterpunkt D,
  - die Luftverkehrssteuer und deren steuerliche Nebenleistungen nach Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer iii Unterpunkt G:  
das Zollkriminalamt, an das das Bundesministerium der Finanzen seine Befugnisse delegiert hat;
4. im Fall der Zustellung von Schriftstücken nach Artikel 17 für unter 3. genannte Steuern und steuerliche Nebenleistungen:  
die Bundesstelle Vollstreckung Zoll beim Hauptzollamt Hannover, an die das Bundesministerium der Finanzen seine Befugnisse delegiert hat.

### **Anlage C**

#### **Bestimmung des Begriffs „Staatsangehöriger“ im Sinne des Übereinkommens**

(Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe e des Übereinkommens)

Nach Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe e bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“

- alle Deutschen im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland sowie
- alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Recht errichtet worden sind.



**Anlage 2 zur Denkschrift****Völkerrechtliche Erklärung zu Artikel 21 und 22****I. Auslegungserklärung der Bundesrepublik Deutschland**

Aus Anlass der Ratifikation des Übereinkommens vom 25. Januar 1988 über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen in der Fassung des Protokolls vom 27. Mai 2010 zur Änderung des Übereinkommens (im Folgenden: Übereinkommen) gibt die Bundesrepublik Deutschland folgende Auslegungserklärung ab:

Die Bundesrepublik Deutschland verweist auf den Sinn und Zweck des im Rahmen der OECD und des Europarats erarbeiteten Übereinkommens, nämlich die Regelung des Datenaustauschs in reinen Steuerverfahren mit dem Ziel einer verbesserten Besteuerung. Es ist daher das Verständnis der Bundesrepublik Deutschland, dass das Übereinkommen, insbesondere Artikel 4, ausschließlich den Datenaustausch in reinen Steuersachen erfasst, mit der Folge, dass die auf seiner Grundlage übermittelten Daten ohne Zustimmung des übermittelnden Staates für andere Zwecke, insbesondere Strafverfahren, die nicht reine Steuerstrafverfahren sind, nicht verwendet werden dürfen. Die internationale Rechtshilfe in Straf- und Zivilsachen ist von dem Übereinkommen nicht erfasst.

Die Bundesrepublik Deutschland erlaubt sich in diesem Zusammenhang auch hervorzuheben, dass sie sich in ihrer Verfassung, dem Grundgesetz, und ihrem *ordre public* sowie als Vertragsstaat der Europäischen Menschenrechtskonvention und anderen grundlegenden Instrumenten des Menschenrechtsschutzes zu einem menschenrechtlichen Mindeststandard verpflichtet hat, wonach eine Datenübermittlung in Verfahren, in denen die Todesstrafe verhängt werden kann oder eine Missachtung des menschenrechtlichen und rechtsstaatlichen Mindeststandards droht, nicht erfolgt.

Sie sieht sich insoweit von der Rechtshaltung des Europarats zum Verbot der Todesstrafe und zur Einhaltung eines menschenrechtlichen Mindeststandards bestätigt. Sie geht folglich davon aus, dass dieses unter der Ägide des Europarats geschlossene Übereinkommen in keinem Fall zur Verhängung der Todesstrafe oder zur Missachtung der menschenrechtlichen Mindeststandards führen darf. Vor diesem Hintergrund ergibt sich, dass das Übereinkommen nur so ausgelegt werden kann, dass auf der Grundlage des Übereinkommens übermittelte Daten in keinem Fall in Verfahren verwendet werden dürfen, die zur Verhängung der Todesstrafe oder zur Missachtung der menschenrechtlichen Mindeststandards führen können.

**II. Erklärung zu Schutzbestimmungen der Bundesrepublik Deutschland**

Die Bundesrepublik Deutschland erklärt zu Artikel 21 und 22 des Übereinkommens, dass sie sich bei Steuerdaten, die personen- oder unternehmensbezogen sind (im Folgenden: Daten), nur dann zur Übermittlung verpflichtet sieht, wenn die empfangende Vertragspartei (im Folgenden: empfangende Stelle) die folgenden Schutzbestimmungen beachtet:

1. Die empfangende Stelle darf die Daten nur in Übereinstimmung mit Artikel 22 verwenden und unterliegt dabei den durch die übermittelnde Stelle vorgeschriebenen Bedingungen. Die Verwendung der Daten für jeden nicht in Artikel 4 Absatz 1 und Artikel 22 Absatz 2 aufgeführten Zweck ist nur mit vorheriger Zustimmung der Bundesrepublik Deutschland zulässig. Dies gilt insbesondere für die Verwendung der Daten als Beweismittel vor einem Gericht für allgemeine Strafsachen, die nicht reine Steuerstrafverfahren sind. Insoweit bleiben die Verfahren der justiziellen Rechtshilfe in Strafsachen beziehungsweise – für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union – die Verfahren zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Strafsachen unberührt.

Die Bundesrepublik Deutschland sieht sich nicht zur Übermittlung von Steuerdaten verpflichtet, wenn die Verwendung gegen ihren *ordre public* oder die wesentlichen Interessen der Bundesrepublik Deutschland im Sinne von Artikel 21 Absatz 2 des Übereinkommens verstoßen würde.

Soweit die übermittelten Daten in einem Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offengelegt werden, trägt die empfangende Vertragspartei Sorge dafür, dass die Offenlegung nicht dazu führt, dass gegen Personen, deren Daten übermittelt wurden, die Todesstrafe verhängt oder vollstreckt

wird oder die übermittelten Daten ohne Zustimmung der übermittelnden Vertragspartei für sonstige vom Übereinkommen nicht erfasste Zwecke verwendet werden.

2. Die empfangende Stelle dokumentiert den Empfang der übermittelten personenbezogenen Daten. Auf Ersuchen der zuständigen Behörde der Bundesrepublik Deutschland unterrichtet die empfangende Stelle über die Verwendung der übermittelten Daten, die dadurch erzielten Ergebnisse und über die Folgen der Verwendung.
3. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht hätten übermittelt werden dürfen, übermittelt worden sind, so ist die empfangende Stelle nach Mitteilung durch die übermittelnde Stelle verpflichtet, die Daten unverzüglich zu berichtigen oder zu löschen.
4. Die empfangende Stelle hat die Person oder die Unternehmen, deren Daten übermittelt wurden, über die Datenerhebung in der Bundesrepublik Deutschland zu informieren. Die Information kann unterbleiben, soweit und solange eine Abwägung ergibt, dass das öffentliche Interesse an dem Unterbleiben der Information gegenüber dem Informationsinteresse des Betroffenen überwiegt. Die Information ist unverzüglich nachzuholen, wenn die Gründe, die einer Information entgegenstehen, entfallen.
5. Unter Bezugnahme auf Artikel 4 Absatz 3 des Übereinkommens wird darauf hingewiesen, dass die Personen oder Unternehmen, deren Daten betroffen sind, auf Antrag hin von der deutschen zuständigen Behörde darüber zu informieren sind, welche Daten zu welchem Verwendungszweck an welche empfangende Stelle übermittelt wurden. Die Information kann unterbleiben, soweit und solange eine Abwägung ergibt, dass das öffentliche Interesse an dem Unterbleiben der Information gegenüber dem Informationsinteresse des Betroffenen überwiegt. Die Information ist unverzüglich nachzuholen, wenn die Gründe, die einer Information entgegenstehen, entfallen.
6. Wurden Personen oder Unternehmen durch die fehlerhafte Verwendung der im Rahmen des Datenaustauschs nach diesem Übereinkommen übermittelten Daten rechtswidrig geschädigt, haftet hierfür die empfangende Stelle nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts.
7. Soweit das deutsche Recht in Bezug auf die übermittelten Daten besondere Lösungs- oder Lösungsprüffristen vorsieht, weist die übermittelnde Stelle der Bundesrepublik Deutschland die empfangende Stelle darauf hin. Die empfangende Stelle hat dafür Sorge zu tragen, dass die Fristen eingehalten werden. In jedem Fall sind die übermittelten Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
8. Die empfangende Stelle ist verpflichtet, die übermittelten Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.
9. Nach Artikel 22 Absatz 2 Satz 3 des Übereinkommens können die in Absatz 2 Satz 1 genannten Personen und Behörden ungeachtet des Absatzes 1 Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung, bezogen auf diese Steuern, offenlegen.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt Artikel 22 Absatz 2 Satz 3 so aus, dass die Offenlegung der Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung auch die Offenlegung in einem staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren einschließt.

Nach deutschem Recht kann die Vertraulichkeit nicht in allen Fällen eines staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens gewährleistet werden, weil in Deutschland der Grundsatz der Vertraulichkeit nicht nur in Gerichtsverfahren, sondern auch in strafrechtlichen Ermittlungsverfahren im Hinblick auf das Recht auf Akteneinsicht durchbrochen werden kann.

**Anlage 3 zur Denkschrift****Vorbehalte der Bundesrepublik Deutschland**

Nach Artikel 30 Absatz 1 Buchstabe b des Übereinkommens behält sich die Bundesrepublik Deutschland das Recht vor, in Bezug auf alle in Artikel 2 Absatz 1 des Übereinkommens aufgelisteten Steuern, Beiträge und steuerlichen Nebenleistungen keine Amtshilfe bei der Beitreibung nach Abschnitt II Artikel 11 bis 16 des Übereinkommens zu leisten.

## Anlage 2

**Stellungnahme des Nationalen Normenkontrollrates**

Der Nationale Normenkontrollrat hat den Entwurf des Regelungsvorhabens geprüft.

**I. Zusammenfassung**

Wirtschaft und Verwaltung	keine Auswirkungen Das Abkommen dient der Schaffung eines rechtlichen Rahmens. Beschließen die Vertragsparteien aufgrund dieses Abkommens einvernehmlich Maßnahmen, so wird der damit verbundene Erfüllungsaufwand im Rahmen dieser gesetzgeberischen Maßnahmen beziffert.
Bürgerinnen und Bürger	keine Auswirkungen
Der Nationale Normenkontrollrat macht im Rahmen seines gesetzlichen Auftrags keine Einwände gegen die Darstellungen der Gesetzesfolgen im vorliegenden Regelungsvorhaben geltend.	

**II. Im Einzelnen**

## a) Inhalt des Regelungsvorhabens

Das Übereinkommen zum Übereinkommen vom 25. Januar 1988 über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen und zu dem Protokoll vom 27. Mai 2010 zur Änderung des Übereinkommens vom 25. Januar 1988 über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen ist das erste und einzige mehrseitige Regelwerk über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen. Mit dem Übereinkommen verpflichten sich die Staaten untereinander, Amtshilfe in Steuersachen zu leisten. Die Amtshilfe umfasst die Möglichkeit gleichzeitiger Steuerprüfungen und der Teilnahme an Steuerprüfun-

gen im Ausland, die Amtshilfe bei der Beitreibung, einschließlich Sicherungsmaßnahmen, sowie die Zustellung von Schriftstücken. Des Weiteren können zwei oder mehr Vertragsparteien für Fallkategorien und nach Verfahren, die sie einvernehmlich festlegen, bestimmte Informationen automatisch austauschen.

Mit diesem Vertragsgesetz soll das Abkommen die für die Ratifikation erforderliche Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften erlangen.

## b) Erfüllungsaufwand

## i. Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Das Regelungsvorhaben hat keine Auswirkungen auf den Erfüllungsaufwand der Bürgerinnen und Bürger.

## ii. Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft und die Verwaltung

Dieses Regelungsvorhaben hat keine Auswirkungen auf den Erfüllungsaufwand der Wirtschaft als auch der Bundes- und Landesverwaltung. Legt die Bundesrepublik Deutschland mit zwei oder mehr Vertragsparteien einvernehmlich für Fallkategorien und Verfahren den automatischen Informationsaustausch der in Art. 6 des Abkommens genannten Informationen fest, kann dies zu Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft und die Verwaltung führen. Dieser Erfüllungsaufwand wird dann im Rahmen der damit verbundenen gesetzgeberischen Maßnahmen angegeben.

Der Nationale Normenkontrollrat macht im Rahmen seines gesetzlichen Auftrags keine Einwände gegen die Darstellungen der Gesetzesfolgen im vorliegenden Regelungsvorhaben geltend.

## Stellungnahme des Bundesrates

Der Bundesrat hat in seiner 934. Sitzung am 12. Juni 2015 beschlossen, zu dem Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes wie folgt Stellung zu nehmen:

### **Zum Gesetzentwurf allgemein**

- a) Steuergerechtigkeit und eine faire Finanzierung des Gemeinwesens sind die Grundvoraussetzung für ein funktionierendes Staatswesen und einen handlungsfähigen Staat. Die Entwicklung des internationalen Personenverkehrs und die zunehmende Verflechtung der Kapital-, Waren- und Dienstleistungsmärkte haben zu neuen Möglichkeiten der internationalen Steuervermeidung und Steuerhinterziehung geführt. Der Bundesrat hält vor diesem Hintergrund eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den nationalen Steuerbehörden, die dem Ziel einer ordnungsgemäßen Ermittlung der Steuerpflicht und damit der Bekämpfung von internationaler Steuervermeidung und Steuerhinterziehung dient, für dringend geboten.
- b) Der Bundesrat begrüßt die Absicht des Gesetzentwurfs, die internationale Amtshilfe in Steuersachen durch Umsetzung des Übereinkommens vom 25. Januar 1988 über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen auszubauen und auf eine rechtssichere Grundlage zu stellen. Mit dem Übereinkommen verpflichten sich die Vertragsparteien untereinander, Amtshilfe in Steuersachen zu leisten. Das Übereinkommen hat zum Ziel, den internationalen Informationsaustausch, gleichzeitige Steuerprüfungen sowie die Teilnahme an Steuerprüfungen im Ausland zu erleichtern. Aus Sicht des Bundesrates kommt insbesondere der Schaffung von Transparenz in Steuerangelegenheiten und dem automatischen Informationsaustausch mit einer möglichst großen Anzahl von Staaten eine Schlüsselrolle bei der Bekämpfung von Steuerflucht und internationaler Steuerhinterziehung zu.
- c) Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, auf eine möglichst rasche Umsetzung der Regelungsinhalte des Übereinkommens in den übrigen Staaten hinzuwirken und sich für eine möglichst rasche Entwicklung von Einzelregelungen zum Informationsaustausch auf der Grundlage des vorliegenden Übereinkommens einzusetzen.





